



42. Sitzung

Mittwoch, 24. Oktober 2012

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira, Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel, Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg und Vizepräsidentin Kersten Artus

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin		Dora Heyenn DIE LINKE	3157
Abwicklung, Änderung und		Frank Horch, Senator	3159
Ergänzung der Tagesordnung	3153	Katja Suding FDP	3161
		Hansjörg Schmidt SPD	3162
		Roland Heintze CDU	3163
		Anja Hajduk GRÜNE	3165
Aktuelle Stunde	3153	Norbert Hackbusch DIE LINKE	3166, 3173
Fraktion der FDP:		Olaf Scholz, Erster Bürgermeister	3167
		Dr. Kurt Duwe FDP	3168
		Dr. Andreas Dressel SPD	3169
Elbvertiefung gestrandet, HSH geschwächt, Elbphilharmonie geblockt: Scholz-Senat setzt Hamburgs Zukunft aufs Spiel		Fraktion DIE LINKE:	
mit		Schlaflos in Hamburg! – wie soll man da studieren?	
Fraktion der SPD:		(Fortführung am 25.10.2012)	
Elbvertiefung: Hamburg und der Bund gehen mit guten Ar- gumenten ins Hauptsachever- fahren		Fraktion der CDU:	
und		Personalkarussell bei der HSH Nordbank – welche Rolle spielt der Senat?	
Fraktion der GRÜNEN:		(Fortführung am 25.10.2012)	
Elbvertiefung: Umweltbelange ignoriert – Senat muss endlich mit Verbänden reden!		Bericht des Gesundheitsausschus- ses über die Drucksachen 20/3866 und 20/4112:	
Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	3153		
Jan Balcke SPD	3154		
Dietrich Wersich CDU	3155, 3170		
Jens Kerstan GRÜNE	3157, 3171		

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Mitwirkung von Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben in der Freien und Hansestadt Hamburg (Senatsantrag) und Seniorenmitwirkungsgesetz (Antrag der FDP-Fraktion)		Christiane Blömeke GRÜNE	3191, 3196
		Finn-Ole Ritter FDP	3192, 3196
		Mehmet Yildiz DIE LINKE	3193
		Detlef Scheele, Senator	3194
– Drs 20/5493 –	3173	Beschluss	3197
Karin Timmermann SPD	3174	Antrag der GRÜNEN Fraktion:	
Dr. Friederike Föcking CDU	3175	Entscheidungen der Kreditkommission stärker demokratisch legitimieren und besser kontrollieren	
Katharina Fegebank	3176	– Drs 20/5483 –	3197
Dr. Wieland Schinnenburg FDP	3177	Dr. Anjes Tjarks GRÜNE	3197
Kersten Artus DIE LINKE	3178	Jan Balcke SPD	3198
Cornelia Prüfer-Storcks, Senatorin	3179	Karin Prien CDU	3198
Beschlüsse	3181	Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	3199
		Dora Heyenn DIE LINKE	3200
Antrag der SPD-Fraktion:		Beschluss	3200
Aufrechterhaltung der Beteiligungskultur der Studierenden nach der Abschaffung der Studiengebühren ab dem Wintersemester 2012		Große Anfrage der FDP-Fraktion:	
– Drs 20/5510 –	3181	Beihilfen für Beamtinnen und Beamte der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH)	
dazu		– Drs 20/5080 –	3200
Antrag der GRÜNEN Fraktion:		Finn-Ole Ritter FDP	3201
Ausgleichszahlung für Studiengebühren: Studierende müssen über Verwendung mitbestimmen		Matthias Albrecht SPD	3202
– Drs 20/5605 –	3181	Ralf Niedmers CDU	3203
Philipp-Sebastian Kühn SPD	3181	Antje Möller GRÜNE	3204
Thilo Kleibauer CDU	3182	Christiane Schneider DIE LINKE	3205
Dr. Eva Gümbel GRÜNE	3184	Beschluss	3205
Dr. Wieland Schinnenburg FDP	3185	Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:	
Dora Heyenn DIE LINKE	3186	Verbesserung des Steuervollzuges – Ausbau der Personalressourcen	
Beschlüsse	3187	– Drs 20/4884 –	3205
Antrag der CDU-Fraktion:		Dora Heyenn DIE LINKE	3206
Gegen den Kita-Schwindel: keine Absenkung von Qualitätsstandards zur Finanzierung von Wahlversprechen – Senat muss Verträge mit Kita-Trägern einhalten		Dr. Mathias Petersen SPD	3207
– Drs 20/5499 –	3187	Roland Heintze CDU	3208
Christoph de Vries CDU	3187, 3195	Anja Hajduk GRÜNE	3209
Carola Thimm SPD	3189	Robert Bläsing FDP	3209
		Dr. Peter Tschentscher, Senator	3211
		Norbert Hackbusch DIE LINKE	3212
		Beschluss	3212

Große Anfrage der CDU-Fraktion:

**Differenzierung in der Stadtteil-
schule**

– Drs 20/5143 –	3213
Robert Heinemann CDU	3213, 3216
Lars Holster SPD	3214
Olaf Duge GRÜNE	3215, 3218
Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP	3215
Dora Heyenn DIE LINKE	3216, 3216, 3217
Dr. Walter Scheuerl CDU	3217

Beschluss 3218

Beginn: 15.00 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Nehmen Sie doch bitte Platz, die Sitzung ist eröffnet.

Zu Beginn der Sitzung würde ich Ihnen sehr gern eine freudige Mitteilung machen, aber dazu bräuchten wir etwas Ruhe. In der Zwischenzeit ist unser Kollege André Trepoll Vater einer kleinen Tochter geworden. Lieber Herr Trepoll, im Namen des ganzen Hauses herzlichen Glückwunsch und alles Gute für Sie und Ihre Frau.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren! Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats sind die Fraktionen übereingekommen, die Debatten zu den Tagesordnungspunkten 59 und 46 miteinander zu tauschen. Der Debattenpunkt 46 wird heute als erster TOP aufgerufen, die Debatte zu Punkt 59 morgen als zweiter Debattenpunkt. Darüber hinaus wurde die Tagesordnung um einen weiteren Punkt ergänzt. Dabei handelt es sich um den Senatsantrag aus Drucksache 20/5562, der als Tagesordnungspunkt 18a nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

Angemeldet worden sind fünf Themen, von der FDP-Fraktion

Elbvertiefung gestrandet, HSH geschwächt, Elbphilharmonie geblockt: Scholz-Senat setzt Hamburgs Zukunft aufs Spiel

von der Fraktion DIE LINKE

Schlaflos in Hamburg! – wie soll man da studieren?

von der SPD-Fraktion

Elbvertiefung: Hamburg und der Bund gehen mit guten Argumenten ins Hauptsacheverfahren

von der CDU-Fraktion

Personalkarussell bei der HSH Nordbank – welche Rolle spielt der Senat?

und von der GRÜNEN Fraktion

Elbvertiefung: Umweltbelange ignoriert – Senat muss endlich mit Verbänden reden!

Die Fraktionen sind übereingekommen, das erste, dritte und fünfte Thema gemeinsam zu debattieren.

Das Wort wird gewünscht. Herr Dr. Kluth, Sie haben es.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Noch nie ist ein Senat mit so vielen Vorschusslorbeeren überhäuft worden wie der SPD-Senat unter Bürgermeister Olaf Scholz bei seinem Amtsantritt, auch von der Wirtschaft. Aber noch nie hat ein Senat in ein- und einhalb Jahren nach seinem Antritt so wenig von dem umgesetzt, was er vor der Wahl versprochen hat, wie der Senat unter Bürgermeister Scholz.

(Beifall bei der FDP, der CDU und bei *Jens Kerstan GRÜNE – Jan Quast SPD*: Wo waren Sie denn das ganze letzte Jahr?)

"Versprochen – gehalten", diese Bilanz fällt für Sie negativ aus. Die Politik des Senats erinnert an das zynische Wort von Franz Müntefering, dass es doch unfair sei, Politiker nach der Wahl daran zu messen, was sie vor der Wahl versprochen haben. Herr Senator Horch, das gilt auch und insbesondere für die Wirtschaftspolitik. Bei aller Wertschätzung für Sie als Person ist Ihre politische Bilanz nach anderthalb Jahren desaströs.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Horch, wir sagen das nicht mit Häme und Genugtuung, sondern mit großer Sorge: Kein einziges Ihrer großen Projekte ist in den letzten Monaten wirklich weitergekommen, und in der vergangenen Woche dann auch noch das Debakel in Sachen Elbvertiefung. Zur Erinnerung: Erst kündigen Sie im letzten Jahr den Beginn der Baggerarbeiten für Anfang 2012 an, im Dezember korrigieren Sie den Zeitplan dann auf März 2012, um Ihre eigene Aussage nur wenig später, im Januar, erneut auf Mitte 2012 zu berichtigen. Jetzt, im Herbst 2012, stehen wir nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vor dem Scherbenhaufen dieser Ihrer Ankündigungspolitik.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Derweil machen Sie aus dem fernen Indien in Zweckoptimismus. Sie lassen erklären, dass Sie dem Abschluss des Hauptsacheverfahrens hoffnungsvoll entgegensehen. Diese Hoffnung teilen die meisten hier, mit Ausnahme von GRÜNEN und LINKEN. Aber wer soll denn eigentlich diese neuerliche Ankündigung noch glauben, und wer soll denn Ihren Einschätzungen und Ihrem Beurteilungsvermögen noch vertrauen? Die internationalen Reeder, die heute ihre Routen für die nächsten Jahre festlegen, tun es nicht mehr, und die Hamburger Unternehmen und ihre Beschäftigten tun es immer weniger. Herr Horch, die Halbwertszeit Ihrer politischen Aussagen und damit auch ihre Verlässlichkeit befinden sich gerade im steilen Sinkflug.

(Beifall bei der FDP und der CDU – *Dirk Kienscherf SPD*: Lächerlich!)

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

Das ist nicht die einzige Baustelle. Unerledigt oder verspätet, das ist das Grundmuster Ihrer Politik: Fortschritte bei der Hafenspanne – Fehlanzeige. Klarheit bei der Hafensfinanzierung – Fehlanzeige. Weitere Entwicklungen in Steinwerder – Fehlanzeige. Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße – Fehlanzeige. Groß angekündigte Reformen der Wirtschaftsförderung durch die neue Hamburgische Investitions- und Förderbank – wieder Fehlanzeige. In diesem Fall sage ich, Gott sei Dank. Und dann der Streit um die Windmesse. Erst bewegt der Senat innerhalb eines Jahres so gut wie gar nichts, und jetzt agieren Sie wie ein Elefant im Porzellanladen. Auch hier nichts als Schlick und Scherben.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Auf der Zwischenstrecke geht der SPD-Mehrheitsfraktion dann auch noch der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses verloren,

(Dirk Kienscherf SPD: Nun kommt die Märchenstunde!)

der im Wahlkampf mit großem Brimborium als Zeichen für eine wirtschaftsfreundlich lackierte SPD präsentiert

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist das Wahlrecht!)

und nun durch einen Gewerkschaftsfunktionär ersetzt wurde. So wird man von der Realität eingeholt. Der Lack blättert ab.

(Beifall bei der FDP, der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Aber nicht nur der Kollege Erck Rickmers ist Ihnen von der Fahne gegangen, in der letzten Woche ist dem Senat dann auch noch der Vorstandsvorsitzende der HSH Nordbank abhandengekommen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Der war aber nicht in unserer Fraktion!)

Warum, darüber kann man zu diesem Zeitpunkt nur spekulieren. Das kann mit einer unbefriedigenden wirtschaftlichen Entwicklung der Bank in Zusammenhang stehen und auch damit, dass das neue Geschäftsmodell nicht gegriffen hat. Aber fest steht doch, dass die Mehrheitseigentümer Hamburg und Schleswig-Holstein auf diese wichtige personalpolitische Entscheidung wenig, wenn überhaupt, Einfluss genommen haben. Das passt zu einer Politik, bei der seit dem Abschluss des EU-Beihilfeverfahrens von so etwas wie einer Beteiligungsstrategie an der Bank nichts ersichtlich ist.

(Glocke)

– Ich komme zum Schluss.

(Dirk Kienscherf SPD: Sie sind schon am Ende!)

Das ist angesichts der finanziellen Risiken für die Stadt nicht weniger als ein veritabler Skandal. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Balcke.

Jan Balcke SPD: Frau Präsidentin! Herr Dr. Kluth, wie man ein solches Zerrbild zu Beginn der Aktuellen Stunde angesichts des Beschäftigungs- und Wirtschaftswachstums der vergangenen Monate und Jahre zeichnen kann, ist mir absolut unverständlich.

(Katja Suding FDP: Das sind die Entscheidungen aus Berlin!)

Sie sprechen über Ihren Wirtschaftsminister Rösler in Berlin.

(Beifall bei der SPD)

Nichtsdestotrotz sind das drei für Hamburg essenziell wichtige Themen. Aber lassen Sie mich eines am Anfang gleich klarstellen: Der Senat zockt nicht, er spielt nicht, das ist das Geschäft von anderen. Das ist der untaugliche Versuch, drei Themen miteinander zu verquicken, die auf die Verantwortung des schwarzen und schwarz-grünen Senats anderer Jahre zurückgehen.

(Beifall bei der SPD)

Dafür wurden Sie zu Recht abgewählt, dafür werden wir zu Recht gewählt. Unsere Aufgabe ist es nun, Ihre Hinterlassenschaft zum Wohle Hamburgs zu lösen.

(Beifall bei der SPD)

Elbphilharmonie: Sie empfehlen uns, genau die Fehler zu wiederholen, mit denen die CDU-Senate gescheitert sind. Damit ist jetzt Schluss, wir werden keine Blankoschecks mehr ausstellen, wir werden uns nicht mehr von Baukonzernen an der Nase herumführen lassen, und wir treiben die Kostenspirale nicht mehr in unendliche Höhen. 400 Millionen Euro sind bereits zu viel veranschlagt, das sind 400 Millionen Euro, die besser hätten investiert werden können.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema Elbvertiefung. Das ist weiß Gott nicht nur ein Thema der Hafenvirtschaft, wie so gern suggeriert wird, das ist ein Thema von 150 000 Arbeitsplätzen in der Metropolregion und deren Familien. Deren Zukunft steht auf dem Spiel.

(Beifall bei der SPD)

Niemand, der im Interesse Hamburgs denkt und handelt, kann jetzt jubeln. Selbstverständlich respektieren wir diese Entscheidung, aber es sei ge-

(Jan Balcke)

sagt, dass das keine Vorentscheidung in der Sache ist. Das Gericht hat ausdrücklich hervorgehoben, dass das Projekt von essenzieller Bedeutung für den Logistikstandort Deutschland und Hamburg ist. Die begonnenen Maßnahmen dürfen fortgeführt werden. Das ist das richtige Signal.

(Beifall bei der SPD)

Nun kommt es auf das Hauptverfahren an. Das kostet Zeit, doch diesen Zeitverzug haben weder Senat noch die Beamten der Wasser- und Schifffahrtsdirektion noch die Freie und Hansestadt zu verantworten. Die Verantwortung liegt allein aufseiten der Umweltverbände, der sie unterstützenden Parteien und der Berufs-Neinsager in diesem Land.

(Beifall bei der SPD)

Eines ist klar: Wer sich gegen die Anpassung der Fahrrinne stellt, riskiert die Zukunft des Standorts Hamburg und die Zukunft des Standorts Deutschland. 20 Milliarden Euro Wertschöpfung, mehr als die Hälfte direkt in Hamburg; jeder achte Arbeitsplatz hängt direkt am Hamburger Hafen. BUND, NABU und WWF betreiben das Geschäft der konkurrierenden Häfen. Sie haben das Ziel, Hamburg zum Regionalhafen zurückzustutzen. Das ist die Allianz gegen Arbeitsplätze

(Beifall bei der SPD)

gemeinsam mit ihren Unterstützern von GRÜNEN und LINKEN. Die Forderung, der Senat solle wieder auf die Verbände zugehen, ist wohlfeil. Diese Diskussionen wurden im Oktober letzten Jahres ergebnislos abgebrochen, weil die Fundamentalforderungen der Umweltverbände im Sinne Hamburgs einfach nicht zu leisten waren. Das Ergebnis: Elbvertiefung light ist mit uns nicht zu machen. Wir werden nicht über 50 Zentimeter streiten.

(Zuruf von den GRÜNEN: Sondern?)

Die Untersuchungen sind übrigens unter Berücksichtigung hydrologischer und ökologischer Gesichtspunkte vorgenommen worden. Die 14,50 Meter beziehen sich auf das mittlere Tideniedrigwasser, das sollten Sie wissen. Das gesamte Verfahren muss nun neu aufgerollt werden, 2700 Seiten Planfeststellungsverfahren, sieben Jahre umsonst. Das ist mit uns nicht zu machen. Mit uns ist die Elbvertiefung nicht verhandelbar.

(Beifall bei der SPD)

Sie fordern Ausgleichs- und Kompensationsleistungen. Wenn diese nicht in Millionenhöhe bereits erfolgt wären, würden wir sagen, dass wir selbstverständlich dazu bereit sind. Das ist übrigens das Geld, das direkt aus dem Hafen kommt und der HPA für viele Infrastrukturmaßnahmen fehlt.

Die GRÜNEN haben übrigens damals der CDU ihr Ja für 40 Millionen Euro im Zuge der Stiftung "Lebensraum Elbe" verkauft. Es ist unredlich, sich

heute aus den politischen Diskussionen um Arbeitsplätze herauszuhalten, allein auf Gerichte zu verweisen und europäisches Umweltrecht anzuführen.

(Jens Kerstan GRÜNE: Das machen Sie doch!)

Das ist nicht redlich.

(Beifall bei der SPD)

Übrigens sind das die gleichen Argumente wie 1999. Auch damals hat das nicht verfangen. Die GAL hatte den ökologischen Teufel an die Wand gemalt. Wir haben seitdem zweistellige Wachstumsraten zu verzeichnen.

Insbesondere der BUND spielt mit der Zukunft dieser Stadt. Das sind diejenigen, die nach dem Motto agieren: Ich bin dagegen, worum geht's? Besonders deutlich wurde dies auch in der Diskussion um den Rückkauf der Netze. Einerseits sollen wir 2 Milliarden Euro aufbringen, aber auf der anderen Seite ist es in Ordnung, 750 Millionen Euro nicht zu berücksichtigen. Diese Allianz verhält sich unhanseatisch, sie reduziert die Steuereinnahmen, sie verhält sich außerdem unpatriotisch und unsolidarisch.

(Glocke)

Wir unterstützen die Beschäftigten im Hafen am 9. November 2011. – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Herr Wersich das Wort.

Dietrich Wersich CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Balcke, das war zu billig.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und einzeln bei der FDP)

Das bewegt vielleicht Ihre Leidensgenossen, aber in der Stadt überzeugt das niemanden. Wir erinnern uns doch alle daran, wie großartig Olaf Scholz vor zwei Jahren mit seiner Idee des ordentlichen Regierens gestartet ist. Er hat daraus eine respektable absolute Mehrheit gemacht und dann einen Stil der Regierung an den Tag gelegt, der in seiner Selbstherrlichkeit mitunter die Grenzen zur Unfehlbarkeit verwischen ließ. Nach den letzten Wochen ist klar: Der Rausch in Hamburg ist vorbei, jetzt kommt der Kater.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und einzeln bei der FDP)

Der Stopp der Elbvertiefung war schon ein Schlag ins Kontor, denn es war das Sinnbild dessen, was Sie versprochen haben. Sie haben in der letzten Regierungszeit bemängelt, dass die Elbphilharmonie nicht vorankommt.

(Dietrich Wersich)

(Dr. Andreas Dressel SPD: Elbvertiefung!)

– Dazu komme ich gleich noch. Es gilt ohnehin für beides das Gleiche.

(Beifall bei der CDU)

Aber davon abgesehen, war es das Sinnbild des versprochenen ordentlichen Regierens. Erst wurden die Baggerarbeiten für Ende 2011 angekündigt, dann für Anfang 2012, dann für Ende 2012. Heute haben wir weder Anfang noch Ende für die Elbphilharmonie.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Elbvertiefung! Ein bisschen den Überblick verloren!)

– Für die Elbvertiefung. Beides.

(Beifall bei der SPD)

Olaf Scholz hat einfach den Mund zu voll genommen. Nichts ist in der Stadt beschleunigt.

(Beifall bei der CDU)

Stattdessen wird nicht nur die Elbe nicht zügig vertieft, sondern gleichzeitig erschreckt uns die Nachricht, dass der Hafen verschlickt.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das ist ja was ganz Neues!)

Und das im Zusammenhang mit der Verschlechterung des Verhältnisses zu Schleswig-Holstein. Wann erkennen Sie, Herr Bürgermeister, dass der Konflikt um die Windmesse kein Privatproblem ist, sondern ein politischer Brandherd, der für Hamburg jeden Tag schlimmer wird? Handeln Sie in dem Bereich endlich.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Dann das Beispiel HSH Nordbank: Wir erfahren von der Ablösung des Vorstandsvorsitzenden, und der Senat behauptet zunächst, er sei daran gar nicht beteiligt gewesen. Wie kann das sein? Wie kann diese Bank zu über 80 Prozent Hamburg und Schleswig-Holstein gehören und dann werden solche Entscheidungen ohne Beteiligung der Stadt gefällt? Wenn er dann aber doch beteiligt war entgegen der ersten Aussagen, dann fragen wir uns bis heute, wer und wann eigentlich? Hier sind viele Fragen offen. Auf jeden Fall ist bei diesem Hin und Her klar, dass der Senat die HSH und die Vorgänge in der HSH nicht im Griff hat, und hier lauern immense Risiken für unseren Haushalt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Drittes Beispiel ist Hapag-Lloyd. Sie haben, Herr Scholz, im März alle Warnungen und Vorsichtsmaßnahmen in den Wind geschlagen. Sie haben den Ankauf von weiteren Anteilen für 420 Millionen Euro auf Kredit durchs Parlament gepeitscht. Jetzt wird klar, dass die Krise länger dauert. Die Experten rechnen damit, dass es noch bis Ende 2014

schwere Verwerfungen geben wird. Das bedeutet: keine Dividende, und das bedeutet für Hamburg, dass wir nur Schuldzinsen zahlen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, dass wir Zeit gehabt hätten, diese Verträge bis September dieses Jahres zu verhandeln.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP – Dr. Andreas Dressel SPD: Nein, das stimmt doch gar nicht!)

Im September dieses Jahres wäre klar geworden, dass Hapag-Lloyd-Anteile nicht 420 Millionen Euro wert sind. Dieses Geschäft war überhastet und zu teuer.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Dann tue ich Ihnen den Gefallen und komme auch noch mal auf die Elbphilharmonie. Da helfen nach zwei Jahren eigener Regierung Schuldzuweisungen an die Vorgängerregierung nicht mehr.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wer hat denn den Schlamassel angerichtet?)

Wir erleben ein Ultimatum nach dem anderen, gefolgt von einem Durchbruch zur Einigung nach dem anderen. Herr Bürgermeister, entweder bekommen Sie diese Einigung nicht in trockene Tücher oder Sie lassen sich von HOCHTIEF an der Nase herumführen, dann hätten Sie längst kündigen müssen.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN – Zurufe von der SPD)

Sich von Tag zu Tag an der Nase herumführen zu lassen oder aber die Einigung nicht in trockene Tücher zu bekommen, ist beides kein Ausdruck ordentlichen Regierens.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Ich komme zum Schluss. Während Sie Millionen für Unternehmensankäufe für zusätzliche Zinsen in die Hand nehmen, schnallen Sie bei den Menschen in der Stadt den Gürtel enger, bei den Arbeitslosen, den Kindern, den Familien, den Migranten und den Kultureinrichtungen.

(Dirk Kienscherf SPD: Das müssen Sie gerade sagen! Das glaubt Ihnen doch keiner!)

Herr Scholz, Sie sind dabei, sich zu entzaubern. Nach dem Rausch kommt der Kater. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Herr Kerstan das Wort.

Jens Kerstan GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vor anderthalb Jahren ist Bürgermeister Olaf Scholz mit sehr viel Selbstbewusstsein in sein Amt gestartet. Jetzt hat er sich selbst und die Stadt in schwere See manövriert. Ihr Konfrontationskurs gegenüber HOCHTIEF hat zu einem Jahr Baustillstand geführt. Ihr teurer Kauf von Hapag-Lloyd-Anteilen hat das finanzielle Risiko der Stadt im Schifffahrtsbereich massiv erhöht. Der Rauswurf des Chefs der HSH Nordbank, eine der größten Schiffsfianzierer, inmitten der größten Schifffahrtskrise löst große Besorgnis und Risiken für den Hamburger Haushalt aus.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Frag doch mal Kollegin Heinold aus Schleswig-Holstein!*)

Und der völlig unnötige Streit um die Windmesse in Husum hat dazu geführt, dass Sie nicht mehr wissen, wohin mit dem Hafenschlick, mit dem Ergebnis, dass Sie bereits heute die Zufahrt zum Hamburger Hafen beschränken müssen.

Herr Bürgermeister, Ihre Entscheidungen, die Sie häufig einsam und ohne echte Beratung fällen, entpuppen sich zunehmend als Fehlentscheidungen und Risiken für die Zukunftsentwicklungen unserer Stadt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CDU)

Das zeigt sich nirgendwo deutlicher als bei der Elbvertiefung. Um mit einer Legende aufzuräumen: Dieser Senat ist vor Gericht nicht an den bösen Umweltverbänden gescheitert, sondern weil Olaf Scholz sich verkalkuliert hat. Er hat ernsthaft geglaubt, dass deutsches Recht und Umweltrecht, das überall in Europa gilt, bei Hamburger Planungen für die Elbvertiefung ignoriert werden können. Er hat auf alles oder nichts gesetzt und vor Gericht verloren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr großes Problem, Herr Bürgermeister, ist die Art und Weise, wie Sie Projekte der Stadt verhandeln. Denn ganz offenkundig können Sie mit Verhandlungspartnern nicht verhandeln, ohne sie so vor den Kopf zu stoßen, dass danach gar nichts mehr passiert, so wie bei HOCHTIEF oder bei der Landesregierung in Schleswig-Holstein, oder Sie meinen in einer Selbstüberschätzung, gar nicht reden zu müssen. Ich habe manchmal den Eindruck, dass Sie gar nicht wissen, wie Verhandlungen auf Augenhöhe funktionieren. Das mag für Sie auch ungewöhnlich sein, denn in Ihrer Partei sind Sie das nicht gewöhnt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CDU – *Gabi Dobusch SPD: Natürlich! Waren Sie dabei?*)

Da geben Sie die Losung und die Marschrichtung aus, und daran darf niemand zweifeln. Egal, was passiert, da wird die Hacke zusammengeknallt. Das mag die richtige Strategie sein, um aus der

SPD einen Bürgermeister-Wahlverein zu machen, aber die richtige Strategie, um diese Stadt gut zu regieren – das zeigen diese Probleme, über die wir heute reden –, ist es eindeutig nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CDU)

Es mag sein, dass Sie mit den Umweltverbänden geredet haben. Noch mal: Verhandlungen auf Augenhöhe bedeuten nicht, dass Sie sagen, 14,50 Meter sind gesetzt und die Umweltverbände können sich ihren Trostpreis oder ihr Trostpflaster aussuchen. Sie müssen ernsthaft zur Kenntnis nehmen, dass europäisches Umweltrecht verlangt, dass Sie auf Umweltbelange Rücksicht nehmen. Dann werden Sie von der maximalen Tiefe einmal Abstand nehmen müssen und sich in der Mitte einigen. Die gute Botschaft ist, dass eine solche Strategie dem Hafen, aber auch der Umwelt nützen kann. Das zeigen andere Konkurrenzstandorte, andere Häfen, die diese Strategie sehr viel erfolgreicher verfolgt haben als dieser Senat.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Dirk Kienscherf SPD: Das sind doch ganz andere Rahmenbedingungen! Das wissen Sie doch ganz genau!*)

– Es ist schlimm, dass Sie das nicht wissen, wenn Sie doch hier die Verantwortung tragen. Antwerpen hat auf 14 Meter vertieft und mehrere 100 Millionen Euro in die Umwelt investiert. Es hat keine Klagen gegeben, und die Hafenwirtschaft hat dort eine Zukunftsentwicklung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie Ihr eigenes Argument wirklich ernst meinen, dass von dieser Elbvertiefung so viel für den Hamburger Hafen abhängt, dann wäre es schlichtweg unverantwortlich, jetzt vier Jahre lang ein Gerichtsverfahren mit völlig offenem Ausgang und ungewisser Dauer abzuwarten. Herr Bürgermeister, Sie müssen deshalb Ihren Kurs ändern und ernsthaft erkennen, dass niemandem, schon gar nicht dem Hafen, gedient ist, wenn man europäisches Umweltrecht ignoriert. Aus der anderen Situation wird ein Schuh: Es gibt die Möglichkeit, dem Hafen und der Umwelt Entwicklungsperspektiven zu geben. Sie müssen nur Ihren Politikstil ändern, und wir erwarten heute von Ihnen, dass Sie erklären, wie Sie aus der Sackgasse herauskommen wollen, in die Sie sich selbst hineinmanövriert haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Frau Heyenn das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Argumente und Standpunkte von einigen Fraktionen in diesem Hause ändern sich ins Gegenteil, je nachdem, ob sie Op-

(Dora Heyenn)

position sind oder Regierung. Das irritiert mich sehr und es wird dem Ernst der Lage auch nicht gerecht.

(Beifall bei der LINKEN)

Fangen wir mit der HSH an. Wer war es denn, der 2009 den sogenannten Rettungsplan für die Bank beschlossen hat? Das waren die CDU, die GRÜNEN und die SPD. Unsere Skepsis wurde wie gewohnt in den Wind geschlagen.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Die FDP war es nicht!)

– Die war ja auch nicht dabei.

Spätestens, nachdem Nonnenmacher 2009 die gesamte Bürgerschaft am Nasenring durch die Stadt gezogen hat, hätte der Senat seine Kontroll- und Mitspracherechte konsequent wahrnehmen müssen. Trotz eines Bürgerschaftsbeschlusses, dass die Bank keine Boni und sonstigen Abfindungen zahlt, solange die HSH ein Sanierungsfall ist und am Tropf von Steuergeldern hängt, forderte Nonnenmacher Millionen ein und er bekam sie. Also hat Schwarz-Grün seine Gestaltungsräume gegenüber der HSH keineswegs zum Wohle der Stadt ausgeschöpft.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Gabi Dobusch SPD*)

Das tut dieser Senat auch nicht, wenn ich die Berichte in den Medien richtig verfolge. Dass Sie, Herr Senator Tschentscher, das Aufsichtsratsmandat nicht wahrnehmen und dass an Aufsichtsratsitzungen in dieser Krisensituation kein Vertreter der Stadt teilnimmt, ist wirklich ein Skandal, da muss ich der CDU ausnahmsweise einmal recht geben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und bei *Dr. Eva Gümbel GRÜNE*)

Auch dieser Senat lässt sich von der HSH auf der Nase herumtanzen. Wie ist es eigentlich hinzunehmen, dass Herr Kopper im Alleingang einen Vorstandschef entlässt, benennt und einstellt, und niemand regt sich darüber auf? Das ist auch ein Skandal.

(Beifall bei der LINKEN)

Davon einmal abgesehen ist die Lage so ernst wie offenkundig noch nie zuvor. Wahrscheinlich werden die Bürgerschaften von Hamburg und Schleswig-Holstein zu über 50 Prozent in Anspruch genommen,

(*Jan Quast SPD*: Nein, selbst das ist falsch!)

so jedenfalls der geschasste Paul Lerbinger. Da bleibt nicht viel Spielraum. Schleswig-Holstein ist zahlungsunfähig, das heißt, die Last hat allein Hamburg zu tragen. Dann können wir unseren laufenden halben Meter Haushaltsentwürfe und unsere kiloschweren Protokolle aus den Ausschusssitzungen alle in die Tonne treten, und dann werden

Sie, CDU, FDP, GRÜNE und SPD, neu über die Schuldenbremse nachdenken müssen.

Jetzt zur Elbphilharmonie, dort ist es das Gleiche. Alle Parteien und Fraktionen – außer der LINKEN natürlich – haben jeden Beschluss für die Elbphilharmonie mitgetragen. Kostensteigerungen und Konflikte mit Architekten und Baufirmen waren an der Tagesordnung. Bürgermeister Scholz hatte versprochen, ordentlich zu regieren, und Senatorin Kisseler hat hier in einem denkwürdigen Auftritt versprochen, dass der SPD-Senat Schluss mit den Spielchen mache, wie sie es genannt hat. Nichts davon wurde eingehalten und jetzt wird gar nicht mehr gebaut. Das wäre noch nicht mal so schlimm, aber selbst das kostet Riesensummen, jeden Monat 12,5 Millionen Euro. Es bleibt dabei: Hamburg kann sich so eine Nobeletage nicht leisten, und der Senat kann es sich nicht leisten, immer wieder vorgeführt zu werden. Auch das führt zu Politikverdrossenheit.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun zur Elbvertiefung. Das ist wirklich der Gipfel, man kann doch jetzt nicht anfangen, die Richter zu beschimpfen, nur weil einem die Entscheidung nicht passt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das hat hier überhaupt keiner getan!)

Eine Elbvertiefung, Herr Balcke, ist eben mehr als nur eine technisch zu lösende Fahrrinnenanpassung. Da kann ich Ihnen nur zurückgeben, dass die SPD-Fraktion immer, wenn Scholz irgendetwas vorgibt, sagt: "Ich bin dafür", und dann erst fragt, wofür es eigentlich geht.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der CDU und den GRÜNEN)

Alle Fraktionen – außer der LINKEN natürlich – haben der letzten Elbvertiefung zugestimmt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das einzig Wahre sind die LINKEN!)

Das müssen Sie sich anhören, das hilft nichts.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Und was ist mit den Arbeitsplätzen?)

Die GRÜNEN, die sich jetzt als Schutzpatron für die Umweltverbände aufspielen, haben zu Beginn der schwarz-grünen Koalition hier vorne erklärt, dass sie die nächste Elbvertiefung, die jetzt noch in der Planung und im Streit sei, noch mittragen würden, aber das sei dann wirklich die letzte. Jetzt, in der Opposition, scheinen Sie das alles vergessen zu haben. Solch ein Paradigmenwechsel in der Rolle von Oppositions- zu Regierungsfraktion ist unseriös und fördert die Politikverdrossenheit.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Jetzt noch mal zu den Spuren der Elbvertiefung, die wir täglich spüren. Die vereinbarten Aus-

(Dora Heyenn)

gleichsflächen sind immer noch nicht vollständig hergestellt. Einige der bereitgestellten Gebiete sind reine Mogelpackungen, und täglich muss Schlick aus der Elbe in den Hafen ausgebaggert werden.

Wir fordern – letzter Satz – den Hamburger Senat auf, dringend ein Entsorgungskonzept für den Hafenschlick zu erarbeiten, und wir hoffen, dass letzten Endes nicht eine Variante herauskommt, dass dieser vor der afrikanischen Küste verklappt wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Senator Horch.

Senator Frank Horch:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben in der Diskussion gerade die unterschiedlichsten Aussagen zu drei Themen gehört. Das will ich aber an dieser Stelle gar nicht bewerten. Dass ich zu den vielen vorgetragenen Argumenten eine andere Position habe, liegt auf der Hand. Lassen Sie mich aber gleich zu Beginn zum Thema Fahrrinnenanpassung drei Dinge ganz deutlich sagen.

Erstens: In der Sache selbst ist nichts entschieden. Das Gericht sagt in seiner Begründung – ich zitiere –:

"Der Ausgang des Rechtsstreits in der Hauptsache [ist] offen."

Also weder Pro noch Contra bezüglich der Fahrrinnenanpassung. Das Gericht macht weiterhin deutlich, dass es ausschließlich wegen des Umfangs und der gesamten Komplexität noch keine Entscheidungen treffen kann.

Zweitens: Hier wird auch nicht exklusiv oder speziell die Elbvertiefung gestoppt, sondern es passiert leider genau das, was in der jüngsten Vergangenheit an anderen Stellen bei den staatlichen Großprojekten auch passiert ist, nämlich eine Entscheidung, diese Vorhaben erst im Hauptsacheverfahren zu treffen.

Drittens: Weder der Bund noch Hamburg müssen sich wegen dieser Eilentscheidung selbst etwas vorwerfen oder von anderen vorwerfen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Das Projekt Fahrrinnenanpassung oder Anpassung der Vertiefung der unteren Außenelbe ist eines der umfangreichsten und komplexesten Planfeststellungsverfahren, das in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt wurde.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wersich?

Senator Frank Horch (fortfahrend): – Nein, ich muss konzentriert bleiben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wer meint, an dieser Stelle sagen zu müssen, wir, das heißt Hamburg und der Bund, hätten schlampig gearbeitet, dem kann ich nur sagen: Sie liegen völlig falsch, und wenn Sie das behaupten, haben Sie sich die Planungsunterlagen wahrscheinlich überhaupt nicht angesehen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren Abgeordnete! Mit voller Überzeugung muss ich Ihnen sagen, dass das Planfeststellungsverfahren an Unter- und Außenelbe, so wie es in den letzten Jahren betrieben wurde, mustergültig durchgeführt wurde. Wir hatten allein drei Planänderungen aufgrund unserer intensiven Beteiligung der Naturschutzverbände und der Naturschutzverwaltungen von Bund und Ländern. Wir haben alle Belange des Natur- und Artenschutzes, ebenso des Gewässer- und des Gebietsschutzes in dieses Planfeststellungsverfahren eingearbeitet. Vielfach sind wir sogar über die Forderungen hinausgegangen.

Einige Inhalte: Die Deichsicherheit, eines der wichtigsten Kriterien im Lebensbereich der Elbe, ist zu 100 Prozent gewährleistet. 100 Kilometer zu beiden Seiten der Elbe und 100 Kilometer Hochwasserschutz in Hamburg drücken dieses in den heutigen Deichsicherungsmaßnahmen ganz deutlich aus. In Altenbruch, im Bereich der Unterelbe, werden kostspielige Ufersicherungen vorgenommen, um die Tide der Elbe zu steuern.

Die Verantwortlichkeiten für die Uferunterhaltung im gesamten Bereich der Elbe sind mit den Zweckverbänden in allen Einzelheiten neu geordnet worden. In die Stiftung "Lebensraum Elbe" sind bis zum heutigen Tag bereits 15,5 Millionen Euro eingezahlt worden. Der Elbefonds ist eingerichtet, um den kleinen Häfen bei ihren Unterhaltskosten zur Seite zu stehen.

Mit den Obstbauern und den Wasserbereitstellungsverbänden wurde eine Einigung erzielt. Die Belange des Natur- und Artenschutzes wurden intensiv berücksichtigt. Vorsorglich wurden auf einer Gesamtfläche von immerhin 600 Hektar zahlreiche Kohärenzmaßnahmen festgesetzt. Wir haben mit Gemeinden, mit Kreisen, Landräten, Parlamentariern und Bürgermeistern gesprochen, und ich selbst habe zur rechten Zeit auch mit den Umweltverbänden intensive Gespräche geführt.

Wir haben, allen bekannt, die EU an diesem Verfahren beteiligt, und die EU hat uns umfassend zugestimmt.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben uns mit den Nachbarländern geeinigt, Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben ihr

(Senator Frank Horch)

Einverständnis erteilt. Wir haben bei dem Verfahren immer alles umgehend und sorgfältig bearbeitet, sobald es dafür einen Handlungsauftrag gab.

(Beifall bei der SPD)

Die Planfeststeller des Bundes und Hamburgs haben bei diesem so breit angelegten Projekt vorbildliche Arbeit geleistet. Erlauben Sie mir dabei einen Satz: Wer hier etwas anderes behauptet, der bringt engagierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unberechtigt in Misskredit und schadet am Ende dem Standort Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

Es wird jetzt darauf ankommen, dass das Gericht in absehbarer Zeit eine Entscheidung über die Klagen fällt. Dazu haben wir beigetragen, indem wir bereits jetzt auf alle Klagen erwidert haben, sodass aus unserer Sicht die Klageverfahren entscheidungsreif sind. Wir werden, wie bisher auch, alles dafür tun, um dieses auch jederzeit zu unterstützen. Wir stehen aber auch weiterhin in allen Belangen zu Gesprächen mit denjenigen zur Verfügung, die dies wünschen; das möchte ich ganz deutlich zum Ausdruck bringen.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Das merkt man!*)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich bitte eines deutlich sagen: Der Ausbau selbst, also die Vertiefung und Verbreiterung, sind nicht verhandelbar. Das Ausbaumaß ist und bleibt ohne Alternative, weil wir genau das unter intensivsten Analysen für die Zukunft unseres Hafens und der Stadt benötigen.

(Beifall bei der SPD – *Jens Kerstan GRÜNE: Wer ist denn jetzt der Fundamentalist?*)

Auch wenn ich mir im Eilverfahren selbstverständlich eine andere Entscheidung gewünscht hätte, bin ich persönlich weiterhin überzeugt davon, dass die Fahrrinnenanpassung kommen wird

(*Dietrich Wersich CDU: Aber wann? Ein Datum?*)

und mit ihr alle Verbesserungen und Vorteile

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

für den Hafen, für die Stadt, für die Umweltbelange, für die ganze Region, aber ich sage auch: für den bedeutendsten Hafen der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt weitere Projekte in unserer Stadt, wie wir eben gehört haben, die die ungeteilte Aufmerksamkeit des Senats haben, Projekte von herausragender Bedeutung, dessen ist sich der gesamte Senat bewusst. Darum haben wir uns beispielsweise entschieden, die Projektstruktur der Elbphilharmonie neu zu ordnen. Dass diese neue Struktur notwendig ist, darüber kann es sicherlich auch bei

Ihnen keinen Zweifel geben. Wenn Sie in die Stadt hinausgehen und die Leute danach fragen, warum die Elbphilharmonie in ihrer jetzigen Situation ist, dann werden die Leute Ihnen sagen, dass nicht gründlich genug geplant wurde, zu schnell gebaut wurde, und dass ein Projekt derartiger Struktur einer verbesserten Organisation bedarf.

(Beifall bei der SPD)

Wenn einige auch noch so häufig einen schnellen Abschluss der Neuordnungsgespräche fordern, so werden wir als Senat diesen Fehler, der der Elbphilharmonie bis heute anhängt, nicht wiederholen.

(Beifall bei der SPD)

Die Tragweite der Entscheidung, in welcher Konstellation die Elbphilharmonie zu Ende gebaut werden soll, ist dafür in der Tat zu groß. Diese Entscheidung können wir jetzt nicht leichtfertig fällen.

(*Dr. Eva Gümbel GRÜNE: Und wann?*)

Und es gilt: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Der Senat bevorzugt weiterhin, die Elbphilharmonie mit HOCHTIEF zu Ende zu bauen. Dazu muss HOCHTIEF sich aber an Verabredungen halten und seinen Verpflichtungen nachkommen.

(*Dietrich Wersich CDU: Das doch schon seit einem Jahr!*)

Wenn HOCHTIEF, aus welchen Gründen auch immer, nicht mehr mitwirken kann und will, dann wird eben jemand anderes die Elbphilharmonie zu Ende bauen. Es ist also jetzt an HOCHTIEF, seinen Verpflichtungen nachzukommen und vor allem ein wichtiges Projekt, das Saaldach, endlich abzusenken.

(Beifall bei der SPD)

Wir können bisher bei HOCHTIEF keinen substanziellen Fortschritt erkennen, die Verhandlungen sind daher ohne Zweifel in einer ganz kritischen Phase.

(Zurufe von der CDU – *Robert Heinemann CDU: Herr Senator, lassen Sie sich doch nicht immer vom Bürgermeister für solche Themen nach vorne stellen!*)

Ein Ergebnis zu präsentieren, nur, um etwas vorweisen zu können, wäre insgesamt zu billig.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

So werden wir als Senat nicht handeln.

(*Jörg Hamann CDU: Sie handeln gar nicht!*)

Etwas Nervenstärke, das sage ich auch aus persönlicher Erfahrung, muss man bei solchen Verhandlungen schon mitbringen, um zum Wohle der

(Senator Frank Horch)

Stadt die richtige Entscheidung bei einem derartig wichtigen Projekt zu treffen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren Abgeordnete! Es gibt offensichtlich den Wunsch, das haben wir herausgehört, noch ein weiteres Thema zu diskutieren.

Ich freue mich, dass Sie Interesse haben, die wirklich wichtigen Prozesse in der Stadt konstruktiv mit zu begleiten, so auch die Themen im Zusammenhang mit der HSH Nordbank. Ich kann Ihnen versichern, dass Hamburg weiterhin zu seiner Verantwortung für die HSH Nordbank steht. Dem Senat ist bewusst, dass die Transformation der Bank in ein neues, risikoärmeres Geschäftsmodell kein leichtes Unterfangen ist.

(Robert Heinemann CDU: Das wäre eine Bürgermeisterrede gewesen!)

Unverändert besteht jedoch ein hohes Interesse daran, dass die HSH Nordbank die eingeschlagene Umstrukturierung und ihr neues Geschäftsmodell in eine Bank für Unternehmen erfolgreich umsetzt.

(Dietrich Wersich CDU: Wer hat in der Stadt über die Entlassung entschieden, Herr Horch? – Zurufe von der CDU)

Die Bilanzsumme und die Risikopositionen wurden bereits, das muss man deutlich herausstellen, in den letzten Monaten bei der HSH Nordbank erheblich reduziert. Seit 2011 wurden die Anforderungen der EU-Beihilferichtungsentscheidung in ein neues Geschäftsmodell transformiert, und mit dessen Umsetzung ist intensiv begonnen worden. Die Bank steht vor ganz besonderen Herausforderungen. Ein ambitioniertes Geschäftsmodell in Zeiten einer anhaltenden Krise, was wir heute gehört haben, insbesondere mit dem für die Bank nach wie vor wichtigen, relevanten Geschäftsfeld der Schiffsfinanzierung, muss entsprechend umgesetzt werden.

(Dietrich Wersich CDU: Wer hat im Senat entschieden, dass Lerbinger gehen muss?)

Nach unserer Auffassung ist es jedoch viel zu früh, die Umsetzung des neuen Geschäftsmodells schon jetzt zu beurteilen – was Sie hier reinrufen, ist keine Beurteilung des Geschäftsmodells –, wir müssen mit den Risiken fertig werden.

(Beifall bei der SPD – Dietrich Wersich CDU: Das ist keine Bemerkung, sondern eine Frage, auf die das Parlament Anspruch auf Beantwortung hat!)

Insofern ist der Bank die notwendige Zeit zu geben, die neuen Leitlinien und Vorgaben des Geschäftsmodells entsprechend umzusetzen und auch, der wichtigste Schritt, in den Markt zu transportieren. Mit Hamburg hat die Bank, das sage ich

deutlich, einen Anteilseigner, der hierfür die notwendige Unterstützung aufbringt.

(Beifall bei der SPD)

Auch hier gilt es, aufgrund der schwierigen Gesamtlage die Nerven zu behalten. Mit Pauschalurteilen kommen wir nicht weiter. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Senator Horch, ich weise Sie darauf hin, dass Sie nahezu das Dreifache der Redezeit in Anspruch genommen haben, die den Abgeordneten in der Aktuellen Stunde zur Verfügung steht.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Und nichts gesagt!)

Dem Abgeordneten Farid Müller erteile ich einen Ordnungsruf.

Das Wort bekommt jetzt Frau Suding.

Katja Suding FDP:* Frau Präsidentin! Ein kurzes Wort zu Ihnen, Herr Horch, und das Gleiche gilt auch für Herrn Balcke: Ein Zocker, der nicht zugibt, dass er zockt, so wie wir das gerade bei Ihnen beiden erlebt haben, ist kein unüblicher Vorgang, das hat die Menschheit schon häufig erlebt. Und seit Dostojewskis "Der Spieler" ist das sogar Literaturgeschichte.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Übrigens hat Dostojewski kurz vor "Der Spieler" "Schuld und Sühne" geschrieben, und damit sind wir schon bei Ihnen, Herr Bürgermeister. Dann wissen Sie auch schon einmal, was auf Sie noch zu kommen wird.

Der Börsenguru André Kostolany hat einmal gesagt, wenn Spieler auf eine angeblich todsichere Sache spekulieren würden, dann ginge das fast immer schief. Und genauso, Herr Scholz, ist es Ihnen in der vergangenen Woche ergangen, leider zum Nachteil Hamburgs. In Indien wollten Sie spielerisch leicht vorführen, wie man einen modernen Hafen managt. Hier in Deutschland blockieren Ihnen unterdessen die Umweltverbände mit dem erfolgreichen Eilantrag gegen die Elbvertiefung die Zukunftsentwicklung des Hamburger Hafens mit Verlustrisiken in Millionenhöhe für die Hafenvirtschaft. In Indien wollten Sie die Finanz- und Wirtschaftskraft der alten Handelsmetropole Hamburg demonstrieren. Hier in Hamburg verabschiedet derweil der Aufsichtsratsvorsitzende der HSH-Nordbank, offenbar ohne Ihr Wissen – korrigieren Sie mich, wenn ich da falsch liege –, den amtierenden Vorstandschef nach nur einem Jahr wegen erkennbar gewachsener Milliardenrisiken für die Stadt. In Indien wollten Sie dann auch die Kraft und Kompetenz der Hamburger Wirtschaft

(Katja Suding)

ganz generell bewerben. Hier in Hamburg wird gleichzeitig klar, dass Sie nach einjährigem Bau-stopp, endlosen Verhandlungen und x-fachen An-kündigungen immer noch keine Basis für den Ab-schluss des Projekts Elbphilharmonie haben – mit weiteren Folgekosten in Millionenhöhe für Ham-burg.

Meine Damen und Herren! Das alles ist kein Er-gebnis guten Regierens, sondern größtmöglichen Risikos, das Sie eingegangen sind. Das ist nicht Wahrheit und Klarheit, sondern widriges Chaos. Das ist keine seriöse Politik, sondern das Ergebnis von spielerisch angezettelten Pokerrunden. Und ganz im Sinne des alten Börsenfuchses Kostolany haben Sie offenbar spekuliert unter dem Motto, das seien alles todsichere Sachen, das bekämen Sie schon hin.

(Jan Quast SPD: Das sind ja alles nur Wort-hülsen!)

Aber Sie verzocken sich dabei immer öfter zuun-gunsten der Hamburger Bürger, die Liste ist mitt-lerweile lang. Als Beispiel nenne ich das gestörte Verhältnis zwischen Hamburg und Kiel. Statt den jahrzehntelang geübten Schulterchluss zu pfe-ge, setzen Sie in Sachen Windmesse auf Kon-frontation. Das Ergebnis: Nun werden Sie den Ha-fenschlick nicht mehr in Schleswig-Holstein los.

(Dirk Kienscherf SPD: Ach, Sie waren doch immer für ein kämpferisches Auftreten! –Ge-genruf von Dietrich Wersich CDU: Haben Sie es immer noch nicht gemerkt, Herr Kien-scherf?)

Beispiel gescheiterte Kita-Politik:

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist falsch!)

Erst setzen Sie unter großem Getöse das Wahlver-sprechen vom kostenlosen Mittagessen um, und nun müssen Sie klammheimlich die Zuschüsse pro Kita-Kind drastisch senken. Das Ergebnis: Die Qualität von Essen und Betreuung ist nachhaltig gefährdet.

(Beifall bei der FDP)

Beispiel ideenlose Verkehrspolitik: Statt eine fun-dierte Verkehrspolitik für die Mobilität der Ham-burger erarbeiten zu lassen, spielt Ihr Verkehrssenator mit der sogenannten Busbeschleunigung dem Pu-blikum politisches Handeln gegen den Verkehrsinfarkt vor. Das Ergebnis: zweistellige Millionenkos-ten.

Beispiel Hapag-Lloyd: Sie beschwören vor Öffent-lichkeit und Parlament die Notwendigkeit des Er-halts der Traditionsreederei durch Steuergelder und verweisen leichtfüßig auf die Möglichkeit eines späteren gewinnträchtigen Verkaufs der Anteile. Das Ergebnis: ein massiver Wertverfall der Ham-burger Beteiligung.

Die Liste der spielerisch geworfenen Nebelkerzen und verlorenen Pokerrunden ließe sich problemlos verlängern.

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist ja eher die FDP auf Bundesregierungsebene!)

Herr Bürgermeister, die ökonomische Entwicklung Hamburgs, der Handel und Wandel, Hafen und Wirtschaft sind bei Ihnen nicht in guten Händen.

(Beifall bei der FDP und bei Robert Heine-mann und André Trepoll, beide CDU)

Junger Spieler, alter Bettler warnt der Volksmund.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist aus dem Sprüchebuch der FDP!)

Wir appellieren daher an Sie: Legen Sie die Poker-karten aus der Hand und verlassen Sie den Spiel-tisch. Nehmen Sie juristische Risiken wie etwa den Stopp der Elbvertiefung durch Gerichte nicht auf die leichte Schulter. Sorgen Sie für eine sachge-rechte und fundierte Vorbereitung solcher Auseinandersetzungen. Und stoppen Sie den Trend zum Staatsunternehmertum,

(Dirk Kienscherf SPD: Lieber privatisieren!)

der das Geld der Hamburger Steuerzahler nutzlos zwischen Strommasten und Containerschiffen ver-senkt.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt nun Herr Schmidt.

Hansjörg Schmidt SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kluth, ich bin der neue Vorsitzende des Wirtschaftsaus-schusses und kein Gewerkschaftsfunktionär, auch wenn ich mit Herrn Rose vielleicht in Verhandlun-gen eintreten sollte, eventuell macht er mir ein gu-tes Angebot.

(Dietrich Wersich CDU: Der ist auch keiner mehr!)

Aber das haben Sie wohl noch nicht richtig mitbe-kommen, es gab auch erst eine Sitzung.

(Beifall bei der SPD)

Wenn in diesem Raum einige über die zeitliche Ausdehnung der Rede von Herrn Horch murren, dann kann ich nur sagen, dass Sie einen ganzen Strauß an Themen angemeldet haben,

(Zurufe von der CDU und den GRÜNEN)

und dann ist es absolut legitim, darauf anständig zu antworten. Dann ist es auch besser, diese Fra-gen im Detail zu klären, als ständig mit Worthülsen und Phrasen umherzuwerfen, wie wir das die gan-ze Zeit erlebt haben.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Schmidt, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Wersich?

Hansjörg Schmidt SPD: Ich wollte jetzt eigentlich fortfahren.

(*Robert Heinemann* CDU: Tun Sie das doch, fahren Sie fort!)

Präsidentin Carola Veit: Heißt das nein?

Hansjörg Schmidt SPD (fortfahrend): Ja.

Herr Kerstan, nun zu Ihnen. Sie kritisieren das Thema HSH Nordbank. Sämtliche Schritte der HSH Nordbank werden abgestimmt zwischen den Eigentümern, also auch mit der grünen Finanzministerin in Schleswig-Holstein. Wenn Sie also damit Probleme haben, dann wenden Sie sich gern einmal an Ihre Parteifreundin in Kiel.

(Beifall bei der SPD – *Robert Heinemann* CDU: Wir sind hier in der Hamburgischen Bürgerschaft!)

Dann zur Elbvertiefung. Ich bin etwas überrascht über die Vorstellungen von Umweltpolitik. Ich habe immer das naive Wissen, dass eigentlich das Schiff – das sagen Sie immer bei anderen Themen, wenn es zum Beispiel um die Binnenschifffahrt geht – das umweltverträglichste Transportmittel überhaupt ist. Insofern gibt es hier auch einen massiven Widerspruch, was Ihre Vorstellung von Umweltpolitik betrifft. Denn wenn wir den Hafen ausbauen, dann ist das auch eine aktive Umweltpolitik, denn sonst würden die Waren auch auf anderen Wegen transportiert werden, die eine deutlich schlechtere ökologische Bilanz haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zur Sache, Herr Horch hat es eben schon ausführlich dargelegt. Wir setzen auf gute Argumente im Hauptverfahren. Mit diesen guten Argumenten haben wir unsere Nachbarn in Kiel, in Hannover und in der EU-Kommission überzeugt, und wir werden damit letztendlich auch beim Bundesverwaltungsgericht die Richter überzeugen.

(Beifall bei der SPD – *Jens Kerstan* GRÜNE: Das ist echt hilflos!)

Unser Appell gilt einer zügigen Entscheidung, denn nicht nur Hamburg braucht eine zügige Entscheidung in Sachen Elbvertiefung. Dieses Projekt der Fahrrinnenanpassung liegt im Interesse ganz Deutschlands. Das hat auch das Gericht in Leipzig konzediert und das öffentliche Interesse an einem raschen Baubeginn des Projekts betont.

Ein Rechtsstaat zeichnet sich auch dadurch aus, dass notwendige Entscheidungen zeitnah getroffen werden. Das hat zum Beispiel das Bundesverfassungsgericht zuletzt in Sachen ESM gezeigt,

und wir setzen darauf, dass dies auch in Leipzig der Fall sein wird.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem neuen Infrastrukturbeschleunigungsgesetz ist das Verfahren auf das Bundesverwaltungsgericht beschränkt. Wenn das Gericht sich zutraut, in Zukunft immer in der Hauptsache und schnell zu entscheiden, dann kann das künftig bei vielen wichtigen Planungsvorhaben in Deutschland sogar eine gute Botschaft sein. Und wir hoffen, dass es auch so bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Nicht leiden unter der Entscheidung wird die Umsetzung des neuen Hafenenwicklungsplans. Den hat unser Wirtschaftssenator Frank Horch vor zwei Wochen vorgestellt. Dieser Plan ist mehr als die Elbvertiefung. Mit diesem Plan machen wir die Hausaufgaben, die Schwarz-Grün in der vergangenen Legislaturperiode liegengelassen hat.

(Beifall bei der SPD)

Der Senat hat den Ehrgeiz, den Hamburger Hafen dauerhaft als einen der bedeutendsten der Welt auszubauen. Diesem Ziel fühlt sich die SPD-Fraktion verpflichtet und unterstützt den Senat dabei mit voller Kraft. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält nun Herr Heintze.

(*Jens Kerstan* GRÜNE: Es sieht nicht gut aus um Hamburgs Zukunft, wenn ihr das glaubt, was ihr da sagt!)

Roland Heintze CDU:* Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin begeistert. Bei wichtigen Fragen dieser Stadt, bei existenziellen Fragen dieser Stadt heißt das Führungstrio der SPD jetzt Schmidt, Balcke und Horch. Ich weiß nicht, wie ernst Sie eigentlich die Themen nehmen, Herr Bürgermeister. Wenn solche Themen angemeldet sind wie die HSH Nordbank, wie die Elbvertiefung und die Elbphilharmonie, haben Sie nichts Besseres zu tun, als sich danebenzusetzen und zuzuhören – ich bitte die Kollegen, mir das nachzusehen –, was deutlich unerfahrene Politikerkollegen zu den Themen zu sagen haben, anstatt selbst Stellung zu beziehen und die Verantwortung für das zu übernehmen, was Sie uns in der ersten Hälfte Ihrer Legislaturperiode eingebrockt haben.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Und wenn Sie sich selbst in Ihrer Rolle ernst nehmen, tun Sie bitte mir, der CDU und diesem Hause insgesamt einen Gefallen: Kommen Sie nach vorn, stellen Sie sich den Themen und sagen Sie endlich einmal etwas Substantielles dazu. Ansonsten

(Roland Heintze)

war die letzte Stunde, zumindest vonseiten der SPD, verschenkt.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Herr Balcke verliert sich in Verfahrensrhetorik, Herr Schmidt erklärt, was er so als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses tut oder auch nicht tut,

(*Gabi Dobusch SPD: Was machen Sie da vorne eigentlich?*)

und der Wirtschaftssenator gibt das gleiche Bild ab und sagt, heute nehme er einmal als parteiloser Pressesprecher der Regierungspartei dieses Amt voll an. Er sagt dann, alles werde gut. Herr Horch, Sie sind ein exzellenter Pressesprecher für diese Regierungspartei. Sie haben weder deren Parteilichkeit noch sind Sie wirklich Ihrer Verantwortung gerecht geworden als Mitglied dieses Senats. Das ist ein beschämendes Bild, was wir bisher erlebt haben.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei den GRÜNEN und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE – Karin Timmermann SPD: Das ist beschämend, was Sie hier sagen!*)

Und dass diese Alles-wird-gut-Mentalität durchaus System hat, Herr Bürgermeister und Herr Horch, das zeigen Ihre Interviews vom August letzten Jahres. Da hieß es nicht, dass es noch Unwägbarkeiten gäbe und man erst einmal schauen und kämpfen müsste, sondern es hieß, dass Anfang 2012 die Bagger für die Elbvertiefung rollen würden. Ich sehe keinen Bagger rollen, außer vielleicht zurück in die Garage, weil Sie augenscheinlich nicht ausreichend genug gekämpft haben.

(Beifall bei der CDU)

Nervenstärke, muss ich gestehen, kann ich zwar erkennen, wenn Sie sagen, man müsse bei Verhandlungen Nervenstärke haben. Ich sehe aber auch viel Chuzpe. Da wird die Elbphilharmonie die Halbe-Milliarden-Euro-Grenze erreichen.

(*Dirk Kienscherf SPD: Den Murks haben Sie zu verantworten!*)

Kündigung? – Fehlanzeige. Die HSH-Garantien laufen zu 41 Prozent, ein Risiko, das noch nie so hoch war. Da sagt mir der Pressesprecher der SPD-Regierungsfraction, das sei alles gar nicht so tragisch und die Lage der Bank sei so gut wie nie. Wenn Sie ein guter Pressesprecher sein wollen, dann informieren Sie sich bitte vorher, worüber Sie reden. Ich würde mir wünschen, dass der verantwortliche Senator redet und nicht schweigt, wie er es die letzten Tage getan hat, damit er nicht noch einmal Dinge ins Unklare stellt, die er nicht aufklären konnte, nämlich wie eigentlich genau die Abläufe um die Personalie Lerbinger waren.

(*Dirk Kienscherf SPD: Wie war das mit Herrn Freytag?*)

Ich glaube, da werden noch viele Terminkalender dieser Tage abgeglichen.

(Beifall bei der CDU)

Nichtsdestotrotz wäre auch Mut gefragt bei Hapag-Lloyd. Ein Beteiligungsmanagement, ein Plan, was in schwierigen Tagen passieren soll mit den Beteiligungen der Stadt – Fehlanzeige. Und die drei Beispiele HSH Nordbank, Hapag-Lloyd und Elbphilharmonie zeigen eines sehr deutlich: Sie gehen Risiken ein, sind aber nicht in der Lage, diese Risiken zu managen. Sie verlegen sich aufs Aussitzen und sind dann bei wichtigen Entscheidungen wie bei der Aufsichtsratssitzung der HSH Nordbank, einer Sondersitzung, noch nicht einmal anwesend als Vertreter der Stadt. Was das mit verantwortungsvollem Regieren zu tun hat, kann ich nicht verstehen. Ich kann aber auch nicht verstehen, wie sich eine Regierungsfraction das schweigend gefallen lassen kann, denn sie war genauso schlecht informiert wie wir. Herzlichen Glückwunsch, wenn das Ihre Wahrnehmung von Regierungsverantwortung ist, dann sind Sie in einem guten Boot mit diesem Senat. Das passt alles sehr gut zusammen, nur mit aktivem Regieren dieser Stadt und vernünftigem Umgang mit Risiken, die Sie uns eingebrockt haben, hat Ihr Verhalten überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU und bei *Farid Müller GRÜNE – Karin Timmermann SPD: Wer hat uns das eingebrockt?*)

Es gibt keinerlei Entwürfe. Stattdessen lässt man andere diskutieren, was passieren könnte. Es gab heute zum Thema HSH Nordbank durchaus den Einwurf, wie es eigentlich mit den Kooperationen der Banken im Norden aussehen könnte. Das ist eine Überlegung. Es gab den Einwurf, ob wir auf dem richtigen Weg seien, das Geschäftsvolumen der Bank so schrumpfen zu lassen, wie wir es getan haben in Übereinkunft mit der EU, oder ob wir da noch einmal ins Gespräch gehen müssen. Es gibt Möglichkeiten, die Probleme aktiv anzugehen. Es gibt Möglichkeiten, ihre Risiken aktiv zu managen. Herr Kopper würde jetzt sagen, dass er leider den falschen Vorstandsvorsitzenden an Bord habe. Er würde Sie austauschen, Herr Bürgermeister, nur Ihre Fraktion traut sich das leider nicht.

(Beifall bei der CDU)

Am Ende bleibt uns nur zu sagen, dass wir einer zweiten Halbzeit entgegensehen, wo auf uns als Opposition gemeinsam eine wichtige Aufgabe zukommt, nämlich bei den Risiken, die Sie uns eingebrockt haben,

(Zurufe von der SPD)

Sie so beim Wort zu halten, dass wir sie auch vernünftig gemanagt bekommen, und das werden wir als CDU auf jeden Fall tun.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Frau Hajduk.

Anja Hajduk GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Entscheidung in der letzten Woche war sicherlich sehr überraschend und auch ernst, was die Elbvertiefung angeht. Ich sage das als Vertreterin einer Partei, die die Elbvertiefung nicht richtig findet. Aber dennoch macht man sich Gedanken, was das eigentlich bedeutet.

(Zurufe von der SPD)

– Bleiben Sie doch einmal ganz ruhig. Es ist gar nicht schlecht, sich in Ruhe darüber auszutauschen, wie die Regierung jetzt damit umgeht.

(*Arno Münster SPD:* Wir sind ganz gespannt! – Erster Vizepräsident Frank Schira übernimmt den Vorsitz.)

Herr Horch, wenn Sie hier als Erstes feststellen, in der Sache sei doch noch gar nicht entschieden und es sei noch alles offen, dann ist der erste Teil richtig, dass in der Sache nicht entschieden wurde, aber man muss feststellen, dass gerade mit Blick auf den von Ihnen und auch von Ihnen, Herr Bürgermeister, beschworenen Zeitfaktor, es sei wichtig, dass die Elbvertiefung bald komme, jetzt eine völlig neue Situation eingetreten ist. Und Sie müssen einmal Stellung nehmen, wie Sie diese bewerten und interpretieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Robert Heinemann CDU*)

Wenn ein Gericht in einem Eilverfahren entscheidet, den Bau jetzt nicht zuzulassen, dann kann man das nicht so werten, als habe das mit dem Inhalt rein gar nichts zu tun, denn wenn dieses Verfahren ohne gute Argumente angestrengt worden wäre, hätte man wohl erwarten können, dass das Gericht diesen nicht gefolgt wäre. Im Übrigen gibt es in dem Gerichtsurteil einen ausdrücklichen Hinweis darauf, dass man sich schon die Frage stelle, ob diese Angelegenheit nicht dem Europäischen Gerichtshof vorgelegt werden müsste. Wir sprechen hier also von einer zeitlichen Verzögerung der Elbvertiefung, die mindestens anderthalb bis zwei, vielleicht sogar bis zu vier Jahre dauern kann, und damit ist nicht alles offen, sondern damit ist eine neue Lage für Hamburg eingetreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen ist es zu wenig, wenn Sie sagen, jetzt müsse man nur die Nerven behalten. Ich bin dafür, dass man die Nerven behält, aber Nervenstärke heißt auch, den Zeitpunkt zu erkennen, wann man sich bewegen und aktiv auf andere zugehen muss. Und wir haben die Erwartung, Herr Bürgermeister, dass Sie nicht nur heute Ihr Schweigen brechen, sondern dass Sie aktiv werden und sich neu überlegen, auf welche Verhandlungen Sie sich einlassen wollen. Wir wollen hier nicht vorschnell festle-

gen, wie der Korridor dann sein könnte, aber dass Sie glauben, Sie könnten auf die Entscheidung im Hauptsacheverfahren warten, halten wir für falsch. Sie müssen doch akzeptieren, dass wir beim Streit um die Elbvertiefung, wo meine Partei nicht nur Zweifel hat, sondern gegen die Vertiefung ist, mit einer Situation konfrontiert sind, wo wir wissen, dass der Hamburger Hafen sowieso eine grundsätzlich neue Zukunftsperspektive braucht, die über die Elbvertiefung hinausgeht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir über eine Elbvertiefung reden, die vielleicht erst in vier Jahren beginnen kann, dann überlegen Sie einmal, mit welchen Entwicklungen beim Schiffbau wir es zwischenzeitlich zu tun haben werden und wo eigentlich Ihre Aufgabe heute liegt, die Perspektive des Hamburger Hafens weiterzuentwickeln. Herr Horch, dazu müssen Sie mehr sagen, als Sie heute angedeutet haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Arno Münster SPD:* Das war doch die Antwort, die er gegeben hat!)

Insofern erwarten wir heute als Parlament, aber auch die Hamburger Öffentlichkeit, dass der Hamburger Senat aus seiner Schockstarre herauskommt,

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Welche Schockstarre?)

wie wir mit dem Thema Elbvertiefung zukünftig weiter umgehen wollen. Ich finde es gut, dass sowohl die Umweltverbände als auch Vertreter der Hamburger Wirtschaft Sie dazu nicht nur auffordern, sondern ganz ausdrücklich erklärt haben, dass sie solche Gespräche wichtig finden. Deswegen ist auch eine Antwort in nächster Zukunft von Ihnen zu erwarten, und es ist notwendig, Gespräche zum Thema Elbvertiefung in diesem Sinne zu eröffnen.

(*Arno Münster SPD:* Das stimmt doch gar nicht, das ist doch aus der Luft gegriffen! Das ist doch die Unwahrheit, was Sie hier verbreiten!)

– Sie haben heute nur gesagt, was alles nicht geht. Ihre Sturheit hilft dem Hamburger Hafen nicht, Herr Münster, kommen Sie einmal herunter von Ihrem hohen Ross.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Ihre Art und Weise, Politik zu machen, scheitert gerade, und es ist traurig, dass Sie das noch nicht einmal merken. Schauen Sie einmal in den Spiegel, bei dieser Rechthaberei will keiner mit Ihnen verhandeln.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und bei *Dora Heyenn DIE LINKE* – Zuruf von *Dirk Kienscherf SPD*)

(Anja Hajduk)

Herr Horch, wir wollen Gespräche und Verhandlungen über die Qualität und die Quantität der Elbvertiefung. Das darf nicht so schwer zu verstehen sein.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Kommen Sie bitte zum Schluss.

Anja Hajduk GRÜNE (fortfahrend): – Ich komme zum Schluss.

Herr Horch, Sie hätten heute etwas zum Schlick sagen müssen, das ist eine Kernfrage Ihres Verantwortungsbereichs. Sie hätten nichts zur HSH Nordbank sagen sollen, denn da hatte man den Eindruck, dass Sie gar nicht wissen, welche Entscheidung heute im Aufsichtsrat angestrebt wird. Sie haben zur aktuellen Situation der Bank nichts gesagt, sondern Durchhalteparolen vorgebracht, die Herr Tschentscher wahrscheinlich morgen wieder einsammeln wird. – Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Werte Sozialdemokraten – und Sozialdemokratinnen natürlich, aber die haben eben, das ist mir schon aufgefallen, nicht ganz so geschrien, deswegen ging es mir vor allen Dingen um diejenigen, die so geschrien haben.

Wenn man sich einmal überlegt, was passiert ist, so würde ich Ihnen doch gerne einige Sachen ans Herz legen wollen und Sie auffordern zu überlegen, worüber wir uns eigentlich hier auseinandersetzen. Es gibt ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts,

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Nein, es gibt kein Urteil!)

das entschieden hat, dass so lange an der Elbe nichts gemacht werden darf, bis das endgültige Urteil gefällt worden ist, weil alles, was man dort gegenwärtig in Richtung Elbvertiefung unternähme, praktisch unwiederbringlich etwas zerstören würde.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Stimmt auch nicht!)

Das "Hamburger Abendblatt" hat dazu geschrieben, das sei eine vorhersehbare Entscheidung des Gerichts gewesen, weil sie auch vernünftig sei. Bevor endgültig entschieden werde, dürfe man nicht bauen und etwas zerstören. Es ist doch ganz normal, dass man sich darüber so verständigen kann.

(*Wolfgang Rose SPD:* Das hat auch keiner bestritten!)

Ich verstehe nicht, warum man darüber so schreit.

Worüber Sie sich so ärgern, ist Ihre Art und Weise von Politik, die Sie in den letzten zwei, drei Jahren dazu gemacht haben. Wir haben in der letzten Legislaturperiode bei vielen Punkten gemeinsam argumentiert, aber in einem Punkt waren Sie für mich unverständlich, wenn Sie verkündet haben, Sie würden die Elbvertiefung ohne Schwierigkeiten durchsetzen und der CDU-Senat sei unfähig dazu. Das war eines der wichtigsten Argumente, mit denen Herr Scholz in den Wahlkampf gezogen ist. Es hat sich erwiesen, dass Sie dort den Mund zu voll genommen haben und es nicht zu realisieren war, wie Sie es dargestellt haben.

(Beifall bei der LINKEN und der CDU)

Das finde ich gar nicht so schlimm, man kann einmal den Mund zu voll nehmen und zu viel versprechen.

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Das kommt bei Ihnen auch mal vor!)

Aber die Frage ist doch jetzt, warum das an dieser Stelle so schwierig ist und warum etwas kaputtgegangen und beschädigt ist; das ist noch gar nicht zur Sprache gekommen. In den letzten zwei Jahren sind Sie als SPD-Senat durch die Welt gereist und haben den Reedereien versprochen, dass in dieser Stadt ab 2012 auf jeden Fall gebaggert und die Elbvertiefung erreicht werde. Das haben Sie China Shipping, COSCO und all denen, wo ich das in gewisser Weise mitbekommen habe, versprochen. Sie haben etwas versprochen, was man nicht versprechen konnte, wie sich heute zeigt, das heißt, Sie haben den Mund zu voll genommen. Sie sind auf dem Bauch gelandet, und dummerweise ist die Stadt mit auf dem Bauch gelandet.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der CDU)

Das ist es, was der Stadt gegenwärtig schadet und uns auf die Füße fällt. Dafür sind Sie ganz konkret verantwortlich, und dazu müsste man doch einen selbstkritischen Satz sagen können, weil das den Ruf dieser Stadt natürlich zerstört in dem Augenblick, wo man den Mund zu voll nimmt und etwas verspricht, was man gar nicht halten kann, und das Bundesgericht dementsprechend beschimpft wird.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Keiner hat das Bundesverwaltungsgericht beschimpft!)

Herr Balcke, das Bundesverwaltungsgericht darf nicht so beschimpft werden, wie Sie es getan haben. Sie haben alle Leute, die auf das Gerichtsurteil hingewiesen haben, mit überschlagender Stimme als Unpatrioten bezeichnet.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das bezog sich auf die Verbände!)

(Norbert Hackbusch)

Jemand, der so herumschimpft und so arrogant ist, stellt eine Gefahr dar; solche Leute dürfen nicht regieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Das sind Situationen, in denen einem das in gewisser Weise auf die Füße fällt. Das ist Arroganz pur, und diese Hamburger Arroganz wird, das zeigt auch dieses Gerichtsurteil, nicht mehr so lange existieren können.

Das Zweite, was für mich auch völlig erschreckend war, ist das, was unser Wirtschaftssenator vorgelesen hat. Er hat einen Zettel vorgelesen, der vor anderthalb Monaten geschrieben worden ist. Das geht angesichts dieser dramatischen Situation nicht, und dementsprechend hoffe ich, dass Herr Scholz das jetzt aktualisieren wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat der Erste Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich sagen, dass es manchmal schwierig ist, wenn man sich bestimmte Sachen vorgenommen hat und die dann anders eintreten. Ein Punkt, den sich einige hier vorgenommen haben, war offenbar, darauf zu setzen, dass der Bürgermeister nicht spricht. Sie haben Ihr Redekonzept fortgesetzt, Herr Heintze, obwohl Sie sehen konnten, dass ich mich längst bei der Präsidentin gemeldet hatte.

(*Dirk Kienscherf SPD:* So ist er!)

Das ist nicht schlau, dann muss man das wegstreichen aus seiner Rede – dies vielleicht ganz kurz als Vorschlag für die Zukunft.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Wir reden hier über eine Reihe von Fragen, die von großer Bedeutung für unsere Stadt sind, die aber – das sage ich ausdrücklich, damit Sie sich nicht echauffieren – Probleme handeln, die wir schon seit vielen Jahren haben und die wir, wie man bei den meisten annehmen muss, auch noch viele weitere Jahre haben werden. Deshalb war es in der Vergangenheit und bei fast jedem dieser Projekte immer ein falscher Rat, nur hektisch zu reagieren und die nächste Presseerklärung im Blick zu haben,

(*Robert Heinemann CDU:* Das müssen Sie gerade sagen! Durchbruch, Durchbruch!)

statt mit langfristiger Klarheit und starken Nerven die Interessen der Stadt wahrzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Sie können sicher sein, dass wir das in all diesen Fragen anders handhaben werden.

Ich hatte mir vorgenommen, erst der Debatte zuzuhören. Deshalb frage ich im Nachgang zu dem bisher Gehörten: Was schlagen Sie eigentlich vor? Ich habe außer von den GRÜNEN, das will ich gleich aufgreifen, und der Partei DIE LINKE in Sachen Elbvertiefung von den Oppositionsparteien in der ganzen Debatte keinen weiteren Vorschlag gehört. Das ist nicht in Ordnung bei so ernsten Themen für unsere Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Das kennen übrigens die Bürgerinnen und Bürger von uns Politikern – ich spreche uns einmal als Gesamtgruppe an –, und sie mögen es nicht,

(*Robert Heinemann CDU:* Wir haben ja genügend Vorschläge gemacht!)

wenn wir sagen, es sei alles schlimm, man brauche sofort die Lösung bis morgen früh um 9.30 Uhr, und wenn diese um 9.31 Uhr nicht vorliege, dann hätten wir ein Problem. Aber die Bürgerinnen und Bürger sind so klug und wissen, dass die Welt so einfach nicht ist. So war sie nicht – das haben wir an den Fehlern der letzten Jahre gesehen – und so wird sie auch in Zukunft nicht sein.

Deshalb der Ehre wegen: Es gab einen Vorschlag von den GRÜNEN und von der Partei DIE LINKE im Hinblick auf die Elbvertiefung, der aber das Problem hat, dass ich, die Mehrheit des Hauses – so nehme ich an – und die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt ihn nicht richtig finden. Ihr Vorschlag lautet, es letztendlich nicht oder nur halb so toll zu machen. Die Elbvertiefung ist notwendig für diese Stadt, und zwar so, wie sie von der Wasser- und Schifffahrtsdirektion des Bundes, der Bundesregierung und uns geplant worden ist. Wir haben dabei eine ganze Reihe von Umweltrisiken sehr wohl berücksichtigt und viele Maßnahmen vorgesehen. Deshalb sind wir auch optimistisch, dass wir vor dem Bundesverwaltungsgericht am Ende gemeinsam Erfolg haben werden.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich noch eines ergänzen. Natürlich hätten wir uns gewünscht – der Senator hat es schon gesagt –, dass das vorläufige Rechtsschutzverfahren anders ausgegangen wäre. Aber es ist auch so, dass sich etwas geändert hat. In diesem Verfahren gibt es nur eine Instanz, und zwar das Bundesverwaltungsgericht. Es gibt den langen Vorlauf nicht. Das ist gemacht worden, um die Planungsverfahren großer Infrastrukturprojekte in diesem Lande zu beschleunigen. Aber es ist offenbar auch eine Gelegenheit für das Gericht, sich darüber ernsthafte Gedanken zu machen, ob es wirklich sinnvoll ist, die wichtigsten und bedeutendsten Infrastrukturvorhaben unseres Landes – und da gibt es viele andere – de facto fast alle im vorläufigen Rechtsschutzverfahren zu entscheiden, weil die Verfahren manchmal jahrelang, nachdem die Maßnahme durchgeführt worden ist, noch im Gan-

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

ge sind. Deshalb habe ich die Hoffnung, aber auch den Optimismus, dass die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts für dieses und für viele weitere Projekte bedeutet, dass sie in der Hauptsache entscheiden und dass sie schnell entscheiden. Wenn das so ist, dann erzielen wir daraus sogar einen zusätzlichen Gewinn, auch wenn wir uns die Situation jetzt anders gewünscht hätten.

(Beifall bei der SPD)

Dass wir die Probleme schon lange haben und noch lange haben werden, gilt insbesondere für die HSH Nordbank. Nach der Fusion der beiden Banken und nach der gewaltigen Expansion des Geschäfts und der Kredite ist die Bank auf eine Größenordnung aufgebläht worden, die sie in die heutige Krise geführt hat. Das ist ein Problem der Vergangenheit, das uns noch lange begleiten wird. All diese Kredite, die damals aufgenommen worden sind, als die Gewährträgerhaftung der Stadt noch existierte, werden uns begleiten bis zu dem Tag, an dem der Ablauf für jeden dieser Kredite klar ist und wir wissen, ob wir einen Gewinn oder einen Verlust gemacht haben werden. Deshalb sollte niemand den Eindruck erwecken, es gäbe vor dem Jahre 2016, 2017 oder 2018 eine Klarheit darüber, ob das mit diesem großwahnsinnigen Expansionsgeschäft des alten Senats und der HSH Nordbank gut ausgeht oder nicht.

(*Robert Heinemann CDU: Welches Parteibuch hat denn der Vorsitzende?*)

Wir hoffen, dass es gut ausgeht, und wir werden alles dafür tun, aber die Kredite, die damals in Ihrer Verantwortung aufgenommen worden sind, sind noch lange bei der Bank, und wir werden das Problem noch lange haben, selbst wenn es gut geht.

(Beifall bei der SPD – *Finn-Ole Ritter FDP: Wie ist denn die Lösung?*)

Meine verehrten Abgeordneten von der CDU! Demut ist manchmal auch ein Weg, sich eine neue Zukunft zu erarbeiten, aber mein Eindruck ist, dass sich das nicht überall herumspricht.

(Beifall bei der SPD – *Klaus-Peter Hesse CDU: Das sagt der Richtige!*)

Was die Elbphilharmonie betrifft, gilt das Gleiche. Es ist ein Thema der Vergangenheit, und es war der größte Fehler dieses Projekts, dass die nächste Presseerklärung immer wichtiger war als die Lösung der Probleme.

(Beifall bei der SPD – *Robert Heinemann CDU: Das sagen gerade Sie!*)

Das war schon am allerersten Tag so, denn jeder von uns weiß – übrigens auch alle Bürgerinnen und Bürger –: Hätten wir länger geplant, hätten wir auch ein bisschen Geld in die Hand genommen, um eine fertige Planung herzustellen, bevor das Ganze ausgeschrieben und vergeben worden wä-

re, dann hätten wir erstens die Dimension dieses Projekts von vornherein abschätzen können und zweitens wahrscheinlich einen großen Teil der Probleme von heute nicht. Dafür spricht ziemlich viel.

(Zuruf von *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Ich sage Ihnen deshalb ausdrücklich, dass es keine sofortige Lösung gibt, es sei denn, man ist ganz freigiebig mit dem Geld der Steuerzahler. Selbstverständlich könnten wir sagen, wir haben für alles Geld: Wer möchte noch etwas haben, damit es schnell geht? Diesen Vorschlag habe ich in diesem Hause noch von niemandem gehört und er wäre auch nicht klug. Aber wenn Sie keinen Vorschlag haben, dann sagen Sie uns entweder, Sie wollen, dass wir sofort morgen früh kündigen, oder Sie wünschen uns Glück bei unseren harten Verhandlungen. Ich setze darauf, dass Sie tief im Inneren diese Ansicht vertreten. – Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD – *Olaf Ohlsen CDU: Schöner Einsatz! – Gegenruf von Dirk Kienscherf SPD: War ja auch eine gute Rede!*)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Dr. Duwe hat das Wort.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist einiges mit viel Verve hier in die Runde geworfen worden, und ich möchte vielleicht ein bisschen zur Sachlichkeit beitragen.

Die erste Feststellung: Herr Kerstan, wenn Sie behaupten, auf diesen ganzen 1600 Seiten werde auf europäische Umweltrichtlinien et cetera keinen Wert gelegt, dann muss ich Sie eines Besseren belehren. Es ist noch nie so viel über Umweltauswirkungen und Kohärenzmaßnahmen in diesem Bereich und bei allen möglichen Fahrrinnenanpassungsvorhaben geschrieben worden wie dieses Mal. Sie sehen, wie lange daran gearbeitet worden ist. Es gab natürlich auch eine kleine Panne, die uns zwei Jahre gekostet hat, da man ursprünglich dachte, man könne sich um europäische Richtlinien vielleicht so ein bisschen herumdrücken. Es hat uns zwei Jahre gekostet, bis man wirklich gesagt hat, dass die Auswirkungen der ganzen Maßnahme auf FFH-Gebiete et cetera untersucht und entsprechende Ausgleichsmaßnahmen vorgeschlagen werden müssten, und diese zwei Jahre konnten wir nicht mehr einholen. Das ist zum einen ein Fehler, der gemacht worden ist.

Des Weiteren möchte ich auf zwei Punkte eingehen, die vielleicht Vorschläge sind, um in Zukunft an der Elbe weiter voranzukommen. Man hat bisher die Unterelbe nicht – zumindest nicht in dem Rahmen, wie es hätte passieren sollen – als Gesamtgebiet betrachtet, sondern nur als Vorfluter

(Dr. Kurt Duwe)

der Freien und Hansestadt Hamburg. Wenn man nicht in Hamburg wohnt, dann hat man den Eindruck, dass die Hamburger immer erst dann kommen, wenn sie etwas von einem wollen, egal, um was es sich handelt. Sonst denkt Hamburg nicht darüber nach, sich mit seinen Anrainern wirklich auf Augenhöhe zu bewegen. Zum Beispiel war seit der letzten Fahrrinnenanpassung klar, dass es Schwierigkeiten geben könnte – ich betone, könnte – mit dem Salzgehalt in der Nähe der Obstbaugebiete. Das wurde aber ignoriert. Fünf Jahre später kamen die Obstbauern selbst auf die Idee, dass da etwas sein könnte, und erst dann wurde reagiert. Das hätte man viel früher machen können. Ähnlich ist es bei den Deichverbänden. Man geht erst einmal davon aus, dass eine Maßnahme kaum Auswirkungen habe, man plant vor sich hin, macht Anhörungen und merkt dann, dass man da etwas übersehen hat. Es tut mir leid, aber solche Sachen kann man nicht übersehen, solche Sachen muss man im Vorhinein betrachten.

Des Weiteren ist auch sehr wichtig, die Unterelbe insgesamt als Einheit zu sehen, was immer noch nicht getan wird. Dafür braucht man ein integriertes Managementsystem, und zwar ein System, das nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die ökologischen Bedingungen betrachtet. Das wird nur halbherzig gemacht. Das sieht man jetzt zum Beispiel daran, dass wir Probleme haben, den Schlick irgendwo zu verklappen, obwohl wir schon vorher Lösungen hatten. Das Problem, dass Ende 2011 eine Lizenz ausgelaufen ist, mit Schleswig-Holstein also wieder verhandelt werden muss und man sehen muss, wo man diesen Schlick lassen kann, müsste innerhalb eines integrierten Managementsystems eigentlich schon vorher klar sein. Aber Hamburg wartet, 2011 ist vorbei, wollen wir doch einmal sehen, wie wir mit Schleswig-Holstein irgendwie Regelungen treffen können, und irgendwann geht das dann auch dem gutmütigsten Nachbarn über die Hutschnur. Man hätte sich mit Schleswig-Holstein früher an einen Tisch setzen können.

Als Letztes möchte ich noch einmal betonen, dass es in diesem ganzen Verfahren nicht wirklich um die Elbe ging, sondern es gab auf der einen Seite berechnete wirtschaftliche Interessen und auf der anderen Seite berechnete ökologische Interessen.

(Zuruf von *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

– Nein, ich möchte hier ein paar sachliche Hinweise geben. Gerade die GRÜNEN in diesem Hause verstehen beim Stichwort Umwelt immer alles am besten, so auch bei der Elbe, und sie wissen am besten, warum es Schlick gibt und wie man ihn vermeiden kann, das ist klar. Deshalb muss ich mich auch nicht darauf einlassen, diese Einwürfe gelten zu lassen.

Auch innerhalb Hamburgs sehen wir, dass es Behörden gibt, die nicht so zusammenarbeiten, wie

sie zusammenarbeiten könnten, zum Beispiel Wirtschafts- und Umweltbehörde, was im Bereich Hafen dann teilweise Schwierigkeiten bereitet.

Zum Schluss: Wir sollten warten, was das Gericht wirklich empfiehlt. Was von den GRÜNEN hier angeboten wird, ist ein Tauschhandel, auf den man nicht eingehen sollte. Es sind so viele Anhörungen gewesen und es ist so viel verändert worden an den Planungen. Wir sollten warten, was das Gericht entscheidet. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Dirk Kienscherf SPD*)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Herr Dr. Dressel.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Jetzt kommt Demut!)

Dr. Andreas Dressel SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Interessant an dieser Debatte ist, dass wir in der letzten Woche in der Tat bei zwei wichtigen Themen für diese Stadt eine schwierige Situation hatten. Außerdem haben wir eine Diskussion um die Elbphilharmonie, und jetzt meinen Sie, Sie könnten das alles in einen großen Pott geben und umrühren.

(*Jens Kerstan GRÜNE:* Nein, das war die FDP!)

– Die GRÜNEN haben herzlich mitgemacht und die CDU und alle anderen auch.

Sie wollten aus diesen Themen etwas zusammenrühren und dem Senat vor die Füße kippen.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Sie wollten das alles zusammenziehen!)

Wann immer in dieser Debatte von Herrn Horch, Herrn Balcke, Herrn Schmidt und dem Bürgermeister die Fakten genannt worden sind, wie das denn bei den einzelnen Fragen aussieht und wer für was die Verantwortung trägt, war von Ihnen nichts mehr zu hören, weil es in Ihr Oppositionskonzept, alles zusammenzurühren, was nicht zusammengehört, nicht hineinpasst. So kann man diese Diskussion nicht führen, und so kann man keine Verantwortung für diese Stadt übernehmen.

(Beifall bei der SPD)

Der einzige Zusammenhang besteht darin, dass das drei Themen sind, die wir bei Amtsantritt vorgefunden haben, die uns unfertig hinterlassen worden sind und wo Sie bei zwei Sachen, der HSH Nordbank und der Elbphilharmonie, einen richtigen Schlamassel angerichtet haben. Bei der Elbvertiefung gab es immerhin Vorarbeiten, aber das Einvernehmen mit Kiel und Hannover und mit der EU-Kommission hat dieser Senat zustande gebracht. Und das sind entscheidende Voraussetzungen, damit dieses Projekt gelingen kann.

(Dr. Andreas Dressel)

(Beifall bei der SPD)

Da kann man noch einmal direkt anknüpfen, weil Sie immer sagen, das Verhältnis zu Kiel sei so zerrüttet. Gerade das Beispiel Elbvertiefung und das Thema Nord-Ostsee-Kanal, was gemeinsam mit Kiel verabredet worden ist, was in ganz vielen täglichen Arbeiten zwischen den Behörden passiert, zeigt, dass die Partnerschaft mit Kiel gut ist. Wir werden weiter daran arbeiten, die Kooperation auszubauen. Hören Sie deshalb auf, hier solche Ablenkungsmanöver zu inszenieren.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von den GRÜNEN)

In jeder guten Partnerschaft hat man auch Meinungsverschiedenheiten. Aber dann geht es darum, wie man damit umgeht. Deswegen setzen wir auch darauf, dass es in den Gesprächen zwischen den Messegesellschaften zum Thema "HUSUM Wind" eine Lösung gibt und die Gespräche zum Thema Schlick, die schon sehr weit gediehen sind, für Hamburg und Schleswig-Holstein zu einem guten Ergebnis führen. Dafür arbeiten wir, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Mir hat wirklich nicht viel von dem, was in der Debatte von der LINKEN kam, gefallen. Aber der eine Hinweis in Richtung der GRÜNEN war richtig.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Das hat Ihnen gefallen, das kann ich mir denken!)

Denn Sie müssen sich trotzdem immer noch fragen lassen, wie Sie in der 19. Wahlperiode mit der CDU eine Vereinbarung zur Elbvertiefung eingehen konnten, von der Sie jetzt nichts mehr wissen wollen. Das geht so nicht.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema HSH Nordbank ist schon vieles gesagt worden. Ich will jetzt nicht noch einmal die Frage der Verantwortung aufwerfen, wer hier welchen Schlamassel angerichtet hat. Aber die Entscheidung, Herrn Kopper zu berufen – ich glaube, wir sollten froh sein, dass wir dort einen starken Aufsichtsratsvorsitzenden haben –, ist auch nicht in dieser Wahlperiode gefallen. Insofern werden dieser Senat und auch die Landesregierung in Kiel – und in Richtung der GRÜNEN sei gesagt, die Landesregierung in Schleswig-Holstein unter grüner Beteiligung agiert genauso, das ist genau abgesprochen zwischen dem Hamburger Senat und der dortigen Landesregierung – alles dafür tun, damit die HSH Nordbank in diesem schwierigen Umfeld in ein sicheres Fahrwasser kommt. Und die SPD-Fraktion wird den Senat dabei unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Der dritte Punkt, die Elbphilharmonie: Auch hier kommen wir wieder auf das Thema Schlamassel, den wir vorgefunden haben. Natürlich kann man

das ganz schnell regeln, indem man sagt: HOCHTIEF, wo ist hier der Scheck, wo kann ich unterschreiben? Aber das ist das, was abgewählt worden ist, das müssen Sie verstehen. Eine solche Lösung wird es mit diesem Senat nicht geben.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb gilt es bei diesen schwierigen Themen – Elbvertiefung, Elbphilharmonie, HSH Nordbank –, die Nerven zu behalten. Und wenn Sie diese Nerven nicht haben, dann sind Sie zu Recht auf den Oppositionsbänken gelandet. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Herr Wersich.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Jetzt kommt der 20-Prozent-Vorsitzende! – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Er kann auch Großstadt! – *Dirk Kienscherf SPD*: Ach Gottchen!)

Dietrich Wersich CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, der heutige Auftritt vor dem Parlament war unsouverän.

(Beifall bei der CDU)

Man kann nicht von anderen Demut fordern und dann mit Überheblichkeit gegenüber dem Abgeordneten Roland Heintze auftreten. Das passt einfach nicht zusammen.

(Beifall bei der CDU)

Ich freue mich doch, Herr Bürgermeister, dass wir es mit der Opposition geschafft haben, dass Ihre Strategie nicht aufgegangen ist und Sie in die Bütt steigen mussten. Aber, ehrlich gesagt, Sie hätten sich besser darauf vorbereiten müssen. Sonst lesen Sie hier Reden ab und man merkt den Unterschied, wenn Sie frei argumentieren müssen.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Sie lassen sich in die Auseinandersetzung unvorbereitet hineinziehen und beantworten keine der gestellten Fragen.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Stattdessen verbreiten Sie Ammenmärchen, zum Beispiel zur HSH Nordbank. Da waren Hamburger SPD-Bürgermeister und –Senatoren, eine SPD-Ministerpräsidentin aus Schleswig-Holstein und SPD-Minister beteiligt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Und Herr Freytag war beteiligt!)

Es geht nicht auf, das Ding der CDU allein ans Bein zu binden, das ist eine gemeinsame Verantwortung.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

(Dietrich Wersich)

Es mag sein, dass Sie von Ihrer Zeit nichts mehr wissen wollen, weil das vielleicht damals auch nicht die erfolgreichste war, aber Sie müssen doch heute in der Debatte die Frage beantworten, wer im Hamburger Senat entschieden hat, dass Lerbinger gehen muss. Diese einfache Frage müssen Sie hier beantworten. Es ist doch wohl möglich, dass ein Hamburger Bürgermeister, der zusammen mit Schleswig-Holstein über 80 Prozent dieser Bank verfügt, diese Frage beantwortet und dem Parlament die Antwort nicht schuldig bleibt.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Sie sagen, das sei alles hektisch und man müsse das langfristig sehen. Warum haben Sie denn dann der Wirtschaft und den Menschen in Hamburg gesagt, im Jahr 2012 werde die Elbvertiefung kommen? Warum haben Sie das gesagt, wenn das hektisch war und Sie das in Wahrheit viel langfristiger gesehen haben?

Meine Damen und Herren! Das ist überhaupt nicht überzeugend. Ich glaube, Sie benutzen den Begriff der Hektik, um nicht an Ihre eigenen Ankündigungen erinnert zu werden. Sie wollen von Ihren eigenen Versprechungen nichts mehr hören.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Das gilt doch für die Elbphilharmonie in gleicher Weise. Ich habe einmal nachgezählt: Wir haben Ende Januar ein erstes Ultimatum gehabt, Ende März ein zweites und Ende Mai/Anfang Juni ein drittes. Sie haben gesagt, Sie schielten nicht auf die nächste Pressemitteilung, aber jedem dieser Ultimaten folgte eine Pressemitteilung über einen Durchbruch und eine Einigung.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und bei *Martina Kaesbach FDP*)

Was werfen Sie der Opposition in diesem Hause vor, wenn es doch Ihr Stil war, keine Spielchen mehr zu machen, und wenn Sie vier Einigungen erzielt haben? Und heute können Sie uns nicht einmal erzählen, ob es jetzt wirklich eine Einigung gibt; wir wissen es nicht.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und bei *Robert Bläsing FDP*)

Das Motto "keine Hektik" scheinen Sie auch beim Thema Windmesse und Schleswig-Holstein anzuwenden. Aber wer sagt, keine Hektik und sich dann beim Bremsen Zeit lässt, der fährt gegen die Wand.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und bei *Robert Bläsing FDP*)

Und genau das erleben wir im Moment mit Schleswig-Holstein. Wenn ich dann diese Formulierungen "wir meinen das nicht so, wir wollen nicht hektisch sein, wir sehen das langfristig"

(*Robert Bläsing FDP*: Eine ruhige Hand!)

auf die anderen großen Themen der Stadt beziehe, gilt das dort ebenso? Oder haben Sie uns heute darauf vorbereitet, dass auch das Versprechen, der Haushalt würde nur um 1 Prozent steigen, vielleicht gar nicht so hektisch und kurzfristig für Ihre erste Amtszeit gemeint war, denn im ersten Jahr waren es auch schon 4 Prozent? Oder ist die Ankündigung, jedes Jahr 6000 Wohnungen zu bauen, vielleicht auch nicht so hektisch gemeint und man gibt sich damit zufrieden, wenn man es am Ende der Legislaturperiode geschafft hat? Herr Bürgermeister, was wollen Sie uns mit dieser Kehrtwende von Ihren eigenen Versprechungen heute eigentlich weismachen?

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei den GRÜNEN und bei *Robert Bläsing FDP*)

Es tut mir leid, Sie zeigen sich angegriffen und unsouverän. Sie können eigene Fehler nicht annehmen, Sie setzen sie ausschließlich in Aggressivität gegen alle anderen um. So verlieren Sie das Vertrauen der Menschen in Hamburg. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Meine Damen und Herren! Wir haben noch drei Minuten. Herr Kerstan hat das Wort.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Nein, nach dem Senat noch eine Runde!)

– Sie haben fünf Minuten.

Jens Kerstan GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben heute etwas erlebt, was nicht oft vorkommt: Der Bürgermeister bricht sein Schweigen. Das hat er bisher in diesem Parlament selten getan.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Aber wenn der Bürgermeister sich schon genötigt sieht zu antworten und dem Parlament gegenüber Rechenschaft abzulegen, dann ist es umso bemerkenswerter, dass er in der Sache zur aktuellen Situation überhaupt nichts sagt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das stimmt doch gar nicht!)

Er hat nur darüber gesprochen, wer in der Vergangenheit eigentlich für die Probleme zuständig war und dass er sie geerbt habe.

(*Gabi Dobusch SPD*: Immerhin!)

Das ist sicher alles richtig, aber es fiel kein einziges Wort dazu, was dieser Senat im Moment angesichts der Probleme zu tun gedenkt und kein einziges Wort mit Perspektive auf die Zukunft – und das in einer Situation, in der dieser Senat für einen Baustillstand von einem Jahr bei der Elbphilharmonie gesorgt hat. Wir haben dort viele Probleme

(Jens Kerstan)

me erlebt, aber so schlimm wie bei Olaf Scholz war es noch nie, und er sagt nichts zur Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Seitdem der Neubau des Hamburger Flughafens in Kaltenkirchen von einem Gericht gestoppt wurde, hat kein anderer Senat eine solche Niederlage vor Gericht erlitten wie dieser Bürgermeister mit der Elbvertiefung, weil keinem anderen Projekt von einem Bundesverwaltungsgericht ein vorläufiger Baustopp auferlegt wurde. Was sagt der Bürgermeister dazu? Nichts, er sagt nichts zur Zukunft und er sagt nicht, was er tun will. Er sagt, man müsse die Nerven behalten. Welchen Eindruck kann man bei all dem nur bekommen? Große Ratlosigkeit und Hilflosigkeit.

(Gabi Dobusch SPD: Nein!)

Und das ist wahrlich eine schlechte Botschaft für Hamburg in dieser Situation.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und bei Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP)

Wie kann es eigentlich sein, dass dieser Bürgermeister über die HSH Nordbank redet und mit keinem einzigen Wort darauf eingeht, dass der Vorstandsvorsitzende inmitten der größten Schifffahrtskrise abgelöst wurde? Es ist doch nicht überraschend, dass wir die Gründe dafür erfahren wollen, und der Bürgermeister kommt ans Pult und sagt dazu gar nichts. Er erwähnt diese Situation noch nicht einmal. Das war kein souveräner Auftritt, das war hilflos und das erfüllt uns mit Sorge.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und bei Robert Bläsing FDP)

Es kann doch nicht sein, dass ich bei meinen schleswig-holsteinischen Kollegen nachfragen müsste, um etwas über die HSH Nordbank zu erfahren. Dieser Senat war bei wichtigen Gremiensitzungen der HSH nicht anwesend, darum kann er auch nichts dazu sagen; das hat nun wirklich nichts mit gutem Regieren zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und bei Robert Bläsing FDP)

Herr Bürgermeister, Sie haben recht, wenn man neu in eine Regierung kommt, dann erbt man auch Probleme. Das ging uns übrigens auch nicht anders

(Dirk Kienscherf SPD: Von der CDU!)

bei der Elbphilharmonie oder bei der HSH Nordbank. Was uns aber von Ihnen unterscheidet, Herr Bürgermeister, ist, dass wir in dem Moment, in dem wir neu in der Regierung waren, nicht dicke Backen gemacht und gesagt haben, ab jetzt wird alles besser.

(Heiterkeit bei der SPD – Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Herr Kerstan hat das Wort.

Jens Kerstan GRÜNE (fortfahrend): Wir haben nicht das Versprechen gegeben, ab jetzt laufe alles im Lot. Ich möchte Sie noch einmal daran erinnern, Herr Bürgermeister, dass Sie gesagt haben, jetzt werde Hamburg gut regiert

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist ja auch so!)

und bei der Elbphilharmonie werde das Folgendes bedeuten: Es werde keine Zeitverzögerungen mehr geben und es werde nicht teurer.

(Dietrich Wersich CDU: Das war langfristig gemeint!)

Und was ist passiert? Seit einem Jahr passiert nichts mehr bei der Elbphilharmonie. Dieses Versprechen haben Sie gebrochen und dazu haben Sie heute kein Wort gesagt. Auch bei diesem wichtigen Projekt sind Ratlosigkeit und Hilflosigkeit das Bild, das der Bürgermeister heute abgegeben hat.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und bei Robert Bläsing FDP)

Und wenn ein Wirtschaftssenator heute 15 Minuten lang über drei große Projekte dieser Stadt redet, die im Moment wirklich in schweres Fahrwasser geraten sind, in der Sache aber nichts sagt außer Binsenwahrheiten und Plattitüden,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Erkennbar wieder nicht zugehört!)

und diese Rede auch vor einem halben Jahr hätte halten können, weil er die aktuelle Situation mit keinem Wort erwähnt, dann hat man nicht das Gefühl, dass diese Probleme bei diesem Senat in guten Händen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CDU – Dirk Kienscherf SPD: Durchsichtig!)

Das Einzige, was wir heute von Ihnen verlangt haben, ist eine Antwort auf die Frage, was die Politik jetzt eigentlich tun soll.

(Zurufe von der SPD)

Dazu haben wir den Bürgermeister gehört: Nicht hektisch werden und die Nerven behalten.

Hamburg ist eine Handelsstadt

(Beifall bei der SPD)

und beim Handel wird verhandelt.

(Zurufe von der SPD – Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Herr Kerstan hat das Wort.

Jens Kerstan GRÜNE (fortfahrend): – Sie scheinen die Probleme bei der HSH Nordbank und der

(Jens Kerstan)

Elbvertiefung sehr lustig zu finden, aber das sind ernsthafte Probleme.

In Hamburg wird gehandelt und beim Handel wird verhandelt.

(Dirk Kienscherf SPD: Wir haben doch mit Schleswig-Holstein verhandelt!)

Wenn die Strategie dieses Senats darin besteht, dass die Politik bei der Elbvertiefung und der Zukunft des Hamburger Hafens nichts mehr zu melden hat, sondern nur darauf wartet, was Gerichte irgendwann einmal in vielen Jahren entscheiden, dann ist das ein grandioses Politikversagen dieses Senats. Und das war die Aussage des Bürgermeisters heute. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Hackbusch hat das Wort für fünf Minuten.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin nicht ganz sicher, ob wir jetzt noch einmal zu einer ernsthaften Debatte zurückfinden.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Nach der Rede von Herrn Kerstan ist das nicht schwierig!)

Aber wir werden es noch einmal probieren.

Ich muss die Kritik von Herrn Kerstan ausdrücklich unterstreichen an dem Punkt, dass der Bürgermeister im Wesentlichen nichts weiter gesagt hat als: Es war ganz schwer, was wir bei all diesen Punkten übernommen haben, und weil das so schwer war, werden wir noch eine Zeitlang daran arbeiten. Das ist für eine politische Erklärung zu diesen drei wichtigen Punkten nicht ausreichend.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Ich sehe durchaus ein, dass das in fünf Minuten, wo alles Mögliche in einer Rede zusammengepackt wird, auch einmal misslingen kann. Aber ich habe das auch in den letzten Tagen, als diese Fragen diskutiert worden sind und ausführliche Interviews gegeben wurden, nicht anders erlebt. Als Beispiel nenne ich nur die Demut, die Sie angekündigt und gefordert haben. Die Ankündigungspolitik des Hamburger Senats gegenüber den Reedern der Welt im Zusammenhang mit der Elbvertiefung wäre doch eine klassische Gelegenheit gewesen, die Demut, die Sie von der CDU gefordert haben, was durchaus berechtigt ist, selbst zu zeigen und zu sagen, wir haben uns geirrt, das war ein Fehler und wir werden versuchen, ihn zu korrigieren, statt nur zu sagen, alles, was wir gemacht haben, war richtig. Auf die Art und Weise wird man nicht nachhaltige Politik machen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will Ihnen noch etwas sagen. Das Problem mit der HSH Nordbank, wie Sie es dargestellt haben, kennen wir seit Jahren. Das Problem in diesem Jahr ist, dass das Risiko innerhalb der HSH Nordbank in den letzten Monaten noch einmal dramatisch angewachsen ist. Dazu brauchen wir eine Stellungnahme. Die Reaktion darauf von Herrn Kopper – Herrn Peanuts-Kopper, wenn Sie sich noch daran erinnern – war die mehr oder weniger fristlose Kündigung von Herrn Lerbinger. Die fristlose Kündigung von Herrn Lerbinger – nur für das sozialdemokratische Herz – kostet die Stadt so viel, dass man davon zum Beispiel das Spielhaus in Neuwiedenthal, das jetzt auf der Kürzungsliste steht, 30 Jahre lang weiterführen könnte. Das wurde einfach so nebenbei gemacht und uns noch nicht einmal verkündet und auch nicht offenbart, worin eigentlich die Begründung besteht. Das nur zu den Dimensionen, zu denen Sie hier nicht Stellung nehmen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Es geht nicht nur darum, dass Ihnen in einer freien Rede von fünf Minuten etwas herausrutschen kann, Herr Bürgermeister. Das kann geschehen, aber in der Politik insgesamt darf das nicht geschehen. Da erwarten wir in den nächsten Tagen andere Äußerungen.

Zum Schluss zur Elbphilharmonie. Sie sind dort Ankündigungsweltmeister. Sie haben in diesem Jahr dreimal angekündigt, dass der Durchbruch da sei. Ich war dreimal in Talkshows und musste mich an diesen berühmten Diskussionen beteiligen. Ihre Fraktion hat Sie da wunderbar vertreten und mitgeteilt, das sei der Durchbruch, den wir jetzt sehen würden. Wir sehen, dass es keinen Durchbruch gegeben hat; Demut sieht anders aus. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und bei Dietrich Wersich CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Meine Damen und Herren! Damit ist die Aktuelle Stunde für heute beendet. Wir werden sie morgen mit dem zweiten und vierten Thema fortsetzen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 46 auf, Drucksache 20/5493, Bericht des Gesundheitsausschusses: Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Mitwirkung von Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben in der Freien und Hansestadt Hamburg und Seniorenmitwirkungsgesetz.

[Bericht des Gesundheitsausschusses über die Drucksachen 20/3866 und 20/4112: Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Mitwirkung von Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben in der Freien und Hansestadt Hamburg (Senatsantrag) und

(Erster Vizepräsident Frank Schira)**Seniorenmitwirkungsgesetz (Antrag der FDP-Fraktion)
– Drs 20/5493 –]**

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Frau Karin Timmermann wünscht das Wort und bekommt es.

Karin Timmermann SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist jetzt nicht ganz einfach, zum Seniorenmitwirkungsgesetz zu sprechen. Aber wie sagt man: Älter werden ist nichts für Feiglinge. Von daher hoffe ich, dass viele hier bleiben.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Jahr hat der 10. Deutsche Seniorentag zum ersten Mal in Hamburg stattgefunden. Er stand unter dem Motto "JA zum Alter!" und konnte sich einer hohen Akzeptanz und vieler Besucher erfreuen. In den Reden des Bundespräsidenten, der Bundeskanzlerin und des Ersten Bürgermeisters wurde unter anderem Bezug genommen auf die Veränderungen unserer Gesellschaft durch den demografischen Wandel. Der Bürgermeister hat aber auch hervorgehoben, dass es eine ganz wunderbare Entwicklung ist, dass wir alle eine höhere Lebenserwartung haben und das häufig bei besserer Gesundheit als vergangene Generationen. Es ist aber auch darauf hingewiesen worden, dass wir mehr auf die Kompetenz sowie die Lebenserfahrung der über 60-Jährigen und ihre Bereitschaft zum Engagement angewiesen sind und darauf nicht verzichten können, aber auch nicht verzichten wollen.

Schon heute leistet diese Generation viel für die Gesellschaft. Ohne sie gäbe es keinen Mitternachtsbus für Obdachlose, keine Hamburger Tafel, keine ehrenamtliche Hospizbewegung, keine Lesehilfen für Kinder von Migranten und keine aktiven Seniorenbeiräte, sei es auf der bezirklichen oder auf der Landesebene.

(Beifall bei der SPD)

Ein Viertel der Hamburger Bevölkerung ist heute bereits über 60 Jahre alt und älter. Das sind fast 430 000 Menschen mit ganz unterschiedlichen Lebenslagen, Erwartungen und Ansprüchen an die vor ihnen liegende Lebensphase. Wir müssen auf die aktive Teilhabe dieser Menschen setzen. Ihre Erfahrung und ihr Wissen sind wichtig für ein generationsfreundliches Hamburg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die SPD-Fraktion ist es deshalb heute ein wichtiger Schritt, abschließend den Beschluss über das Seniorenmitwirkungsgesetz zu fassen. Wir haben im Fachausschuss mit vielen Experten über den Gesetzentwurf diskutiert, haben Anregungen aufgenommen und den Entwurf den speziellen Bedürfnissen angepasst und optimiert. Alle Fraktionen haben mit Vorschlägen sehr kooperativ mitgearbei-

tet, und am Ende haben wir die nun vorliegende Fassung mit einem sehr breiten Konsens beschlossen.

Mit dem nun vorliegenden Gesetz zur Stärkung der Mitwirkung von Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben in Hamburg wird die zurzeit geltende Verordnung zur Mitwirkung, die dringend modernisiert werden musste, weiterentwickelt und die Seniorenmitwirkung in Hamburg erstmals auf gesetzliche Grundlagen gestellt.

(Beifall bei der SPD)

Die Altersgrenze wird von 58 auf 60 Jahre angehoben und entspricht damit wieder mehr der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Die bewährte Struktur aus Seniorendelegiertenversammlung und Bezirks-Seniorenbeiräten auf der Bezirksebene und dem Landes-Seniorenbeirat auf der Landesebene wird in dem Gesetz beibehalten, aber es wird eine breitere Bürgerbeteiligung geben, die wir sehr begrüßen.

Auch wird auf eine ausgewogenere Vertretung beider Geschlechter geachtet und eine Geschlechterquote von 40 Prozent eingeführt. Außerdem müssen ab sofort in jedem Beirat auf Bezirks- und auf Landesebene jeweils eine Frau und ein Mann mit Migrationshintergrund vertreten sein. Angesichts des Gebots der Gleichstellung von Frauen und Männern in unserer Hamburger Verfassung und angesichts der Chance, ältere Menschen mit Migrationshintergrund besser zu erreichen, ist dieses eine gute und richtige Maßnahme.

(Beifall bei der SPD)

Auch in der Anhörung ist die Quote für Migranten von den Experten ausdrücklich befürwortet worden. Wir hoffen, mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz noch mehr ältere Menschen aus unterschiedlichen kulturellen Kreisen für eine aktive Teilhabe auch in den Seniorenbeiräten zu gewinnen. Und wir unterstreichen damit die Bedeutung, die wir der Mitwirkung der älteren Generation beimessen.

Dass zukünftig die Bürgerschaft regelmäßig die Tätigkeitsberichte des Landes-Seniorenbeirats erhält und diese dann in den Ausschüssen beraten werden, zeigt, dass es uns wichtig ist, die Belange der älteren Generation stärker in die parlamentarische Arbeit einzubinden, dies auch vor dem Hintergrund der immer größer werdenden Zahl von älteren, von armen und von pflegebedürftigen Menschen, die sich nicht mehr selbst vertreten können. Der demografische Wandel verlangt von uns allen ein Umdenken. Die Themen sind vielfältig, von Barrierefreiheit über Stadtentwicklung, seniorengerechtes Wohnen bis hin zum Abbau von Altersdiskriminierung und Umgang mit einer steigenden Zahl von Pflegebedürftigen. Ein generationsgerechtes Hamburg kommt am Ende aber uns allen zugute. Wir müssen deshalb die Herausforderung des demografischen Wandels in allen Politikberei-

(Karin Timmermann)

chen untersuchen. Es müssen Handlungsempfehlungen entwickelt werden, wie diesen Herausforderungen begegnet werden kann. Der von der Gesundheitssenatorin vorgestellte Bericht "Älter werden in Hamburg – Bilanz und Perspektiven" gibt dafür eine wichtige Arbeits- und Entscheidungsgrundlage.

Mit der heutigen Verabschiedung des Seniorenmitwirkungsgesetzes wird Hamburg das dritte Bundesland nach Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sein, in dem die Seniorenmitwirkung Gesetzesrang hat. Ich glaube, man kann hier von einer bundesweiten Vorreiterrolle Hamburgs sprechen.

Der vorliegende Gesetzentwurf wurde der Bürgerschaft einstimmig bei Enthaltung der FDP zur Verabschiedung empfohlen. Auch wenn nicht alle Wünsche erfüllt werden konnten, schaffen wir damit die gesetzliche Grundlage für eine neue Dynamik bei der Seniorenmitwirkung. Jetzt kommt es darauf an, die neu geschaffenen Möglichkeiten mit Leben zu füllen. Anfang nächsten Jahres werden die neuen Regeln erstmals angewandt. Ich lade alle Seniorinnen und Senioren ein mitzumachen.

Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich bei allen Beteiligten für die konstruktive und sachbezogene Diskussion und hoffe auf eine breite Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Frau Dr. Föcking.

Dr. Friederike Föcking CDU: Meine Damen und Herren! Nachdem es eben die ganze Zeit so spannend war, so hoch hergegangen ist und wir so schön gestritten haben, ist es jetzt tatsächlich sehr viel friedlicher. Das kann ich schon ankündigen und das ist der Sache sicherlich auch angemessen. Auch ich möchte mich für die konstruktiven Verhandlungen im Gesundheitsausschuss bedanken. Es ist auch für uns in der Opposition eine schöne Erfahrung, wenn eigene Anregungen angenommen werden und man seine Anträge nicht nur für den Papierkorb erarbeitet.

(Beifall bei der CDU)

Vor einem halben Jahr fand in Hamburg – Frau Timmermann, Sie haben es schon gesagt – der 10. Deutsche Seniorentag statt und viele der rund 20 000 meist älteren Besucherinnen und Besucher machten dabei vor allen Dingen eines ganz deutlich: Sie wollen nicht wie die Herren Statler und Waldorf in der Muppet Show grau und griesgrämig in der Loge des Lebens sitzen und nur auf die Bühne herunterschimpfen. Sie wollen auch weiterhin mitspielen, dabei manch neue Rolle auf der Bühne selbst übernehmen oder aber bei dem einen oder anderen Stück auch Regie führen. Und

das unterstützt die CDU im Land wie im Bund schon seit Langem ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU)

Die Möglichkeiten dieses Engagements sind so vielfältig wie die individuellen Lebensläufe. Auch weil es in Deutschland immer weniger jüngere Menschen gibt, ist dieses Engagement der Älteren nicht nur wünschenswert, sondern notwendig. Ohne die Mitwirkung der Älteren in allen Bereichen unseres Lebens wird Deutschland auf Dauer in vieler Hinsicht verarmen.

Der demokratisch-parlamentarische Normalfall der politischen Mitwirkung ist und bleibt auch für die Älteren unter uns natürlich das Engagement in einer Partei. Das darf in diesem altherwürdigen Plenarsaal durchaus einmal gesagt werden angesichts zunehmender Begeisterung für Beiräte, informelle Initiativen und gelegentliches Wutbürgertum. Nichtsdestoweniger ist es sinnvoll, besondere Belange bestimmter Teile der Bevölkerung auch über solche sachkundigen Beiräte verstärkt in den Blick zu nehmen. Bereits seit mehr als 20 Jahren tun dies in Hamburg die Seniorenbeiräte auf Bezirks- und Landesebene. Mit dem neuen Gesetz soll diese Arbeit nun auf eine solidere rechtliche Grundlage gestellt werden. Damit verbindet sich die Hoffnung, mehr Menschen ab 60 für die Arbeit in den Beiräten zu gewinnen als bisher. Das wird auch von der Fraktion der CDU ausdrücklich begrüßt, denn nicht zuletzt brauchen die eine Stimme, die schwer krank und pflegebedürftig nicht mehr selbst für ihre eigenen Interessen sprechen können.

(Beifall bei der CDU)

Die meisten Neuerungen des Gesetzes wurden im Ausschuss weitgehend einvernehmlich gut geheißen. Meine Fraktion unterstützt nicht nur das Ziel, auch ältere Menschen mit Migrationshintergrund zu erreichen, sondern auch die Möglichkeit einer zeitlich oder thematisch begrenzten Mitarbeit. Ebenso begrüßen wir, dass Seniorenvertreter als sachkundige Bürger an den einschlägigen Beratungen der Bezirksausschüsse beteiligt werden können. So werden wir hoffentlich manch zusätzlichen Seniorexperten für diese Arbeit gewinnen können. Für besonders wichtig halten wir es ferner, dass die Hamburger Verwaltung gesetzlich verpflichtet wird, die Seniorenbeiräte dann zu beteiligen, wenn Belange der älteren Generation und des Zusammenlebens der Generationen berührt werden. Gerade diesen Bereich hätten wir uns allerdings etwas konkreter gewünscht, etwa eine konkrete Fachanweisung der Gesundheitssenatorin an die Bezirksämter, damit diese nicht nur nach eigenem Gutdünken die Beiräte mehr oder weniger unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Unklar bleibt auch, wie künftig die Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlichen Mitglieder der

(Dr. Friederike Föcking)

Beiräte aussehen wird. Dass die geplante Pauschale der sehr unterschiedlichen Arbeitsbelastung der Mitglieder gerecht wird, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden. Schließlich gehen uns die jetzt vorgesehenen Schulungen für Neueinsteiger nicht weit genug. Wir hätten uns hier eine Fortbildung für alle Beiratsmitglieder gewünscht, auch um das Zusammenwachsen der Beiräte zu fördern. Doch alles in allem halten auch wir das Gesetz für einen guten Wurf. Jetzt müssen wir gemeinsam möglichst viele Hamburger Seniorinnen und Senioren motivieren, nicht grummelnd in der Loge des Lebens Platz zu nehmen, sondern aktiv mitzumischen auf der Bühne des politischen und des Verwaltungshandelns in Hamburg.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD – Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Fegebank, Sie haben das Wort.

Katharina Fegebank (GRÜNE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Von hier vorn sieht es noch leerer aus als von dort hinten, aber das bekommen wir hin. Es ist schon von meinen beiden Vorrednerinnen Frau Timmermann und Frau Föcking betont worden, dass wir bei diesem Thema von Beginn an ein sehr großes Einvernehmen erzielt haben, nicht zuletzt in den Beratungen nach der Anhörung im Ausschuss. Ich kann mich dem nur anschließen, wir werden dem Gesetz zustimmen, auch wenn wir an der einen oder anderen Stelle gern eine Änderung erwirkt hätten. Einiges von unseren Anregungen ist aufgenommen worden, anderes nicht. Dazu sage ich gleich noch ein, zwei Sätze. Insgesamt aber begrüßen wir, dass die Seniorenmitwirkung jetzt auf gesetzliche Füße gestellt wird, und ich danke allen, die im Ausschuss dabei konstruktiv mitgewirkt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf aus dem Plenum)

– Stimmt, meine eigene Fraktion ist gerade sehr dünn vertreten.

(*Antje Möller GRÜNE:* Aber beschimpfe nicht die, die da sind!)

– Nein, die da sind, will ich nicht beschimpfen. Vielen Dank, dass ihr da seid und das Essen bis zur Folgedebatte verschiebt.

Frau Timmermann hat ausgeführt, vor welchen Herausforderungen wir stehen. Umso wichtiger ist es, mit solch einem Gesetz ein Signal zu senden, dass es entscheidend sein wird, Hamburg auch wirklich zu einer generationengerechten Stadt zu machen. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass dieses Gesetz nur ein Baustein für wirkliche Generationengerechtigkeit sein kann. Viele Herausforderungen – die Barrierefreiheit wurde er-

wähnt, Wohnangebote wurden erwähnt, aber auch Mobilität und niedrigschwellige Angebote – gehen natürlich weit über das hinaus, was in diesem Gesetz verankert ist. Wir finden es trotzdem richtig und haben uns nach intensiven Beratungen dafür ausgesprochen, diesen Weg mitzugehen. Trotzdem hat uns gerade eine Person in der Anhörung immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass dieses Gesetz, sich jenseits der parlamentarischen und parteipolitischen Möglichkeiten zu engagieren, natürlich viele Rentnerinnen und Rentner, viele Seniorinnen und Senioren nicht erreichen wird. Armut, Krankheit, Einsamkeit sind oft die größten Fragen, die Menschen bewegen, wenn sie ein bestimmtes Alter erreicht haben. In der vorigen Bürgerschaftssitzung haben wir sehr intensiv über das Themenfeld soziale Gerechtigkeit gesprochen, das Thema Altersarmut spielte dabei eine große Rolle. Mit rund 5,8 Prozent ist Hamburg leider einer der unruhmlichen Spitzenreiter in der Republik; knapp 20 000 Rentnerinnen und Rentner erhalten Grundversicherung im Alter. Das ist ein Thema, für das wir immer wieder ein Forum schaffen müssen und das durch ein solches Gesetz nicht unbedingt aufgegriffen und abgedeckt wird. Das sind durchaus Themen, von denen ich mir erhoffe, dass sie einen entsprechenden Platz in den bezirklichen Sitzungen der Seniorenbeiräte, aber auch beim Landes seniorenbeirat erhalten. Dafür werden wir uns einsetzen, dafür werden wir uns stark machen, damit gerade diejenigen, die vielleicht nicht unmittelbar angesprochen werden, auch berücksichtigt werden und damit deren Interessen nicht unter den Tisch fallen, nur weil sie den Weg in die Seniorenbeiräte nicht finden.

(Beifall bei den Grünen)

Ansonsten, Stichwort Information, versprechen wir uns von diesem Gesetz, dass die Bezirke einen Impuls erhalten, die Bekanntheit von Bezirkssen iorenbeiräten und auch des Landessen iorenbeirats so zu vergrößern, dass sich viele Menschen angesprochen fühlen und dass dafür natürlich auch landespolitisch mit unseren Möglichkeiten gekämpft und gestritten wird, damit nicht, wie es in der Vergangenheit häufig der Fall war – ich habe schon Kritik auf mich bezogen, weil ich das sehr deutlich benannt habe –, die Seniorenbeiräte verlängerte Arme der Parteien werden, sondern die organisierten Senioren ein möglichst breites und buntes Abbild darstellen und auch Einzelne, die sich im Stadtteil, in den Bezirken stark machen, mit bestimmten Themen dort punkten können. Ich hoffe also, dass wir über eine gute Kampagne Teilhabe für diejenigen ermöglichen können, die sich nicht schon im Vorfeld viele Jahre lang in verschiedenen Parteien organisiert haben. Das heißt nicht, dass die dort keinen Platz mehr finden sollen, aber dass wir den Türöffner gerade für die anderen machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(Katharina Fegebank)

Bleibt mir noch zu sagen – ich hatte es eingangs schon erwähnt –, dass wir insgesamt dem Gesetz zustimmen. Wir hätten uns tatsächlich gewünscht, dass bei der Ausweitung der Bezirkssenorenbeiräte und des Landessenorenbeirats eine etwas demokratischere Verfahrensweise gewählt wird. Jetzt gibt es die Möglichkeit, dass der Beirat selbst entscheiden kann, ob er weitere Mitglieder hinzuzieht. Wir hätten uns hier eine Wahl gewünscht. Dafür haben wir uns bei den Beratungen eingesetzt, das hat keine Mehrheit gefunden. Ansonsten ist das Gesetz ein Schritt in die richtige Richtung. Wir werden es weiter intensiv begleiten und natürlich auch in unseren jeweiligen Umfeldern dafür werben, sich für den Bezirkssenorenbeirat oder den Landessenorenbeirat zu bewerben, um damit das Ganze etwas anzufüttern und zu einem Erfolg zu führen. – Vielen Dank, und danke auch noch einmal für die sehr konstruktiven Beratungen im Ausschuss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Dr. Schinnenburg, Sie haben das Wort.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bei diesem Gesetzentwurf gibt es aus Sicht der FDP vier problematische Punkte. Der erste ist die Frage, ob es überhaupt notwendig ist, eigene Gremien für Senioren zu schaffen, denn Senioren haben bereits jetzt – gerade die heutigen Senioren in diesem Land – einen großen Einfluss, und das ist auch gut so. Wir haben seit langer Zeit die höchste Wahlbeteiligung von allen Altersgruppen bei Bundestagswahlen bei den 60- bis 70-Jährigen. Es gibt keine andere Altersgruppe mit so hoher Wahlbeteiligung und damit auch mit so großem Einfluss auf Bundestagswahlen. Schauen Sie in die Bürgerschaft. Wir haben 121 Abgeordnete, 26 davon sind 60 Jahre und älter. Auch hier sind Senioren nach der Definition des Gesetzes gut vertreten. In vielen Verbänden und Vereinen gibt es ebenfalls eine sehr starke Repräsentanz der Älteren. Ich persönlich mache mir mehr Sorgen um die Repräsentanz der Jüngeren in Verbänden und Vereinen.

Frau Föcking, ich war etwas schockiert, als Sie sagten, wir bräuchten dieses Gesetz – wörtliches Zitat – "als Forum für Schwerbehinderte". Die gibt es natürlich, aber der durchschnittliche Senior ist ganz anders, als in der Debatte und auch vorher bei der Diskussion im Ausschuss so ein bisschen durchklang. Senioren sind heute vital, sie sind fit, sie können etwas machen, wollen etwas machen, und sie machen auch etwas. Es gibt – das kam bei der Anhörung sehr deutlich heraus – eine Abstimmung mit den Füßen. Bisher haben wir eine Wahlbeteiligung von einem oder zwei Prozent in Hamburg. Da fragt man sich, ob bei den Senioren selbst wirklich so ein großer Bedarf gesehen wird. Dennoch macht die FDP diesen Punkt nicht zum

Stolperstein. Wir wollen wegen dieser Überlegung, die wir einmal nennen wollen und die ich auch im Ausschuss benannt habe, dem Gesetz nicht im Wege stehen. Das wäre für uns kein Grund, dem Gesetz nicht zuzustimmen.

Zweiter Punkt. Man kann sich sehr wohl fragen, ob die Altersgrenze, die nun von 58 auf 60 Jahre erhöht wurde, nicht noch weiter erhöht werden müsste, weil der heutige 60-Jährige – und hier sind einige unter uns – nach dem Verständnis eines Seniors nun wirklich nicht alt ist. Ich persönlich hätte es besser gefunden, auf 62 oder 63 Jahre zu gehen. Da aber alle Experten sagten, 60 Jahre seien richtig, werden wir als FDP auch an diesem Punkt unsere Zustimmung nicht versagen.

Dritter Punkt, und hier wird es nun allerdings in der Tat unangenehm, es geht um die Quoten. Sofern die Abstimmungen so ausgehen, wie es abzusehen ist, werden wir uns hierzu enthalten. Ich will keine generelle Diskussion über Quoten in der Wirtschaft und der Politik anfangen, denn das passt hier gar nicht. Wer in Parteien oder Aufsichtsräten oder wo auch immer für Quoten ist, müsste in diesem Fall dennoch gegen Quoten sein, denn Quoten sind im Bereich der Seniorenmitwirkung unsinnig. Es geht nicht um Karriereförderung, die gibt es dort nicht mehr. Frauen sind in Seniorenvertretungen besonders gut vertreten, und wenn überhaupt, könnte man vielleicht über eine Quote für Männer nachdenken.

(*Kersten Artus DIE LINKE: Eine Geschlechterquote!*)

Es gibt keinen Grund, deswegen eine Frauenquote einzuführen. Die Migrantenquote, Frau Artus, ist ebenfalls abzulehnen. Mich wundert ein bisschen, Frau Timmermann, dass Sie gesagt haben, die Experten seien auch dafür. Ich darf auf das Wortprotokoll der Anhörung hinweisen, das habe ich schon einmal getan. Lesen Sie einmal die Seiten 41 und 43. Frau Lüders vom Landessenorenbeirat sieht das sehr kritisch, Frau Preuhs vom Bezirkssenorenbeirat sieht Migrantenquoten kritisch, Frau Blase vom Nachbarschaftsheim St. Pauli sieht es ebenfalls kritisch. Das ist genau das Gegenteil von dem, was Frau Timmermann sagte.

(*Karin Timmermann SPD: Das ist ja nicht richtig!*)

Die Experten haben gerade bei der Migrantenquote erhebliche Vorbehalte geäußert, die die FDP teilt.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind der Auffassung, dass die soziale Stellung oder auch die Gesundheit einen viel größeren Einfluss auf das Bewusstsein und die Möglichkeit der Mitwirkung haben als das Geschlecht oder die Herkunft aus einem anderen Land. Wie ich schon einmal erwähnte, haben in meiner Familie 80 Prozent

(Dr. Wieland Schinnenburg)

einen Migrationshintergrund, nämlich alle außer mir. Meine Frau und meine Kinder hätten es nicht nötig, eine besondere Quote in Anspruch zu nehmen, die verschaffen sich auch so Gehör, und das können nicht nur meine Kinder und meine Frau, das tun sehr viele mit Migrationshintergrund.

(Karin Timmermann SPD: Es geht um die Frage der Umsetzung!)

Mich wundert es ein bisschen, denn die SPD hatte einen Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes benannt. Auch dieser hatte sich sehr kritisch zu Quoten geäußert, und zwar insofern, als er sich fragte, wieso gerade diese Quoten. Wieso gab es keine Quote für Behinderte oder chronisch Kranke? Sie merken, wenn man die auch noch einführen würde, würde es gar nicht mehr funktionieren. Selbst wenn man generell für Quoten ist, ist diese Art der Quotenzusammenstellung einfach völlig unpassend. Und schließlich und endlich ist es eine Verfälschung des Wählerwillens, wenn von vornherein festgelegt wird, so und so viele Menschen müssen Mann, Frau oder Migrant sein. Das ist eine Verfälschung des Urwahlprinzips. Dann fragt man sich natürlich, wieso Sie unbedingt solche Quoten im Gesetz haben wollen.

(Karin Timmermann SPD: 13,5 Prozent!)

Bei drei Parteien ist mir das durchaus verständlich, die haben einen bestimmten Reflex. Wenn die den Begriff Quote hören, dann sind sie dafür. Das ist bei der SPD so, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN, also Sie sind sozusagen entschuldigt. Ich verstehe sofort, dass Sie bei Quote "muss gut sein" sagen – bei der alten Linken sozusagen. Nun gibt es aber in diesem Bereich offenbar eine neue Linke und die sitzt dort bei der CDU. Dieselbe CDU, die für ihre eigene Partei die Quote ablehnt, stimmt hier dafür. Das stimmt mich ein wenig nachdenklich. Denken Sie noch einmal darüber nach. Die FDP bleibt dabei, wir lehnen die Quote ab.

Der vierte Punkt, den wir als problematisch ansehen – Frau Fegebank hat es schon angedeutet –, ist die Frage Ernennung statt Wahl. An zwei Stellen, in Paragraph 5, betreffend den Bezirksseniorinnenbeirat, und Paragraph 9, betreffend den Landesinnenbeirat, gibt es das Prinzip der Ernennungen. Es werden vorhandene Gremien erweitert und ergänzt durch Selbsterweiterung, und sie basieren damit nicht mehr auf der Urwahl. Das ist zunächst einmal undemokratisch. Sie erinnern sich, wie streng das Bundesverfassungsgericht beim Bundestag war, wenn nur zwei oder drei Sitze nicht ganz den Wählerwillen repräsentierten. Sie wollen zum Teil bis zur Hälfte dieser Beiräte nicht auf Urwahl zurückführen, sondern sie durch Ernennung ergänzen. Auf diese Weise gibt es Beiratsmitglieder erster und zweiter Klasse, das können Sie doch nicht ernsthaft wollen. Und besonders erschreckend ist es auf Bezirksebene. Wer nimmt die Ernennung vor? Antwort: der Bezirksamtsleiter,

also die Exekutive. Nach Ihrem vorliegenden Gesetzentwurf ist die Exekutive in der Lage, das Votum der Basis – also des Souveräns, in diesem Fall der Senioren – zu manipulieren und zu verändern. Deshalb ist auch dieser Punkt für die FDP nicht akzeptabel. Aus diesem Grund beantragt die FDP eine ziffernweise Abstimmung. Sollten Quoten und Ernennung bestätigt werden, werden wir uns bei der Gesamtabstimmung der Stimme enthalten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Artus, sie haben das Wort.

Kersten Artus DIE LINKE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! "Mehr Alter wagen!" haben wir dieses Jahr als Motto gewählt, um das europäische Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen deutlich zu kennzeichnen und zu einem Schwerpunkt der Politik der Links-Fraktion zu machen. Wir haben bereits im Jahr 2011 im Zusammenhang mit unserer Großen Anfrage "Gesundheit älterer Menschen" angekündigt, dass wir uns in diesem Jahr für ein Seniorenmitwirkungsgesetz einsetzen werden. Deswegen haben wir uns über die Ankündigung der SPD gefreut, dieses Gesetz einzubringen und in der Bürgerschaft zu verhandeln. Dafür noch einmal vielen Dank.

Wir müssen aber auch vor dem Hintergrund dieses Seniorenmitwirkungsgesetzes, dem wir in dieser Form auch zustimmen werden, deutlich machen – die Kollegin Fegebank hat darauf bereits einige Worte verwendet –, dass Hamburg bei der Altersarmut eine traurige Spitzenstellung hat, und sie nimmt weiter zu. Derzeit liegen wir bei 5,8 Prozent. Das sind, wie Frau Fegebank schon sagte, fast 20 000 Menschen, aber dabei wird es nicht bleiben. Wir haben in der Expertinnen- und Expertenanhörung sehr wohl vernommen, dass die Teilhabe armer Menschen, auch armer, behinderter, ausgegrenzter und einsamer Menschen, ein großes Problem ist. Die Partizipation dieser Gruppe ist schwierig, und auch darauf hätte dieses Seniorenmitwirkungsgesetz noch stärker Rücksicht nehmen müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das neue Gesetz ist aber dennoch ein Schritt nach vorn, das ist hier schon gesagt worden. Erstmals wird die Seniorenmitwirkung auf gesetzlicher Ebene geregelt. Ich persönlich hätte mir gewünscht, dass es nicht nur das dritte Seniorenmitwirkungsgesetz in der Bundesrepublik Deutschland ist, sondern dass es das beste Gesetz gewesen wäre, das es nach Mecklenburg-Vorpommern und Berlin gibt.

(Karin Timmermann SPD: Ist es ja auch!)

(Kersten Artus)

– Man hätte es noch besser machen können, Frau Timmermann. Ich sage gleich, welche Punkte wir uns hätten vorstellen können, damit es ein richtig gutes, rundes Seniorenmitwirkungsgesetz geworden wäre.

So ist leider auch, das muss ich kritisieren, die Chance verpasst worden, das wirklich beste Gesetz Deutschlands für Seniorinnen und Senioren zu machen. Die Vorschläge der Links-Fraktion bezogen sich nämlich darauf, Herr Ohlsen, dass bestimmte Rechte für die Seniorenbeiräte gesetzlich verankert werden. Vieles findet heute aufgrund des wirklich großen Engagements der Seniorinnen und Senioren bereits statt, aber wir haben dafür plädiert, diese Möglichkeiten gesetzlich zu verankern, weil wir das einfach angemessen finden, und geringfügig zu erweitern. Zum Beispiel haben wir vorgeschlagen, dass die Seniorenbeiräte das Recht auf eine schriftliche Stellungnahme haben. Dieses Recht gesetzlich zu verankern bedeutet nämlich auch, dass sie die dafür erforderlichen Mittel bereitgestellt bekommen müssen. Wir haben gefordert, dass sie das Recht auf die Einrichtung von Sprechstunden haben. Das gesetzlich verbrieftete Recht hätte nämlich dazu geführt, dass die Möglichkeiten dafür immer zur Verfügung gestellt werden müssen. Und wir haben vorgeschlagen, dass die Seniorenbeiräte, vor allen Dingen der Landes-seniorenbeirat, das Recht erhalten, im zuständigen bürgerschaftlichen Ausschuss zu sprechen. Das ist auf Bezirksebene möglich, auf Bürgerschaftsebene aber nicht. Ich glaube, wir hätten uns nichts vertan. Anstatt nur den Tätigkeitsbericht zu bekommen, hätten wir einen Schritt weiter gehen können und das Rederecht hineinnehmen können.

Wir haben ebenfalls das Recht auf Sachverstand vorgeschlagen. In der Anhörung und natürlich auch im Gespräch mit den Seniorinnen und Senioren ist deutlich geworden, dass sie aufgrund der Vielfalt der Themen und des Arbeitspensums, das daraus resultiert, häufig überfordert sind, weil sie eben wirklich sehr engagiert sind. Das Recht auf Sachverstand hätte hier eine wichtige Unterstützung gegeben. Was wir wirklich sehr bedauerlich finden, ist, dass sie nicht zugesichert bekommen, ihre Sitzungsprotokolle durch die Verwaltungen erstellen lassen zu können. Die Seniorinnen und Senioren haben ausdrücklich erwähnt, dass sie sich das wünschen. Dass man dem nicht nachgekommen ist, ist wirklich schade.

(Beifall bei der LINKEN – *Karin Timmermann SPD*: Das ist doch nicht richtig, Frau Artus!)

Wir sind der Meinung, dass, wenn man ein solches Gesetz einführt, dies nicht kostenneutral erfolgen kann. Demokratie und Teilhabe kosten immer Geld, das hätte man wirklich berücksichtigen müssen und nicht nur einfach Bestehendes erweitern und auf eine gesetzliche Stufe stellen. Die zusätzli-

chen positiven Effekte inklusive der Geschlechterquote sind heute schon genannt worden, aber zum Beispiel hätte richtig abgesichert sein müssen, welche Kosten vor dem Hintergrund der Teilhabe zusätzlich anfallen, gerade auch von ärmeren Menschen, was die Fahrtkosten angeht, die Kosten für Öffentlichkeitsarbeit und Fortbildung, aber auch – und das erleben wir selbst jeden Tag – die Kosten für das Ausdrucken des Schriftverkehrs. Es wird ja nichts mehr per Post zugeschickt, sondern alles muss selbst ausgedruckt werden, und wir wissen, wie teuer Tonerkartuschen und auch dieses viele Papier sind. Daran ist leider nicht gedacht worden, es wäre doch ein Klacks gewesen, das auch noch in diesem Gesetz zu verankern.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir stimmen dem Gesetz zu, auch wenn es besser hätte sein können. Wir möchten der Gesundheits- und Verbraucherschutzsenatorin noch die Empfehlung geben, darüber nachzudenken, ob sie künftig ihren Titel und damit auch den Behördentitel erweitert und so auch eine Seniorenbehörde daraus macht. Sie wäre gut beraten, das zu tun. Es würde der Gruppe der über 60-Jährigen Rechnung tragen und eine gewisse Würdigung und Wertschätzung mit sich bringen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Senatorin Prüfer-Storcks hat das Wort.

Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Senat hat der Bürgerschaft den Entwurf eines Seniorenmitwirkungsgesetzes vorgelegt, nicht um ein Privileg für eine besondere Bevölkerungsgruppe im demokratischen Staat zu schaffen, sondern weil wir der Meinung sind, dass wir die Mitwirkung, die Einmischung der Seniorinnen und Senioren für die weitere Entwicklung der Stadt brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Mit der demografischen Entwicklung ist auch ein Trend zum Leben in großen Städten verbunden. Hier suchen und finden Menschen die Möglichkeit, ihr Leben nach ihren Wünschen und Bedürfnissen zu gestalten, und für die Älteren sind gerade die gute gesundheitliche und pflegerische Versorgung und auch die Erreichbarkeit zum Beispiel kultureller Angebote wichtig. Das sind alles Argumente, die für Hamburg sprechen. Deswegen können wir in Hamburg entgegen bundesweiten Entwicklungen auch in den nächsten Jahren noch mit wachsenden Bevölkerungszahlen rechnen. Demografische Veränderungen vollziehen sich hier langsamer als in vielen anderen Regionen Deutschlands. Darüber können wir uns freuen, aber wir werden uns nicht darauf ausruhen. Wir wollen die Stadt für die Bedürfnisse einer älter werdenden

(Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks)

Bevölkerung fit machen, und dabei ist es gut, auf den Rat von Expertinnen und Experten zurückgreifen zu können. Und Seniorinnen und Senioren sind Experten, nicht nur in eigener Sache, aber auch, doch insbesondere profitieren von ihren Anregungen auch Familien mit kleinen Kindern.

In Hamburg leben fast 430 000 Menschen, die älter als 60 Jahre sind, das ist ein Viertel der Bevölkerung, und in nicht allzu langer Zeit werden es 30 Prozent sein. Ihre vielfältigen Kenntnisse und Kompetenzen wollen wir uns zu Nutze machen. Viele von ihnen sind auch bereit, ihr Wissen, ihr Können, ihre Kenntnisse und ihre Zeit zum Wohle der Gemeinschaft einzubringen. Mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz wollen wir dafür eine moderne Grundlage bieten.

(Beifall bei der SPD)

In Hamburg gibt es seit mehr als 30 Jahren Beteiligungsregelungen für Senioren. Es war Bürgermeister Klose, der die erste Senatsanordnung eingeführt und damit die Seniorenbeiräte geschaffen hat. Das hat gut funktioniert. Warum jetzt also ein neues Gesetz? Ich glaube, dass Partizipation Wertschätzung und verlässliche Rahmenbedingungen braucht, und die wollen wir damit schaffen. Wir wollen sicherstellen, dass Seniorenbeiräte systematisch und regelhaft einbezogen werden, wenn es um die Themen der älteren Generation, aber auch um das Miteinander der Generationen geht. Nach dem Grundsatz "Nicht ohne Senioren über Senioren" schaffen wir dafür verbindliche Regelungen. Das sind Rechte für Senioren und Pflichten für die Verwaltung. Wir wollen mit dem Gesetz auch den veränderten Lebensverhältnissen der Menschen in der Großstadt Rechnung tragen, deshalb haben wir sie insbesondere bei den Beteiligungsmöglichkeiten mit einbezogen.

Im Gesundheitsausschuss gab es zu einzelnen Regelungen Änderungsvorschläge und auch kontroverse Meinungen, das ist schon angeklungen. Für die äußerst konstruktiven Diskussionen bin ich sehr dankbar und möchte mich dafür ausdrücklich bedanken. In fast allen Punkten ist Konsens gefunden worden, und ich begrüße alle Änderungen, die der Gesundheitsausschuss vorschlägt. Sie machen das Gesetz besser. Besonders kontrovers ist die Frage der Quoten diskutiert worden, das hat auch Herr Schinnenburg gerade angesprochen. Wir sehen vor, dass beide Geschlechter mit mindestens 40 Prozent vertreten sein müssen und es mindestens zwei Mitglieder mit Migrationshintergrund geben muss. Ich möchte noch einmal betonen, dass es sich nicht um eine Frauenquote handelt und es auch nicht um eine nachberufliche Karriere im Seniorenbeirat geht. Es geht uns darum, die beiden Geschlechter mit ihren unterschiedlichen Lebenserfahrungen und mit ihren unterschiedlichen Kompetenzen möglichst gleichberechtigt einzubeziehen. Wir sind auf die Kenntnisse

und Erfahrungen beider Geschlechter angewiesen, und das soll damit sichergestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Noch ein Wort zur Migrantenquote. Unter den älteren Menschen in Hamburg haben fast 14 Prozent einen Migrationshintergrund, die Zahl steigt. Erfahrungen in Hamburg, aber auch in anderen Bundesländern, haben gezeigt, dass unverbindliche Anforderungen zur Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten in Seniorenbeiräte kaum Wirkung entfalten. Bei der Anhörung haben uns die Berliner Expertinnen und Experten bestätigt, dass eine gesetzliche Regelung ein Signal an die Menschen mit Migrationshintergrund ist, ein Signal, das zum Ausdruck bringt, wir brauchen euch, bitte engagiert euch. Dieses Signal wollen wir mit dem Gesetz senden.

(Beifall bei der SPD)

Auf die Einführung direkter Wahlen haben wir verzichtet, dafür waren die Erfahrungen in den anderen Bundesländern zu schlecht, aber wir wollen die Demokratie auf anderem Wege stärken. Wir wollen die Organisationen und Gruppen, die Delegierte benennen können, weit öffnen und sehr viel breiter definieren, und wir wollen Vertretungsmöglichkeiten für ältere Menschen schaffen, die sich nicht in Organisationen und Einrichtungen wiederfinden. Seniorinnen und Senioren zeigen dieselben Ansprüche an bürgerschaftliches Engagement wie andere Generationen auch. Sie engagieren sich themenbezogen, sie engagieren sich immer weniger in Organisationen und auch nicht lebenslang, sondern zeitlich begrenzt. Auch diesen Menschen wollen wir die Möglichkeit geben mitzuwirken, deshalb die Regelung, mit Unterstützung von 20 Menschen aus dem Bezirk Delegierter werden zu können.

Der Gesetzentwurf bietet ein breites Spektrum an gesetzlich geregelten Mitwirkungsmöglichkeiten für die Seniorenbeiräte. Eines der wichtigsten Instrumente ist das künftige Rederecht und Mitarbeitsrecht in den Ausschüssen der Bezirksversammlung. Manchem ging das nicht weit genug, aber wer sonst hat dieses Recht in der parlamentarischen Demokratie, außer die Abgeordneten selbst? Mir ist es wichtig, dass das Gesetz die Verwaltungen in die Pflicht nimmt. Die Ziele des Gesetzes sind durch die Hamburger Verwaltungen, durch alle Behörden aktiv zu fördern, ohne dass es der Initiative der Seniorenbeiräte bedarf. Der Gesetzentwurf enthält außerdem aus meiner Sicht ein gutes Gleichgewicht aus Selbstbestimmung, bürgerschaftlichem Engagement und Unterstützung durch die Verwaltung. Deshalb bin ich überzeugt, dass wir ein modernes Gesetz schaffen können, das den veränderten Lebenswirklichkeiten der älteren Generation Rechnung trägt und ihre Mitwirkungsmöglichkeiten deutlich verbessert. Ich hoffe, dass diese Möglichkeit der Einmischung in Zukunft

(Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks)

kräftig genutzt wird, denn wir brauchen diese Mitwirkungsmöglichkeit, wir brauchen die Expertise der älteren Menschen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung über den Bericht des Gesundheitsausschusses.

Wer möchte sich Ziffer 1.1 der Ausschussempfehlung anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig angenommen.

Wer möchte sich den Ziffern 1.2 und 1.3 der Ausschussempfehlung anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das mit Mehrheit angenommen.

Wer möchte die Ziffern 2.1 und 2.9 der Ausschussempfehlung annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig angenommen.

Wer sich den Ziffern 2.2, 2.3, 2.6 und 2.7 anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das mehrheitlich angenommen.

Wer möchte sich der Empfehlung aus Ziffer 2.4 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das mehrheitlich angenommen.

Wer möchte Ziffer 2.5 folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist mehrheitlich angenommen.

Wer möchte Ziffer 2.8 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch das mehrheitlich angenommen.

Damit ist das Gesetz zur Stärkung der Mitwirkung von Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben in der Freien und Hansestadt Hamburg aus Drucksache 20/3866 mit den soeben beschlossenen Änderungen in erster Lesung beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das sehe ich nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen. Das Gesetz ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 59 auf, das ist die Drucksache 20/5510, Antrag der SPD-Frak-

tion: Aufrechterhaltung der Beteiligungskultur der Studierenden nach der Abschaffung der Studiengebühren ab dem Wintersemester 2012.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Aufrechterhaltung der Beteiligungskultur der Studierenden nach der Abschaffung der Studiengebühren ab dem Wintersemester 2012
– Drs 20/5510 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/5605 ein Antrag der GRÜNEN Fraktion vor.

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
Ausgleichszahlung für Studiengebühren: Studierende müssen über Verwendung mitbestimmen
– Drs 20/5605 –]**

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Kühn, Sie haben es.

Philipp-Sebastian Kühn SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum aktuellen Semesterstart gibt es an den staatlichen Hochschulen in Hamburg keine Studiengebühren mehr.

(Beifall bei der SPD – Präsidentin Carola Veit übernimmt den Vorsitz.)

Die entfallenen Einnahmen werden trotz knapper Haushaltsmittel mit insgesamt 39 Millionen Euro vollständig ausgeglichen. Die Hochschulen erhalten davon für das Jahr 2012 8,95 Millionen und ab dem Jahr 2013 jährlich 37,8 Millionen Euro. Die restlichen 1,2 Millionen Euro erhält das Studierendenwerk Hamburg, um damit vom schwarz-grünen Vorgängersensat beschlossene Kürzungen zumindest in Teilen zurücknehmen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollten eigentlich in der Aktuellen Stunde über das Thema Wohnungssituation der Studierenden sprechen; wir werden das morgen nachholen. Ich möchte aber trotzdem an dieser Stelle auf den Aspekt der allgemeinen Situation auf dem Wohnungsmarkt, im Speziellen in Bezug auf die Hamburger Studierenden, eingehen, denn wir leisten mit der Abschaffung der Studiengebühren auch vor diesem Hintergrund – die prekäre Situation vieler Betroffenen ist in den Medien hinlänglich beschrieben worden – einen ganz wichtigen Beitrag. Hamburg kann stolz sein, dass es die Bereitschaft und die finanziellen Mittel für diesen Kraftakt mobilisiert hat.

(Beifall bei der SPD)

Nun ist das Thema Studiengebühren und Abschaffung der Studiengebühren in diesem Hause nicht unumstritten, gerade aufseiten der CDU. Ich will mich deshalb zum Einstieg in diese Debatte auf die

(Philipp-Sebastian Kühn)

Entwicklungen beziehen, die aktuell auch anderswo im Bundesgebiet stattfinden. In Bayern beispielsweise hat die Diskussion durch die Entscheidung des Landesverfassungsgerichts ganz neu an Dramatik gewonnen. In Vorbereitung auf diese Debatte habe ich mir am gestrigen Tage sehr interessiert einen Artikel in "Der Welt" durchgelesen, die weiß Gott nicht dafür bekannt ist, eine Zeitung zu sein, die pausenlos Artikel im Sinne der deutschen Sozialdemokratie verfasst, in dem Folgendes zu lesen war:

"Denn Studiengebühren sind ein Auslaufmodell. Nur Niedersachsen und Bayern erheben noch die Beiträge. [...] Auf dem Parteitag am Wochenende hatte Seehofer die CSU als Partei der 'kleinen Leute' dargestellt. Er zweifelte bereits vernehmbar, ob die Studiengebühren richtig eingesetzt werden."

Meine Damen und Herren von der CDU in Hamburg, was Ihre Kollegen in Bayern begriffen haben, sollten auch Sie endlich nachholen.

(Beifall bei der SPD)

Mit der Rücknahme der Studiengebühren ermöglichen wir in Hamburg wieder mehr Chancen- und Bildungsgerechtigkeit, denn Studiengebühren, das ist oft betont worden, sind sozial ungerecht, sie stellen eine unzumutbare finanzielle Belastung dar. Jungen Menschen muss unabhängig von ihren finanziellen Mitteln der Zugang zu Hochschulen ermöglicht werden. Deshalb ist die Abschaffung der Studiengebühren ein zentraler und elementarer Schritt.

(Beifall bei der SPD)

Mit der Einführung der Studiengebühren haben viele Hamburger Hochschulen, durchaus auch, weil sie durch das Gesetz dazu verpflichtet wurden, eine Kultur der Beteiligung der Studierenden bei der Entscheidung über die Verwendung dieser Mittel entwickelt. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und für den Hamburger Senat ist wichtig, das, was an sinnvoller Beteiligungskultur an den Hamburger Hochschulen gewachsen ist, auch über die Abschaffung der Studiengebühren hinaus bei der Entscheidung über die Verwendung der Kompensationsmittel zu erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Um hierfür einen möglichen verbindlichen Weg aufzuzeigen, hat die SPD-Fraktion diesen Antrag, der Ihnen zur Beschlussfassung vorliegt, formuliert, und ich will sehr eindringlich für das Petition werben. Worum geht es im Einzelnen? Es geht darum, dass alle Gruppen an den Hochschulen in geeigneter Weise in die Entscheidungsprozesse über Maßnahmen zur Verbesserung von Studium und Lehre einzubeziehen sind. Dabei soll insbesondere darauf hingewirkt werden, dass die an

den Hochschulen erreichte Beteiligungskultur zwischen den Allgemeinen Studierendenausschüssen und den Hochschulleitungen zukünftig gewahrt und sichergestellt bleibt. Wichtig war uns in diesem Kontext, dass wir eine gewisse Verbindlichkeit im Berichtswesen erreichen. Deshalb will ich ausdrücklich auch den zweiten Punkt unseres Petitionums hervorheben, der die Hochschulen verpflichtet, in ihren Jahresabschlüssen künftig die Verwendung der Kompensationszahlungen für die Verbesserung von Studium und Lehre klar, transparent und für das Parlament nachvollziehbar darzustellen.

Zum Schluss möchte ich auf den Zusatzantrag der GRÜNEN eingehen. Einer seiner Hauptaussagen ist, dass die Kompensationszahlungen für alle Zeiten kapazitätsneutral bleiben sollten. Diesen Punkt muss man dem Plenum ein wenig genauer erklären, insbesondere wenn Sie mit ihm ausdrücken wollen – falls ich Sie richtig verstehe, Frau Dr. Gümbel –, dass in der Vergangenheit alle Einnahmen aus Studiengebühren ausschließlich in die Verbesserung von Lehre und Studium geflossen seien. Das war mitnichten so, das ist auch in der Sitzung des Haushaltsausschusses letzte Woche noch einmal sehr deutlich geworden, denn auch die Hamburger Hochschulen haben aus Studiengebühren Rücklagen gebildet. Ob diese Kompensationsmittel, die nun Teil der Globalzuweisung werden, künftig kapazitätslastig werden sollten, ist eine Diskussion, die in zwei, drei oder vier Jahren zu führen sein wird. Im Moment steht sie nicht an, denn jetzt sind die Mittel noch kapazitätsneutral. Ob das aber auch künftig so bleiben soll und bleiben muss, diese Diskussion sollte sich das Parlament offen halten. Deshalb ist dem Petition der GRÜNEN aus unserer Sicht nicht zuzustimmen. Ich bitte Sie also um große Zustimmung für den Antrag der SPD-Fraktion. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die Debatte.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Kleibauer.

(*Jan Quast SPD:* Ja, ich stimme zu, oder?)

Thilo Kleibauer CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Man muss bei diesem Thema bei Ihnen immer anpassen, dass sich keine Legenden entwickeln. Ursprünglich hatten Sie doch einmal gesagt, es werde großzügige Kompensationszahlungen geben; das hat auch Frau Stapelfeldt immer so vertreten. In den Beratungen im Haushaltsausschuss und im Wissenschaftsausschuss ist aber klar geworden, dass die Kompensation der Studiengebühren für die allermeisten Hochschulen ein Minusgeschäft ist.

(*Jan Quast SPD:* Wo haben Sie das denn her?)

(Thilo Kleibauer)

– Das haben Ihnen einige Hochschulen konkret vorgerechnet,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Alle! – Jan Quast SPD: Das habe ich bei der Kanzlerin der Universität ganz anders vernommen!)

am deutlichsten vielleicht die HAW.

Dazu kommt, dass Sie die Kompensation anhand von Durchschnittswerten aus der Vergangenheit berechnen und völlig außer Acht lassen, dass wir im letzten Semester, im vorletzten Semester und im aktuellen Semester deutlich steigende Studierendenzahlen hatten und haben. Insofern ist das ein Minusgeschäft für die Hochschulen,

(Beifall bei der CDU)

ein Minusgeschäft, das sie teuer erkaufen müssen. Die Hochschulen haben zwar Budgetsicherheit bis 2020, aber diese Sicherheit besteht darin, dass ihr Budget nicht steigt

(Dora Heyenn DIE LINKE: Genau!)

und Tarifierhöhungen nicht ausgeglichen werden. Das bedeutet doch im Endeffekt: Die Hochschulen zahlen bis 2020 die Zeche für ein SPD-Wahlgeschenk von 2011, und zwar über ein wachsendes Defizit. Insofern ist das, was Sie hier machen, reine Legendenbildung.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass die Hochschulen gesagt haben, wenn wir jetzt mehr Geld bekommen, wollen wir das aber auch im Globalbudget haben. Das sind überwiegend keine zweckgebundenen Mittel mehr, Herr Kühn, die konkret für eine Verbesserung der Studienbedingungen da wären, sondern das sind Gelder, die in den nächsten Jahren im Endeffekt dafür eingesetzt werden – und Ihre Behörde hat sich auf diesen Deal der flexiblen Nutzung eingelassen –, dass das Defizit nicht ganz so groß wird. Das ist sozusagen eine Summe zur Defizitvermeidung an den Hochschulen, das bringt die Hochschulen aber nicht nach vorn. Wie gesagt, das ist ein Minusgeschäft.

Man muss noch einmal zurückschauen, Sie haben selber ein wenig die Historie der Studiengebühren angesprochen. Seit 2007 ist über die Studiengebühren eine Summe von 200 Millionen Euro an die Hochschulen geflossen, und diese 200 Millionen Euro sind überwiegend – wenn Sie sich die aktuellen Rücklagen anschauen, sind 90 Prozent der Mittel ausgezahlt worden – ganz konkret in die Verbesserung der Studienbedingungen vor Ort investiert worden. Uns war immer wichtig, dass die Studenten dabei eingebunden wurden. Aber diese Geschäftsgrundlage entfällt jetzt mit Ihrem Konstrukt, bei dem die Kompensationszahlung ins Globalbudget eingeht.

Stichwort Verbesserung der Studienbedingungen. Wenn man fragt, wie die Situation jetzt aussieht

– Sie haben doch selber genug Kontakte in den Hochschulen –, dann stellt man Folgendes fest: Leistungen werden wieder gekürzt, Stellen werden nicht besetzt, Öffnungszeiten bei Bibliotheken werden nicht wie geplant verlängert, Angebote werden nicht wie geplant verlängert, werden kostenpflichtig. Und die Universität weist auf ihrer Homepage explizit darauf hin, dass das daran liegt, dass die Kompensationsmittel nicht ausreichend seien. Diese Geschichte können Sie uns nicht erzählen, dass das den Hochschulstandort nach vorne bringt, Herr Kühn.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist Ihr Antrag auch ein ziemlich plumper Versuch, sich irgendwie ein Alibi zu verschaffen. Wir haben das Gesetz im Herbst letzten Jahres beraten. Herr Dressel hat damals im Gesetzgebungsverfahren per Pressemitteilung lautstark verkündet, dass man sich für die Beteiligung der Studenten einsetzen werde. Und jetzt, sozusagen zum Semesterstart, nachdem Sie die Hochschulvereinbarung abgeschlossen haben, aus der klar hervorgeht, wie sich die Budgets zusammensetzen, was die Hochschulen dürfen und was nicht und wer ihnen reinreden darf, fällt Ihnen das wieder ein und Sie kommen mit so einem weich formulierten Antrag daher; das ist ein Alibi.

Ich möchte auch noch etwas zur sozialen Komponente sagen. Sie schaffen die Studiengebühren ab und senken nahezu zeitgleich die Anzahl der Studienanfängerplätze. Das finde ich sehr merkwürdig. Sie argumentieren damit, dass Sie Barrieren einreißen wollen, damit mehr junge Menschen studieren können, begünstigen aber im Endeffekt größtenteils diejenigen, die jetzt schon studieren, und bauen neue Barrieren auf, weil nach Ihren Planungen weniger Studienanfängerplätze zur Verfügung stehen. Das passt nicht zusammen.

Ich habe da ein Zitat von Ihnen gefunden, Frau Stapelfeldt, das Sie uns an dieser Stelle im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen mit auf den Weg gegeben haben – ich zitiere –:

"Mehr Chancengerechtigkeit entsteht nicht nur, indem wir die Studiengebühren abschaffen und damit den Zugang zu den Hochschulen ohne Barrieren möglich machen, sondern wir brauchen auch einen tatsächlichen Ausbau der Studienplätze."

Halten Sie Wort, Frau Stapelfeldt, und machen Sie nicht weniger als ein Jahr danach das komplette Gegenteil.

(Beifall bei der CDU)

Und, Herr Kühn, Ihr Motto des Tages ist ja wohl: Von Bayern lernen heißt siegen lernen.

(Philipp-Sebastian Kühn SPD: Das habe ich nie behauptet!)

(Thilo Kleibauer)

– Ich habe es in einem Satz zusammengefasst.

Ihr Aufhänger war ein Halbsatz aus "Der Welt", von dem Sie dachten, man könne ihn vielleicht so interpretieren. Ich glaube, wenn die SPD dieses Motto schon früher beherzigt hätte – von Bayern lernen heißt siegen lernen –, dann stünde sie in den Umfragen wohlmöglich ein wenig anders da. Ich will das nicht werten, aber schauen Sie sich bitte auch an, was für eine Budget- und Planungssicherheit Hochschulen in Bayern haben und was für eine Budgetsicherheit sie unter Ihrem Senat in Hamburg haben. Das muss man auch mit abwägen, und da wäre ich ganz, ganz vorsichtig, Vergleiche mit Bayern zu ziehen.

Weiter zum Thema Bayern: Bayern ist eines der ersten Bundesländer, das einen Gesetzentwurf zur Neuregelung der W-Besoldung für Professoren vorgelegt hat. Ihr Senat prüft noch, wie sich dieses Urteil vom Februar denn so auswirkt. Komisch, dass andere Bundesländer da schon viel weiter sind und konkrete Gesetzgebungsverfahren gestartet haben. Bayern ist eines der Bundesländer, das etwas vorgelegt hat und auch bereit ist, den Universitäten einen Teil der Mehraufwendungen zu erstatten. Das hat Ihr Senat komplett ausgeschlossen. Insofern, lieber Herr Kühn, seien Sie mal ganz, ganz vorsichtig, was Bayern angeht, und wenn Sie schon vergleichen, dann nicht nur in einem Punkt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält nun Frau Dr. Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin meinen beiden Vordnern ausdrücklich dankbar für ihre Redebeiträge. Wenn es auch ein bisschen länger gedauert hat, Herr Kühn, bis Sie zu Ihrem eigentlichen Antrag gekommen sind, so haben Sie doch sehr schön dargelegt, dass auch Sie ein Jahr, nachdem Sie die Studiengebühren abgeschafft haben, endlich an die Beteiligung der Studierenden gedacht haben.

Ich muss Ihnen aber sagen, dass Sie in der Tat unseren Antrag völlig falsch verstanden haben, und will Sie gerne aufklären. Wir denken, dass die Mittel tatsächlich gewidmet werden müssen. Sie schreiben in Ihrem Vortext, dass Sie diese Regelung gestrichen haben; das finden wir falsch. Wir glauben, dass die Kompensationsmittel nach wie vor dem besseren Studium und der Lehre gewidmet werden müssen, und da komme ich auf Herrn Kleibauer zurück. Ich bin ihm sehr dankbar, dass er ausgeführt hat, warum wir das so wichtig finden. Es tritt in der Tat genau das ein, was Herr Kleibauer ausgeführt hat – ich weiß nicht, Herr Kühn, ob Sie am parlamentarischen Abend im UKE teilgenommen haben, denn dann wüssten Sie zumin-

dest, dass die die Hochschulvereinbarung noch nicht unterschrieben haben –, dass das Globalbudget die Hochschulen selbstverständlich dazu verführt, ihre sinkenden Einnahmen mit den Kompensationszahlungen für die Studiengebühren zu verrechnen. Und das führt dazu, dass sich Studium und Lehre verschlechtern. Wir wissen, dass sich die Seminargrößen negativ verändern, wir wissen, dass der Betreuungsschlüssel in den Kleingruppen höher angesetzt und die Betreuung schlechter wird et cetera pp.; ich will das nicht im Einzelnen ausführen. Aber wenn man sich auf die Fahnen geschrieben hat, dass sich der Studienerfolg in Hamburg weiter verbessern muss, was wir in Bezug auf Bachelor und Master erreicht haben, dann darf man keine Einschnitte bei Studium und Lehre hinnehmen, wie Sie das tun, wenn Sie ein Globalbudget auslegen und dieses gleichzeitig schrumpfen lassen. Stiege das Globalbudget, wäre es vielleicht noch etwas anderes, aber so führt es dazu, dass diese Mittel nicht gewidmet werden. Deshalb haben wir unseren Antrag so geschrieben, wie wir ihn geschrieben haben. Wir glauben, dass nur mit einer direkten Widmung der Mittel die Beteiligung der Studierenden an der Entscheidung über ihre Verwendung sichergestellt werden kann, und das halten wir für sehr wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben hier schon oft über die Abschaffung der Studiengebühren debattiert, und das ist nach wie vor auch der einzige Punkt, den Sie in diesem Bereich vorzuweisen haben. Das ist wenig angesichts der Tatsache ...

(Philipp-Sebastian Kühn SPD: Was ist denn jetzt mit Max-Planck-Institut und so weiter?)

– Das sind alles Sachen, die schon angeschoben waren und hauptsächlich auf Bundesebene laufen.

Was also die Schwerpunktsetzung Ihrer Hochschulpolitik angeht, so ist das eindeutig die Abschaffung der Studiengebühren. Sie sagen, damit würden Barrieren abgeschafft. Das finden wir aus sozialpolitischen Gründen gut und richtig, nur – darauf weisen wir immer wieder hin – was nutzt die Abschaffung der Studiengebühren denjenigen, die in Hamburg studieren wollen, aber keinen Studienplatz bekommen, weil Sie die Anfängerquote absenken? Das finden wir nicht nur bedauerlich, sondern – ich muss es in jeder Debatte mit Nachdruck wiederholen – wir halten das für den falschen Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb können wir uns Ihrem sehr weichgespülten Antrag, die Hochschulen aufzufordern, mit den Studierenden über die Mittelverwendung zu reden, ohne dass das festgeschrieben wäre, in keiner Weise anschließen. Wir lehnen das ab und fordern von Ihnen die Unterstützung unseres Antrags, den wir weiterführender und richtiger finden. Studium

(Dr. Eva Gümbel)

und Lehre müssen ein sehr wichtiger, geschützter Bereich sein, damit die Studierenden – zumindest die wenigen, die Sie noch zulassen – einen guten Studienerfolg haben können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt nun Herr Dr. Schinnenburg.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieser Antrag der SPD ist der verzweifelte Versuch einer Regierungsfraktion, die fehlgeschlagene Politik der eigenen Senatorin zu korrigieren; das ist Gegenstand dieses Antrags.

(Beifall bei der FDP)

Schon die Stichworte in der Überschrift sind eine Entlarvung der Senatorin. Gehen wir sie einmal der Reihe nach durch.

Da ist zunächst der Begriff Aufrechterhaltung. Wann will man etwas aufrechterhalten? Antwort: Wenn man eine Veränderung verhindern will, die ins Schlechte geht. Da haben Sie natürlich recht; bisher geht ja alles ins Schlechte, und die Aufrechterhaltung des Zustandes, der vor der Zeit von Senatorin Stapelfeldt war, ist eine gute Idee; aber möglicherweise meinen Sie das gar nicht. Aber, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, wenn Sie sehen, dass es schief läuft, warum haben Sie das dann alles mitgemacht, warum verhindern Sie diese falsche Politik nicht? Aufrechterhaltung wendet sich gegen die Senatorin. Sie zeigen damit selber, dass Sie die Politik der Senatorin falsch finden.

Zweiter Begriff: Sie mahnen eine Beteiligungskultur an. Mein Eindruck ist, dass die Senatorin nicht viel von Beteiligung hält.

Erstes Beispiel dazu – das diskutieren Sie gerade selber –: Die Senatorin hat die Beteiligung der Studierenden an der Mittelverwendung abgeschafft.

Zweites Beispiel: Die Beteiligung der Hochschulen an der Budgetentwicklung wurde ebenfalls abgeschafft. Stattdessen gibt es Knebelverträge, die eine Steigerung von 0,88 Prozent festschreiben. Sie können ganz sicher sein, dass die Hochschulen das nur unterschrieben haben, weil die Alternative war, mit noch weniger auskommen zu müssen. Das hat nichts mit Beteiligung zu tun, das ist ein Spardiktat, das die Hamburger Hochschulen sehr schädigen wird und auch schon geschädigt hat. Es bedeutet weniger Professorenstellen, weniger Studienanfängerplätze und so weiter.

Drittes Beispiel: Auch von einer ausreichenden und angemessenen Beteiligung der Bürgerschaft scheint die Senatorin nicht viel zu halten. Es gab einen nicht beratungsfähigen Haushaltsentwurf und Tischvorlagen im Wissenschaftsausschuss.

Ich glaube, kein Senatsvertreter hat die Bürgerschaft so schlecht an den Haushaltsberatungen beteiligt wie diese Senatorin, was schließlich sogar zu einem Abbruch der Beratungen im Haushaltsausschuss führte. Beteiligungskultur betrifft nicht nur den Punkt, den Sie erwähnen, das ist generell ein großes Manko bei dieser Senatorin.

Erster Punkt zur Abschaffung der Studiengebühren: Herr Kühn sagte uns, das wäre eine ganz tolle Sache, und Frau Gümbel sagte es auch. Aber das Ergebnis ist, dass die Hochschulen weniger Geld haben. Eine Steigerung von 0,88 Prozent bei einer Inflationsrate von 1 oder 2 Prozent bedeutet – das kann jeder ausrechnen – eine reale Auszehrung.

Zweiter Punkt: Wer Studiengebühren abschafft, schafft damit auch jeden Anreiz für die Hochschulen ab, mehr Studienplätze zu schaffen; das Ergebnis sehen wir. Die Kompensation, die Sie eingeführt haben, ist eben nicht dynamisch, sie ist – das wurde schon ausgeführt – anhand früherer Studentenzahlen berechnet worden. Die Hochschulen haben kein Interesse daran, mehr Studienplätze zu schaffen, ganz im Gegenteil, sie werden dafür bestraft, wenn Sie mehr Studienplätze schaffen. Das ist absolut kontraproduktiv.

Dritter Punkt: Die Abschaffung der Studiengebühren ist unsozial. Wenn Sie Studiengebühren abschaffen, finanzieren Arbeiter den Akademikern ihre Ausbildung. Das ist doch nicht sozial, das ist höchst unsozial.

Vierter Punkt: Eine gezielte Hilfe für ärmere Studierwillige ist doch besser als kostenloses Studium für alle. Anstatt gezielt Menschen zu helfen, die sich ein Studium nicht leisten können, verteilen Sie das Geld mit der Gießkanne. Das ist eine Verschwendung von Steuergeldern.

Fünfter Punkt – das wurde nur angedeutet –: Herr Kühn, Sie mögen die Hoffnung haben, dass keine Kapazitätswirksamkeit eintritt; ich sage Ihnen, sie tritt ein. Wir werden es erleben – es passiert schon –, dass sich Studenten aufgrund dieser Gesetzesänderung einklagen. Wir werden mehr Studenten haben, ohne dass das Budget steigt, und damit eine reale Auszehrung der Hamburger Hochschulen. Das ist das Ergebnis der Abschaffung der Studiengebühren, wie Sie es gemacht haben.

Meine Damen und Herren! Herr Kühn, Sie wollen die Politik Ihrer Senatorin reparieren. Das ist durchaus ehrenhaft, aber Sie wissen ja: Bei einem Totalschaden hilft keine Reparatur mehr. Wir werden den Antrag ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Frau Heyenn.

(*Finn-Ole Ritter* FDP: Schlaflos in Hamburg!)

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben zwei Anträge auf der Tagesordnung. Vier Rednerinnen und Redner haben vor mir gesprochen, aber zu den Anträgen hat kaum einer etwas gesagt. Wir haben einen Rundumschlag zur Hochschulpolitik gehört, über das Pro und Kontra von Studiengebühren bis hin zur Wohnungssuche von Studierenden. Aber worum es eigentlich geht, dazu ist bisher kaum etwas gesagt worden; ich will das einmal versuchen.

Die SPD schreibt in ihrem Antrag, sie rege dazu an,

"[...] alle Gruppen in den Entscheidungsprozess über die an der Hochschule beabsichtigten Maßnahmen zur Verbesserung von Studium und Lehre einzubeziehen."

Da frage ich mich natürlich, was einbeziehen eigentlich heißt.

Außerdem ist die Rede davon,

"[...] dass die an den Hochschulen erreichte Beteiligungskultur zwischen den Allgemeinen Studierendenausschüssen und den Hochschulleitungen auch in Zukunft bei allen Maßnahmen zur Verbesserung von Studium und Lehre [...] in angemessener Weise sichergestellt wird."

Da geht es nicht um die Senatorin, Herr Schinnenburg, da geht es um die Beteiligungskultur der Studierenden. Sicherstellen heißt, so, wie es ist, soll es bleiben. Das kann ich nun überhaupt nicht nachvollziehen, denn in den letzten zehn Jahren wurden die Möglichkeiten der Hochschulmitglieder, sich an der Ausgestaltung zu beteiligen, drastisch beschnitten; das müssten Sie doch auch wissen. Das Bundesverfassungsgericht hat das Hamburgische Hochschulgesetz für teilweise verfassungswidrig erklärt, und warum? Weil maßgebliche Mitwirkungs- und Kontrollrechte nach Ansicht der Karlsruher Richter fehlen. Auch die Evaluation des Hamburgischen Hochschulgesetzes rügt die mangelnde Demokratie an den Hamburger Hochschulen, bezeichnet die Beteiligung der Fakultäten als unzureichend, bemängelt, dass selbst die Mitglieder des Akademischen Senats zu sehr auf Stellungnahme- und Mitwirkungsrechte reduziert würden und fordert eine Aufwertung und Neuordnung der sogenannten dritten Ebene unter den Fakultäten.

Wie sehen die Fakten aus? In Paragraph 91, Fakultätsrat, des Hamburgischen Hochschulgesetzes steht – ich zitiere –:

"In jeder Fakultät wird ein Fakultätsrat gewählt, in dem die Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer über die absolute Mehrheit der Sitze und Stimmen verfügt [...]"

Zu den vier Gruppen gehören die Professoren, die Studierenden, das akademische Personal sowie das technische, das Bibliotheks- und das Verwaltungspersonal. Wir fordern eine echte Mitbestimmung,

(Beifall bei der LINKEN)

und das bedeutet, dass keine Gruppe alle anderen überstimmen können darf. Das fordert auch die GEW. Das ist für uns echte Mitbestimmung, und davon sind wir in den Hamburger Hochschulen Lichtjahre entfernt.

(Beifall bei der LINKEN – *Philipp-Sebastian Kühn* SPD: Darum geht es hierbei aber nicht! Es tut mir leid, Sie haben das Thema verfehlt!)

– Darum geht es, es geht um Beteiligungskultur. Das ist für uns Mitbestimmung und nicht so ein Krimskrams.

Auch die GRÜNEN reden in ihrem Antrag von mitbestimmen und mitentscheiden und warnen sogar vor einem Zurückdrängen studentischer Mitwirkungsmöglichkeiten, wenn die Studierenden bei der Verteilung der Kompensationsmittel nicht angemessen beteiligt werden. Und so sah die Beteiligung der Studierenden an der Entscheidung über die Verwendung der Studiengebühren aus. An der Universität Hamburg beispielsweise war sie von Fakultät zu Fakultät und selbst innerhalb der Fakultäten sehr unterschiedlich geregelt. Der AStA hat dann bemängelt, dass es an einer einheitlichen Struktur und Begründungen für die einzelnen Maßnahmen fehle und forderte eine bessere Transparenz ein.

Einige Beispiele aus den Fachbereichen. Beim Fachbereich Betriebswirtschaftslehre zum Beispiel war die Beteiligung an der Verteilung der Studiengebühren folgendermaßen: Dem Ausschuss für Lehre und Studium, der über die Verwendung von Studiengebühren im Fachbereich vorbereitend diskutiert, gehören vier studentische Vertreter an. Die finale Entscheidung trifft der Fachbereichsvorstand auf der Basis der Empfehlungen des Ausschusses, und dort ist ein Studierender stimmberechtigt. Im Fachbereich Sozialwissenschaften gehören dem neunköpfigen Ausschuss für Lehre, Studium und Studienreform wiederum vier Studierende an. Die endgültige Entscheidung trifft der Fachbereichsvorstand, und auch hier ist wieder ein Studierender beteiligt. In der Rechtswissenschaft gibt es nur eine Arbeitsgruppe, in der Studierende die Möglichkeit hatten, ihre Ideen bezüglich der Verwendung von Studiengebühren einzubringen. Und so ähnlich ist es beim UKE, der HAW und in der Koordinierungsgruppe der TUHH.

In all diesen institutionalisierten Gruppen können Studierende überstimmt werden, und ein Vetorecht gibt es in keiner Hochschule. Wenn ich die Anträge lese und die Diskussionen höre, dann wird immer

(Dora Heyenn)

so getan, als ob die Studierenden die ganze Zeit über die Verwendung der Mittel entschieden hätten. Das ist aber überhaupt nicht der Fall, denn entschieden haben andere.

In der Großen Anfrage der SPD aus der letzten Legislaturperiode zur Verwendung der Studiengebühren ist Folgendes in Bezug auf die Universität Hamburg nachzulesen – ich zitiere –:

"Die Studiengebühren werden an der Universität Hamburg in drei Etats ("Aktionen") aufgeteilt: Aktion I 'Fakultätsübergreifende Maßnahmen auf zentraler Ebene' (15 Prozent)"

Das waren früher 15 Prozent der Mittel, heute sind es 20 Prozent.

"Aktion II 'Einmalige fakultätsübergreifende Maßnahmen auf zentraler Ebene und einmalige Maßnahmen auf Fakultätsebene (15 Prozent),"

Das waren früher 15 Prozent und jetzt sind es 10 Prozent.

"Aktion III 'Maßnahmen auf Fakultätsebene' (65 Prozent). Weitere 5 Prozent werden für den zentralen Overhead einbehalten."

Kürzlich gab es ein Treffen des Universitätspräsidenten mit dem AStA über die Verwendung der Kompensationsmittel, weil Gott sei Dank die Studiengebühren weggefallen sind. Und der AStA wurde dann vom Unipräsidenten über die Vorentscheidung des Präsidiums informiert. Das Präsidium hat Folgendes bezüglich der Kompensationsmittel festgestellt: Erstens werden Mittel als Sicherheit zurückgestellt, zweitens bindet das dauerhaft beschäftigte Personal erhebliche Mittel, und drittens bleibt ein Restbetrag und über den kann dann entschieden werden.

In dem Gespräch wurde verdeutlicht, dass der unter drittens aufgeführte Restbetrag 15 Prozent von 20 Millionen Euro der Kompensationsmittel an der Uni Hamburg ausmacht. Diese Summe von 3 Millionen Euro, bezogen auf den Gesamthaushalt von 288 Millionen Euro, macht gerade einmal 1,04 Prozent aus. Wir von der LINKEN fordern echte Mitbestimmung, und zwar für den gesamten Etat und nicht nur für plus/minus 1 Prozent.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch in der Evaluation des Hamburgischen Hochschulgesetzes wird mehrfach gerügt, dass die Verteilung der Finanzmittel sowohl auf der zentralen Ebene als auch innerhalb der Fakultäten intransparent sei. Die Kriterien, nach denen die Mittelverteilung erfolgt, seien nicht hinreichend bekannt, und die Einzelfallentscheidungen würden teilweise überhaupt nicht kommuniziert.

Wir fordern den Senat auf, endlich eine Novellierung des Hamburgischen Hochschulgesetzes vor-

zulegen, in dem die Mitbestimmungsrechte für alle Gruppen an den Hochschulen verankert werden; das wird allerhöchste Zeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern den Senat auch auf, endlich das Personalvertretungsgesetz zu ändern, damit die Personalräte an den Hochschulen die Wirtschaftspläne nicht erst zu Gesicht bekommen, wenn sie im Haushaltsplan abgedruckt sind. DIE LINKE fordert eine Re-Demokratisierung der Hochschulen und kein Weitergewurschtel mit angemessenen Wirkungsmöglichkeiten. Wir lehnen die Anträge der SPD und der GRÜNEN ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Zunächst zum Antrag der GRÜNEN Fraktion aus Drucksache 20/5605.

Wer den annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? –Damit ist dieser Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Nun zum Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 20/5510.

Wer möchte diesen beschließen? – Die Gegenprobe. –Enthaltungen? – Das ist dann mehrheitlich so beschlossen worden.

Wir kommen zu Punkt 55, Drucksache 20/5499, Antrag der CDU-Fraktion: Gegen den Kita-Schwindel: keine Absenkung von Qualitätsstandards zur Finanzierung von Wahlversprechen – Senat muss Verträge mit Kita-Trägern einhalten.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Gegen den Kita-Schwindel: keine Absenkung
von Qualitätsstandards zur Finanzierung von
Wahlversprechen – Senat muss Verträge mit
Kita-Trägern einhalten
– Drs 20/5499 –]**

Wir waren uns einig, dass diese Drucksache jetzt auf der Tagesordnung steht. Oder gibt es da Einwände? Dann machen wir weiter.

Die SPD-Fraktion möchte die Drucksache gern an den Kinder-, Familien- und Jugendausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Herr de Vries, bitte.

Christoph de Vries CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit der Umsetzung des Kita-Sofortpakets hat der Senat im Sommer letzten Jahres den Verpflegungsanteil für das Mittagessen in den Kitas vollständig abgeschafft, den berühm-

(Christoph de Vries)

ten 1 Euro pro Tag, der gezahlt wurde, wohlgermerkt gerade einmal ein Viertel der Kosten, die für das Mittagessen anfallen. Damit hat der Senat eines seiner vielen kostspieligen Wahlgeschenke eingelöst.

(Vizepräsidentin Kersten Artus übernimmt den Vorsitz.)

Wir als CDU haben damals als einzige politische Kraft in Hamburg vor kurzfristigen Wohltaten gewarnt

(*Finn-Ole Ritter FDP: Wir auch!*)

und wegen der Abschaffung des Essensgeldes dem Kita-Sofortpaket die Zustimmung verweigert. Ich erinnere mich noch gut daran, wie das in der Debatte in diesem Hause verächtlich abgetan wurde.

Unsere politische Leitlinie war und ist der Ausbau der Kindertagesbetreuung. Die Verbesserung der Qualitätsstandards und der Betreuung der Kinder haben Vorrang vor sympathieträchtigen Beitragsentlastungen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich mir die aktuelle Diskussion so anschau, die wir jetzt führen, dann sollten sich Senator Scheele und die SPD hieran ein gutes Beispiel nehmen, denn mittlerweile hat auch der Senat festgestellt, dass das Geld bei der angespannten Haushaltslage nicht reicht, um diese umfangreichen und kostspieligen Wahlgeschenke zu finanzieren. Jetzt wird versucht, das Geld für diese angebliche Wohltat still und heimlich, und zwar auf dem Rücken der Träger und auch der Kinder, wieder hereinzuholen. Die Träger sollen nun die SPD-Wahlgeschenke bezahlen.

"Der Senat ist dabei, eine Bruchlandung mit seinen Wahlgeschenken hinzulegen."

(Beifall bei der CDU und bei *Christiane Blömeke GRÜNE*)

Das Zitat kommt nicht von mir, es kommt von einem langjährigen Kollegen aus Ihrer Fraktion, Herr Dressel. Herr Werner Dobritz hat das am 21. September im "Hamburger Abendblatt" gesagt. Ich kann nur sagen, recht hat er. Und Senator Scheele entwickelt sich allmählich zum größten Bruchpiloten des SPD-Senats.

(Beifall bei der CDU)

Stets wurde verkündet, dass die Einlösung der Wahlversprechen und der Wahlgeschenke nicht zu Qualitätseinbußen führen würde. Doch jetzt wird nicht einmal davor zurückgeschreckt, Vertragsbruch zu begehen, denn der Landesrahmenvertrag, der zwischen der Behörde und den Verbänden geschlossen wurde, gilt bis zum 1. Januar 2015.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Ja!*)

Er konkretisiert die gesetzlichen Vorgaben und dient vor allen Dingen der Qualitätssicherung. Und wie jeder weiß, steigen die Kosten nicht nur für uns, für die Privathaushalte, sie steigen natürlich auch für die Kitas. Die Stromkosten nehmen zu, die Mieten steigen und nicht zuletzt steigen auch die Gehälter der Mitarbeiter für ihre gute Arbeit, die sie dort leisten. Um diesen Qualitätsstandard zu halten, sieht der Vertrag eine notwendige Anpassung der Entgelte vor, die die Kita-Träger dann über die Gutscheine erhalten. Vereinbart und errechnet wurde für dieses Jahr eine Steigerung von 2,1 Prozent, und dies ist in dem Vertrag auch zugesagt. Aber hiervon will die Behörde jetzt nichts mehr wissen, stattdessen wird von den Trägern eine dauerhaft niedrigere Vergütung gefordert.

Wie soll das konkret eingelöst werden? Bei der Konkretisierung zeigt sich der Senat sehr kreativ, nämlich kreativ zulasten der Qualität. Der Essensgeldzuschuss soll um 1 Euro pro Kind und Tag gekürzt werden. Das ist genau jener Euro, der den Eltern letztes Jahr vom Senat geschenkt wurde.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Woher nehmen Sie eigentlich Ihre ganzen Informationen?*)

– Das sage ich Ihnen gleich.

Es ist dreist, sich jetzt den 1 Euro pro Tag und Kind, den die Eltern letztes Jahr geschenkt bekommen haben, bei den Kita-Trägern und zulasten der Essensqualität wieder zurückholen zu wollen.

(Beifall bei der CDU und bei *Christiane Blömeke GRÜNE*)

Es gibt einen Grundsatz, den der Senat beherzigen sollte, den schon alle Kinder kennen: Geschenk ist geschenkt, wiederholen ist gestohlen. So geht es jedenfalls nicht.

(Beifall bei der CDU)

Die Kreativität geht noch weiter. Es soll an den Personalkosten gespart werden. Man könnte erfahrene Kollegen durch jüngere ersetzen, denn die seien doch günstiger. Wir als CDU-Fraktion wollen, dass die Mitarbeiter für ihre wertvolle und anständige Arbeit auch vernünftig bezahlt werden, dass die Tarifsteigerungen auch von den Kita-Trägern bezahlt werden können und dass es an dieser Stelle keine Einbußen gibt.

(Beifall bei der CDU und bei *Christiane Blömeke GRÜNE* und *Finn-Ole Ritter FDP*)

Aber nun erwartet der Senat Verständnis für diese Maßnahme. Aus der Sozialbehörde verlautete, als wir das alles aufgedeckt hatten, dass der Kita-Bereich von vielen zusätzlichen Millionenausgaben profitiert hätte und nun anerkennen müsse, dass die Stadt keine Schulden mehr machen könne. Aber ich sage ganz klar, dass das eine Täuschung der Wähler ist. Geschäftsgrundlage war und ist die Schuldenbremse, und die wurde zum 1. August

(Christoph de Vries)

2009 eingeführt, also vor mehr als drei Jahren. Das heißt, der Senat hat in voller Kenntnis der finanzpolitischen Rahmenbedingungen zum einen das Essensgeld zum 1. August letzten Jahres abgeschafft und zum anderen auch noch die fünf-stündige Kita-Grundbetreuung zum 1. August 2014 beschlossen. Das heißt, kostspielige Wahlgewchenke wurden eingelöst, obwohl die Vorgaben der Schuldenbremse längst bekannt waren und längst galten und eigentlich kein Geld mehr im Haushalt übrig war.

Zusammengefasst: Für die Kür gibt der Senat mit vollen Händen aus, und bei der Pflicht muss dann gespart werden, weil nichts mehr übrig ist. Das ist kein ordentliches Regieren, und das ist erst recht keine verantwortungsvolle Politik.

(Beifall bei der CDU und bei *Christiane Blömeke GRÜNE*)

Während der Senat seinerseits diese Pläne öffentlich rechtfertigt, versucht die SPD-Fraktion wiederum, alles abzustreiten. Das ist wirklich bemerkenswert. In einer Pressemitteilung vom 18. September wird verkündet, was die Opposition in den letzten Tagen gesagt hätte, entspreche schlicht nicht der Wahrheit. Eine Kürzung der Sachkostenpauschale und infolgedessen eine Absenkung der Zuschüsse für das Mittagessen seien nicht geplant. Warum sind denn genau diese Vorschläge den Trägern unterbreitet worden und wieso finden dann jetzt Schlichtungsgespräche statt? Sie bezichtigen damit implizit die Wohlfahrtsverbände der Lüge. Ich erwarte schon von Senator Scheele, dass er heute einmal klarstellt, ob diese Gespräche stattgefunden haben oder nicht; so geht es jedenfalls nicht.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir das kurz zusammenfassen, bedeutet es, dass die SPD entweder nicht weiß, was der Senat tut, oder dass es sich umgekehrt verhält und der verzweifelte Versuch unternommen wird, diesen beabsichtigten Vertragsbruch zu decken. Beides wäre ein Desaster und beides wäre indiskutabel.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen mit dem Antrag, den wir heute eingebracht haben, dass der Senat sich vertragstreu verhält und sich hanseatisch als guter Vertragspartner erweist, das heißt, dass die geschlossenen Vereinbarungen bis zum Ende der Laufzeit und ohne Abstriche eingehalten werden. Wir fordern mit dem Antrag, dass der Essensgeldzuschuss von 4,50 Euro pro Tag und Kind nicht abgesenkt wird und er unangetastet bleibt. Wir wollen auch keine Absenkung der Personalentgelte, weil die Mitarbeiter wertvolle Arbeit leisten, die wir von ihnen verlangen, und dafür auch das gute Recht haben, anständig bezahlt zu werden. Die Kita-Träger müssen auch in die Lage versetzt werden, diese Gehaltssteigerungen zu zahlen, erst recht, wenn der Bürgermeister ansonsten durch die Stadt rennt

und überall sagt, die Mitarbeiter müssten anständig und gut bezahlt werden. Das gilt erst recht und in erster Linie für die Mitarbeiter in den Kitas.

Wir wünschen uns, dass die SPD und der Senat heute einmal Farbe bekennen und diese Angelegenheit geraderücken, und das, was Sie angerichtet haben, öffentlich diskutiert wird. – Danke.

(Beifall bei der CDU und bei *Christiane Blömeke GRÜNE*)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Thimm, Sie haben das Wort.

Carola Thimm SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Einen Kita-Schwindel hat es während der Regierungszeit der CDU und der GAL gegeben,

(*André Trepoll CDU:* Das kann ja keiner mehr hören!)

und zwar so schwerwiegend, dass eine erfolgreiche Volksinitiative daraus hervorging, so eindeutig, dass die frühere Senatorin Schnieber-Jastram am 13. April 2010 im "Hamburger Abendblatt" mit den Worten zitiert wird, adressiert an ihren Nachfolger Herrn Wersich – ich zitiere –:

"Es ist schwierig, in Koalitionsverhandlungen erst große Versprechen zu geben und dann einen Rückzieher zu machen."

– Zitatende.

(Beifall bei der SPD – *Christiane Blömeke GRÜNE:* Das passt ja gut auf die SPD!)

Das war der Kita-Schwindel. Im Koalitionsvertrag von CDU und GAL wurde der Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung für Kinder ab zwei Jahren vereinbart und eine verlässliche Betreuung von Kindern bis 14 Jahre, auch in den Ferienzeiten – Zitat: –

"Es soll geprüft werden, wie durch Anpassung der Gebührenstruktur Familien, die jetzt durch die Gebühren abgeschreckt werden, bewegt werden können, ihre Kinder in die frühe Förderung einer Kinderbetreuungs-einrichtung zu geben."

Das ist nicht das Regierungsprogramm der SPD, was viele jetzt vielleicht denken könnten, das ist der Koalitionsvertrag von CDU und GAL. Und das Ergebnis ist: Sie haben in allen drei Punkten kläglich versagt.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben das Gegenteil dessen getan, was Sie versprochen hatten, man erinnere sich nur an die Gebührenerhöhung. Herr Wersich hatte hier für die Exekutive Verantwortung, und die damalige GAL-Fraktion mit Herrn Kerstan an der Spitze hat

(Carola Thimm)

das Ganze so engagiert wie vergeblich zu rechtfertigen versucht.

Der CDU geht es mit ihrem Antrag nicht um eine inhaltliche Debatte zum Landesrahmenvertrag, der CDU geht es allein um Vergangenheitsbewältigung.

(Beifall bei der SPD)

Die Regularien des Landesrahmenvertrags werden eingehalten. Die Schiedsstelle wird Anfang November zusammentreffen,

(*Mehmet Yildiz DIE LINKE*: Warum denn die Schiedsstelle?)

und wir halten uns nicht nur an die Regularien des Gesetzes und des Vertrags, wir halten uns zudem an das, was wir vor der Wahl versprochen haben und mit dem Landeselternausschuss, dem LEA, vereinbart haben.

(*Dietrich Wersich CDU*: Das sieht er aber anders!)

Die maßlosen Gebühren für Kita und Kindertagespflege – hören Sie zu, das ist spannend – haben wir zurückgenommen.

(Beifall bei der SPD)

Das Essensgeld haben wir abgeschafft.

(Beifall bei der SPD)

Den Rechtsanspruch bis zum vollendeten 14. Lebensjahr haben wir wiederhergestellt, Beitragsfreiheit im vorschulischen Jahr auch für die Kann-Kinder geschaffen und den Rechtsanspruch ab zwei Jahren bereits umgesetzt, versprochen und gehalten.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Frau Thimm, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Yildiz?

Carola Thimm SPD (fortfahrend): Nein.

Wir investieren weiter in die frühe Bildung und ihre Qualität. Ab Januar 2013 erhalten rund 300 Kitas, die pädagogisch besonders gefordert sind, eine um 24 Prozent verbesserte Ausstattung des Erziehungspersonals im Elementarbereich. Das ist Kita-Plus und das ist ein Plus an Qualität.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem Doppelhaushalt 2013/2014 werden wir die ab August 2014 beitragsfreie fünfständige Betreuung inklusive Mittagessen für alle Kinder beschließen, wie vereinbart.

(Beifall bei der SPD)

Andere halten Sonntagsreden über die finanzielle Entlastung, insbesondere der Familien, wir schaffen Entlastung – einfach, direkt und messbar.

(Beifall bei der SPD – *Olaf Ohlsen CDU*: Das ist eine Montagsrede!)

Uns geht es um die gesellschaftliche Integration und gerechte Bildungschancen auch für Kinder mit Migrationshintergrund.

(*Robert Heinemann CDU*: Und wir wollen Rückenwind auf allen Fahrradwegen!)

Wenn es um die Ablehnung des Betreuungsgeldes geht, so sind wir uns mit nahezu allen gesellschaftlichen Kräften einig, mit den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, ebenso mit Wirtschafts- und Sozialforschern.

(Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU*: Sagen Sie doch mal etwas zu den Kürzungen!)

– Ich merke, es fällt schwer zuzuhören. Nur der CDU-Fraktionsvorsitzende Wersich drückt sich seit Monaten um eine klare Positionierung.

(Beifall bei der SPD – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Und Betreuungsgeld!)

Die Regierungszeit der verschiedenen CDU-Senate hat für Hamburgs Familien bedeutet: Büchergeld in der Schule, Studiengebühren an der Uni und Gebührenerhöhung in den Kitas und Horten. Die CDU ist die Partei der Bildungsgebühren; Sie können Großstadt eben nicht, Herr Wersich.

(Beifall bei der SPD)

Gegenwärtig tagt die Vertragskommission zu den Entgeltsteigerungen, wohlgemerkt, dem Umfang der Steigerungen. Die Schiedsstelle ist angerufen, ein im Landesrahmenvertrag vorgesehenes Instrumentarium.

(*Dietrich Wersich CDU*: Wenn man sich nicht einigen kann!)

Entschieden wird über ein Gesamtentgelt pro Kita-Gutschein, nicht über Preise für das Essen oder Tarifsteigerungen. Das weiß die CDU auch besser, als es in ihrem Antrag steht.

(*Dietrich Wersich CDU*: Also doch Kürzungen!)

Wir haben hier aber nichts zu verbergen und können im zuständigen Ausschuss darüber gern noch einmal reden, wenn es der Klarheit dient. Versichern kann ich Ihnen aber, dass die SPD weiterhin alles für frühe Bildung und Chancengleichheit unserer Kinder und Familien tun wird. Wir halten unser Wort. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Blömeke, Sie haben das Wort.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Was wollen Sie da noch sagen!)

Christiane Blömeke GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben wieder das Phänomen, wenn die Argumente dünn sind, ist der Applaus bei der SPD umso länger; das haben wir vorhin schon bemerkt.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und bei Norbert Hackbusch DIE LINKE)

Aber all das Klatschen kann nicht über die dünnen beziehungsweise fehlenden Argumente hinwegtäuschen. Die SPD wirft der CDU Vergangenheitsbewältigung vor oder Probleme damit, und Frau Thimm's einzige Argumente bestehen darin, dass sie in einem Koalitionsvertrag von vor fünf Jahren gräbt

(Dr. Andreas Dressel SPD: Den die GRÜNEN auch mit unterschrieben haben!)

und immer wieder die Kita-Gebührenerhöhung heranzieht. Wir waren uns vor der Wahl längst alle einig, dass das kein richtiger Schritt war, das wollten wir auch zurücknehmen. Aber Ihnen gehen die Argumente aus. Ich habe schon öfter beobachtet, dass, wenn die Luft dünner wird und die Argumente ausgehen, in der nächsten Runde, nachdem Sie die Kita-Gebühren abgeföhstückt haben, Ihre angeblichen Kita-Wohltaten aufgeföhrt werden. Gebetsmöhlenartig, egal, wer hier vorne steht, wird dann zitiert, wie viel Gutes doch die SPD den Familien tue. Dass wir da anderer Ansicht sind, habe ich schon sehr oft gesagt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber ihr habt mitgestimmt bei den Geböhren!)

Aber der Gipfel an Hilflosigkeit, Herr Dressel, ist doch, dass Frau Thimm sich eines Zitats einer Ex-Senatorin bedient, Frau Schnieber-Jastram, das diese irgendwann einmal in einer Zeitung zu Herrn Wersich gesagt hat. Das ist für mich der Gipfel an Hilflosigkeit, weil Sie keine Argumente haben, mit denen Sie rechtfertigen können, dass Sie die Refinanzierung nicht übernehmen können.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wer sagt denn das?)

Wenn Sie sagen, es sei schwierig, in Koalitionsvereinbarungen – das hat Frau Schnieber-Jastram angeblich gesagt – erst große Versprechen zu geben und dann einen Rückzieher zu machen, dann trifft das auf die SPD genauso zu. Sie haben nämlich versprochen, die Qualität der Kitas nicht abzusinken.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wir steigern sie auch!)

Und durch die Weigerung, jetzt die Refinanzierung zu übernehmen, passiert genau das, nämlich eine Absenkung der Qualität; dazu komme ich gleich noch.

Eigentlich ist dieser Antrag im Ganzen hochgradig peinlich.

(Beifall bei Antje Möller GRÜNE)

– Noch nicht klatschen.

Peinlich ist er nicht für die CDU, sondern er ist peinlich für eine Partei wie die SPD, die die Rechte der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen immer wie eine Fahne vor sich her trägt und auch noch Gewerkschaftsvertreter in der Runde sitzen hat.

(Arno Münster SPD: Was soll das denn! Das darf doch wohl nicht wahr sein!)

Der Antrag ist peinlich, Herr Münster, er ist eine Bankrotterklärung, die tariflich vereinbarten Lohnsteigerungen in der sozialen Arbeit nicht zu übernehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und bei Norbert Hackbusch DIE LINKE)

Es ist entweder bewusst gespielte Naivität, oder der Bürgermeister und sein Senat brechen in der Tat das Wort. Davon würde ich eher ausgehen, denn Sie haben versprochen, die Qualität in den Kitas nicht abzusinken, auch wenn Sie kostenlose Kitas finanzieren wollen. Aber Fakt ist, dass genau das Gegenteil passiert. Die Sozialbehörde will die Kita-Träger zu einem strukturellen Konsolidierungsbeitrag verpflichten. Sie soll – das hat Herr de Vries richtig ausgeführt – auf einen Teil ihrer vertraglich vereinbarten Entgeltsteigerung für Personal- und Sachmittel verzichten. Und in diesem Jahr will die Sozialbehörde damit 5 Millionen Euro einsparen.

(Dietrich Wersich CDU: Hört, hört!)

– Hört, hört, es ist schon erstaunlich.

Mit diesem Kurs nimmt die SPD Verschlechterungen bei der Qualität billigend in Kauf. Die Kitas werden wahrscheinlich nicht diese Summe beim Personal erbringen. Das wollen sie natürlich nicht und es wäre auch schwierig. Aber irgendwo muss das Geld doch herkommen. Da werden Abstriche gemacht bei den Sachmitteln, nicht nur beim Mittagessen, wie die CDU meint, sondern auch bei Ausflügen, Projekten oder Anschaffungen und eventuell auch beim Mittagessen.

Das ist eine Politik, die die Kinder und Familien direkt trifft. Es ist auch kein Wunder, dass der LEA, der Landeselternausschuss, inzwischen deutlich vom Senat abgerückt ist. Ihre tolle Vereinbarung bekommt nämlich so langsam massive Risse und Brüche, und das erkennt auch der LEA.

Ich möchte ganz deutlich festhalten, dass gemeinsam festgestellte Steigerungsraten, die vertraglich

(Christiane Blömeke)

vereinbart sind, kein Luxus sind, sondern dazu dienen, tarifliche Lohnsteigerungen und allgemeine Preissteigerungen – zum Beispiel Lebensmittel- oder Energiekosten, das sagte Herr de Vries – aufzufangen. Und wer das nicht übernimmt, gibt eine Bankrotterklärung gegenüber den Rechten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und vor allen Dingen gegenüber der Qualität in den Kitas, die abgesenkt wird, ab. Das geht meiner Ansicht nach so nicht.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass das nicht nur im Kindertagesbereich der Fall ist. Wir reden hier zwar nur über die Kitas, aber dieser Senat, Sozialsenator Scheele, weigert sich auch, die Tarifsteigerungen und die Refinanzierungen im Jugendhilfebereich zu übernehmen. Das heißt, wir werden dasselbe Problem mit den Steigerungsraten in der Jugendhilfe haben, wenn die nicht übernommen werden. Herr de Vries, hier hätte ich Ihren Antrag gern noch ergänzt, aber das können wir später noch machen. Auch die Jugendhilfeträger stehen vor der Frage, ob sie Personal entlassen, was nicht geht, oder ob sie ihre Qualität absenken. Das bedeutet auch Einschnitte im Jugendhilfebereich.

Das Getue der SPD, das immer wieder herausgehört wird, dass ihr die Jugendhilfe wichtig sei und die Qualität in der Kita heilig, wird für mich zusehends unerträglich, wenn wir Vorgänge wie diese einmal etwas näher durchleuchten.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und bei Karin Prien CDU)

Meine Damen und Herren! Laufende Verträge sind rechtsverbindlich und müssen von allen Vertragspartnern eingehalten werden. Aber erstaunlicherweise gilt dieser Grundsatz angeblich nicht für die SPD-Fraktion und auch nicht für den Senat. Ich wundere mich, Frau Thimm, woher Sie nun die Weisheit nehmen zu sagen, alles sei gut und die Schiedsstelle werde es schon richten. Sie verletzen einseitig den Kita-Landesrahmenvertrag.

Dieser Bruch ist auch nicht mit der Schuldenbremse zu rechtfertigen. Ein Schiedsgericht hätte man gar nicht benötigt, wenn Sie mit Ihrer Fraktion und Ihrem Senator gesagt hätten, das sei Ihr Landesrahmenvertrag, den hätten Sie ausgehandelt und an den würden Sie sich selbstverständlich halten. Jetzt können Sie doch nicht einfach sagen, dass alles ganz prima sei und Sie sich an alles halten würden und die Schiedsstelle es schon richten werde. Diese Argumentation ist so dünn, dass sie eigentlich gar nicht mehr existiert.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Wer behauptet, ordentlich zu regieren – und das macht die SPD ständig –, der muss auch den Anspruch an sich selbst stellen, Prioritäten zu setzen – das wird von der SPD immer wieder gesagt –

und andere Bereiche nachrangig behandeln. Aber genau deswegen ist es ein Armutszeugnis, denn die Kita ist schließlich von der SPD als Schwerpunkt ihrer Arbeit erklärt worden. Es ist ein Armutszeugnis, wenn man sich bei seinem eigenen Schwerpunkt durch die Hintertür wieder Einsparpotenziale sucht. Herr Schmidt, so ist das aber im Kita-Bereich.

Da das Schiedsstellenverfahren noch läuft, haben Sie immer noch Zeit, Ihren Kurs zu korrigieren. Ich möchte Sie an dieser Stelle auffordern, das zu tun und nicht zu warten, bis die Schiedsstelle entscheidet. Wir fordern Sie auf, den Landesrahmenvertrag, wie es sich gehört, ohne Wenn und Aber einzuhalten und vor allen Dingen Ihre Wahlversprechen weder mit Einbußen bei der Kita-Qualität noch mit Kürzungen bei der Jugendhilfe zu finanzieren. Auch das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Christoph de Vries CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Ritter, Sie haben das Wort.

Finn-Ole Ritter FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Thimm – vielleicht nehme ich Sie da ein bisschen in Schutz oder entschuldige Sie –, Sie sind 1:1 dem Bürgermeister gefolgt, indem Sie nichts zum Thema sagen und viel drumherum reden.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das stimmt doch gar nicht! Sie hat alles beantwortet! – Gegenruf von Dietrich Wersich CDU: Nichts zur Gegenwart, nur zur Vergangenheit!)

– Nein, Herr Dressel, ich erkläre es doch gleich, warten Sie doch einmal ab.

Wir fangen ganz von vorn an, bei den Wahlgeschenken. Die SPD und der Senat lassen sich seit Monaten feiern, sie hätten das kostenlose Mittagessen geschaffen und die fünfständige Betreuung sei bald kostenfrei. Darüber haben sich im ersten Moment natürlich alle Eltern gefreut, doch sie haben sich anscheinend zu früh gefreut, denn jetzt wird klar, wer die Zeche zahlt. Das ist die Qualität in den Kitas und das sind die Kinder unserer Stadt.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Um die teuren Wahlgeschenke, wie wir vorhin gehört haben, zu finanzieren, soll der Landesrahmenvertrag zwischen Stadt und Kita-Trägern nachverhandelt werden. Wenn Frau Thimm sagt, es gäbe eine Vertragskommission, die dafür vorgesehen sei, dann hat sie durchaus recht. Aber sie hätte gar nicht angerufen werden müssen, wenn diese ganzen Wahlgeschenke überhaupt nicht zustande gekommen wären. Dann hätten wir nämlich alles so

(Finn-Ole Ritter)

lassen können, wie es ist. Dass das nicht zulasten der Qualität der Kindertagesbetreuung geht, glauben doch mittlerweile kein Bürger und keine Bürgerin mehr.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt kommt das Totschlagargument des Senats, die Geschäftsgrundlage habe sich halt durch die Schuldenbremse verändert. Herr Scheele, das ist Ihr Hauptargument. Den Vertrag mit den Kita-Trägern zu brechen, ist aber keine logische Konsequenz, sondern eine falsche Prioritätensetzung.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Wir als Bürgerschaft insgesamt fordern mehr Plätze, und zwar möglichst schnell. Dafür brauchen aber die Träger auch Rechts- und Planungssicherheit. In Hamburg, der Stadt des ehrbaren Kaufmanns, sollte das doch eine Selbstverständlichkeit sein, Herr Scheele. Verträge, und dazu gehören auch die Landesrahmenverträge, sind einzuhalten. Die Einsparvorschläge des Senators sind hanebüchen und gehen zulasten der Qualität.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ich möchte das einmal ein bisschen plastisch darstellen. Beim Thema Essen sieht der Senator anscheinend, wenn man das richtig gehört und verstanden hat, Einsparpotenzial. Wir entlasten die Eltern, so der Slogan nach der Wahl, um 1 Euro, kostenloses Mittagessen für alle Kinder in Hamburg; auch wir haben übrigens gefordert, das nicht so umzusetzen, Herr de Vries. Dafür wird jetzt auf der anderen Seite in der Vertragskommission – und es ist die Schiedsstelle angerufen worden – darüber verhandelt und gesagt, Leute, ihr könnt doch den 1 Euro jetzt wieder sparen, und so holen Sie sich Ihr Geld für die Wahlgeschenke zurück. Das ist nicht seriös und das geht so nicht.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Das Mittagessen ist nicht nur allein ein Mittagessen, sondern es ist in vielen Kitas Teil des pädagogischen Konzepts und wichtig für alle Kinder, besonders aber für diejenigen aus sozial benachteiligten Stadtteilen. Wer schon zu Hause kein frisch gekochtes Essen kennenlernt, sollte das zumindest in der Kita.

Zweite Empfehlung des Senats: Er empfiehlt einen Personalmix, ein weiser Hinweis – sagt man das so, Herr Dressel? – des Senats, doch jüngere Arbeitnehmer zu nehmen, die seien günstiger als die älteren.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wenn es denn so ist, wie Sie sagen!)

– Wir sind hier nicht im Ausschuss. Ich rede noch zu Ende, dann können wir nachher noch einmal sprechen.

Leider können sich die Kitas im Zuge des Fachkräftemangels nicht auswählen, Herr Scheele, ob sie lieber ältere oder jüngere Arbeitnehmer einstellen. Sie sind froh, wenn sie überhaupt Arbeitnehmer bekommen. Der Fachkräftemangel bei den Erzieherinnen und Erziehern in Deutschland ist vorhanden. Die Behörde betont zwar immer, dass es genug Erzieherinnen auf dem Markt gäbe, aber in jeder Kita, mit der ich in der Praxis draußen spreche, Herr Scheele, ist das Gegenteil der Fall. Ausschreibungen, Werbekampagnen, Folge: keine einzige Bewerbung. Wie sollen die Kitas bei ihrem Personal auswählen und jüngere Arbeitnehmer an sich ziehen?

Meine Damen und Herren! Die FDP steht zur Schuldenbremse. Den Landesrahmenvertrag aufzukündigen ist aber keine Notwendigkeit, die mit der Schuldenbremse zu begründen ist. Es wären ausreichend Mittel vorhanden, wenn Sie, liebe Kollegen der SPD, die richtigen Prioritäten setzen würden. Um darüber noch einmal ausführlich zu sprechen, stimmen wir einer Überweisung an den Ausschuss zu.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Yildiz, Sie haben das Wort.

Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Thimm, meine Vordner haben es schon gesagt, aber ich möchte es noch einmal wiederholen: Eine Schiedskommission ruft man an, wenn man getroffene Vereinbarungen nicht einhält. Leider hält der Senat einseitig die Vereinbarungen mit den Kita-Trägern nicht ein, und deswegen ist die Schiedskommission angerufen worden.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das stimmt nicht!)

Ich möchte auch zur CDU einiges sagen. Dass der Antrag, der hier gestellt worden ist, von der CDU kam, hat mich gewundert. Die CDU hat sich in ihrer Regierungszeit nach monatelangen Diskussionen einen Ruck gegeben, dass die Landesrahmenvereinbarung gemacht wird. Und dass Sie sich jetzt, nachdem das nicht eingehalten wird, dafür stark machen und auch stark machen für den Bereich Erziehung, das freut mich natürlich. Wir werden Ihren Antrag unterstützen und mit an den Ausschuss überweisen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie sich die Situation unserer Erzieherinnen und Erzieher angucken, dann sind es fast zwei Drittel Teilzeitbeschäftigte. Ich habe letztes in der Kita, in die mein

(Mehmet Yildiz)

Sohn geht, eine Erzieherin gefragt, was sie verdiene, und die Antwort hat mich schockiert. Sie verdient als alleinerziehende Mutter 1200 Euro. Davon muss sie Miete zahlen, für die Kinder sorgen und noch vieles andere machen. Sie ist leider auch Aufstockerin, und das hängt damit zusammen, dass die Erzieherinnen und Erzieher in diesem Bereich, die eine tolle Arbeit machen, nicht gut bezahlt werden. Die Tariferhöhung würde zumindest einen minimalen Beitrag dazu leisten, dass diese Erzieherin und auch andere Erzieherinnen ein bisschen mehr haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben in der Aktuellen Stunde über die HSH Nordbank, die Elbphilharmonie und so weiter diskutiert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Elbphilharmonie hatten wir eine Vereinbarung von 70 Millionen Euro, jetzt kostet sie uns 500 Millionen Euro. Da wird nicht diskutiert, wir hätten die Schuldenbremse beschlossen und Sie würden da keinen Cent ausgeben, sondern da müssen Sie das Geld ausgeben. Aber 11 Millionen Euro für unsere Tausenden von Erzieherinnen und Erziehern, die eine tolle Arbeit machen, finden Sie zu viel. Das geht nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie den Vertrag nicht beibehalten und die Tariferhöhung nicht finanzieren, wird das Folgendes für die Erzieher und auch für die Kinder bedeuten: Die Qualität wird sich verschlechtern, der Betreuungsschlüssel steigt, und hauptsächlich leiden darunter unsere Kinder und die Beschäftigten. Wenn Sie sich nur den Krankenstand allgemein angucken, dann ist er im Erzieherbereich doppelt so hoch. Das hat auch mit den Arbeitsbedingungen zu tun, die diese Erzieherinnen und Erzieher haben.

(Glocke)

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Herr Yildiz, entschuldigen Sie die Unterbrechung. Ich bitte, die Gesprächsgruppen im hinteren Raum des Plenarsaals aufzulösen. – Fahren Sie bitte fort.

Mehmet Yildiz DIE LINKE (fortfahrend): – Danke schön.

Nun wollen Sie noch die Qualität des Essens senken. Sie haben selbst in Ostdeutschland gesehen, was es bedeutet, wenn das Essen nicht qualitativ hochwertig ist. Gleichzeitig wird dieses gemeinsame Essen in der Kita nicht nur im Sinne von satt werden, sondern auch als ein pädagogisches Konzept gesehen. Eine Absenkung der Qualität könnte Folgen haben wie in Ostdeutschland, dass sehr viele irgendwann einmal durch diese Massenproduktion erkranken.

Die Kolleginnen und Kollegen aus der VKSG – das ist ein Tochterunternehmen der Vereinigung –, die dieses Essen zubereiten, verdienen in der Regel so wenig, dass sie aufstocken müssen. Noch einmal das Essensgeld abzusenken, würde bedeuten, dass diese Beschäftigten noch weniger verdienen, wo sie sowieso schon unter Tarif bezahlt werden. Daher dürfte nicht darüber diskutiert werden, diese Essensgeldpauschale von 4,50 Euro auf 3,50 Euro zu reduzieren.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christiane Blömeke* GRÜNE)

Wir haben die Forderung, die im Landeselternausschuss beschlossen worden ist, mit unterstützt. Wir haben immer unterstützt, dass der Verpflegungsanteil abgeschafft worden ist, dass der Rechtsanspruch auf eine Betreuung in der Kita für Kinder ab zwei Jahren fünf Stunden beträgt und dass Kürzungen, die der schwarz-grüne Senat eingeführt hat, zurückgenommen worden sind. Wir möchten, dass es nicht wieder auf Kosten der Kinder, der Beschäftigten und der Menschen, die in dieser Stadt sowieso wenig haben, geht. Daher fordern wir Sie auf, den Landesrahmenvertrag einzuhalten und den Trägern zu signalisieren, dass es finanziert wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christiane Blömeke* GRÜNE)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Senator Scheele, Sie haben das Wort.

Senator Detlef Scheele: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hier muss ein bisschen Ordnung hineingebracht werden.

(Beifall bei der SPD)

Hier findet gerade eine kleine Märchenstunde statt.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

– Ich mache das jetzt einmal.

(*Christiane Schneider* DIE LINKE: Die wichtigste Aufgabe des Senators!)

Es gibt einen Landesrahmenvertrag. Darin gibt es ein Indexmodell, mit dem gerechnet wird, und da kommen 2,1 Prozent heraus. Das stimmt, aber es gibt keinen Automatismus. Wir haben auch im letzten Jahr nicht das gezahlt, was sich errechnet hat, sondern einen Sockelbetrag und einen Einmalbetrag im Einvernehmen. Dieser Automatismus, der hier die ganze Zeit behauptet wird, existiert aus Sicht des Senats nicht, und somit liegt auch kein Vertragsbruch oder sonst irgendetwas vor.

(Beifall bei der SPD)

Die Schiedskommission ist ein Instrument in diesem Landesrahmenvertrag, wenn sich Träger und Behörde im Rahmen des Verhandlungsprozesses

(Senator Detlef Scheele)

über die Ausgestaltung der Steigerungsrate nicht einigen können. Sie ist letztes Jahr angerufen worden, sie wird auch in anderen Vertragskommissionen angerufen. Das ist ein üblicher Vorgang, insbesondere dann, wenn das Geld klamm ist; das will ich durchaus sagen. Am Ende gibt es einen Schiedsspruch, und wir haben von Anfang an gesagt, dass wir als Behörde diesen Schiedsspruch akzeptieren. Wir werden gegen diesen Schiedsspruch nicht angehen, sondern ihn annehmen.

(Beifall bei der SPD)

Der Vorsitzende der Schiedskommission hat jetzt zu mündlichen Verhandlungen eingeladen, was ein Signal dafür ist, dass er nicht davon ausgeht, dass dieser Automatismus, der hier behauptet wird, besteht, sondern es wird jetzt verhandelt. Wir haben unsere Unterlagen eingereicht, und wir werden sehen, was am Ende des Tages dabei herauskommt.

In dem Zusammenhang möchte ich noch der Mär entgegentreten, die hier die ganze Zeit vorgetragen wird, ich hätte irgendwo gesagt, man solle Jüngere statt Älterer einstellen. So ein Quatsch. Das ist nie über meine Lippen gekommen und wird es auch nicht, weil es gar nicht geht. Man kann nämlich keine älteren Kollegen entlassen, um jüngere einzustellen. So ein Blödsinn geht im deutschen Arbeitsrecht gar nicht, und das ist auch vom Hamburger Arbeitssenator nie gesagt worden.

Es gibt aber etwas, was Sie wahrscheinlich meinen, nur nicht sagen: Wenn man ein so erfolgreiches Krippen- und Kita-Ausbauprogramm hat wie wir, dann müssen die Träger neu einstellen, und sie stellen vorzugsweise Erzieherinnen und Erzieher ein, die gerade von der Ausbildung kommen. Der Tarifvertrag sieht vor, die Gehälter nach Erfahrungsstufen zu staffeln, und wer nicht gearbeitet hat, hat eine niedrige Erfahrungsstufe und wird niedrig bezahlt. Daraus ergibt sich im Mix eine niedrigere Entlohnung über alle. Das ist ein tarifvertraglicher Automatismus, und auf den und auf nichts anderes haben wir im Haushaltsausschuss hingewiesen. Das ist auch Bestandteil unserer Argumentation in der Vertragskommission.

(*Finn-Ole Ritter FDP: Beim Essensgeld?*)

Auch die Träger sagen, über mehrere Jahre könne das stimmen, was wir sagen. Der Vorsitzende prüft das jetzt, und dann werden wir sehen, was dabei herauskommt. Aber ich würde hier gerne klarstellen, dass nie über meine Lippen gekommen ist, es sollten Jüngere statt Älterer eingestellt werden, sondern ich habe auf den Mechanismus hingewiesen,

(*Robert Heinemann CDU: Was heißt das denn?*)

der aus den Erfahrungsstufen im geltenden Tarifvertrag resultiert. Ansonsten wird über drei Be-

standteile verhandelt, über das Teilentgelt Gebäude, das Teilentgelt Sachkosten – ein Bestandteil ist das Kita-Essen – und über das Teilentgelt Personal. Über alle haben wir 1,25 Prozent Steigerung angeboten. Es ist alles gegenseitig deckungsfähig, und niemand wird bei diesem Vertragsangebot gezwungen, am Kita-Essen zu sparen. Darüber können wir jetzt im Ausschuss weiterreden, denn wir sind sehr damit einverstanden, dass das überwiesen wird. Dann gibt es Gelegenheit, sich weiter dazu auszutauschen. Aber so ein paar Richtigstellungen nach den ganzen Geschichten, die hier eben erzählt wurden, muss man aus Sicht des Senats doch einmal machen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Senator Scheele, ich möchte Sie noch darauf hinweisen, dass Sie zweimal den parlamentarischen Sprachgebrauch erheblich überstrapaziert haben. Bitte mäßigen Sie sich da künftig etwas.

(Beifall bei *Tim Golke DIE LINKE*)

Herr de Vries, Sie haben das Wort.

Christoph de Vries CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Senator, die Art und Weise, wie Sie hier mit reiner Juristerei auf die Vorredner eingegangen sind, zeigt eindeutig, dass Sie sich heute Abend ertappt gefühlt haben. Das haben Sie mit Ihrer Rede bewiesen.

(Beifall bei der CDU)

Mit Verlaub, wir haben das nicht aus der Luft gegriffen. Wir haben uns mit den Verantwortlichen bei den Trägern unterhalten. Die Empörung über das Vorgehen Ihrer Behörde, von den vertraglichen Vereinbarungen abrücken zu wollen, ist allenthalben groß, und das Verständnis, das Sie hier zu verbreiten versucht haben, besteht überhaupt nicht. Das ist keine gute Art, wie man in Hamburg unter Vertragspartnern miteinander umgeht, und dabei bleibt es auch.

(Beifall bei der CDU)

Warum hat man denn das Ganze gemacht? Das wissen wir aus unserer Regierungszeit. Das hat man gemacht, weil wir natürlich wissen, dass es jedes Jahr Preissteigerungen gibt. Mal gibt es ein Risiko für die Stadt, dass man nicht verhandelt, weil sie höher sein könnten, und mal gibt es eines für die Träger, wenn man so einen Mechanismus beschließt. Aber man hat gesagt, man schaffe Planungssicherheit für mehrere Jahre, die es den Trägern erlaube, die Kostensteigerungen auszugleichen.

Auf eines sind Sie nicht eingegangen, Sie haben nicht gesagt, wie Sie inhaltlich dazu stehen, was denn die Kitas machen müssten, wenn sie ihre Position durchsetzen wollen. Während Ihre Fraktion

(Christoph de Vries)

das immer noch leugnet, haben Sie es im Grunde weiterhin gerechtfertigt und gesagt, dann sollte die Kita einmal gucken, was sie dann mache. Beim Personal müsse sie nichts machen, das würden Sie auch nicht teilen, aber bei den Sachkosten. Was sind denn die Sachkosten? Das ist das Essen, das ist auch als Vorschlag Ihrer Behörde angesprochen worden. Und ich sage Ihnen ganz klar: Deswegen ist es auch Wahlbetrug, denn wenn die Eltern gewusst hätten, dass als Konsequenz der Abschaffung des Essensgeldes die Qualität des Essens ihrer Kinder zu leiden hat, dann hätte niemand Ihnen die Stimme dafür gegeben, und das wissen Sie auch ganz genau. Deswegen haben Sie es auch erst hinterher gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind immerhin froh, dass wir das im Ausschuss weiterbehandeln. Meine Befürchtung ist allerdings, dass Sie es natürlich nur als Verzögerung nutzen, bis der Spruch der Schiedskommission gefallen ist. Ich prophezeie, dass er nicht in Ihrem Sinne ausgehen wird. Das wünsche ich mir auch, und das wünsche ich vor allen Dingen den Eltern, den Kindern und den Kitas in Hamburg.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Blömeke, Sie haben das Wort.

Christiane Blömeke GRÜNE: Ich würde auch gerne noch ganz kurz etwas dazu sagen, weil ich nicht finde, dass Ihr Beitrag, Herr Senator Scheele, hier großartig Ordnung hineingebracht hat. Ich kann verstehen, dass Sie noch einmal klarstellen wollten, dass das mit den jüngeren und älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht über Ihre Lippen gekommen ist, aber Ordnung hineinbringen heißt in der Tat auch Argumente bringen. Es bleibt der Fakt, dass Sie gesagt haben, Sie würden 0,8 Prozent anbieten,

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das stimmt doch gar nicht! 1,25 Prozent!)

und über Ihre Lippen ist zumindest der Satz gekommen, Sie möchten freie Träger nicht besser stellen als die Mitarbeiter in Ihrer Behörde. Das fand ich schon sehr eigenartig in unserem Ausschuss, Beamte und Behördenmitarbeiter jetzt mit freien Trägern zu vergleichen, die schon seit Jahren im Landesrahmenvertrag ihre Entgeltsteigerung aushandeln, und natürlich sind die dann erst einmal fix. Dieser Landesrahmenvertrag ist ein Vertrag zwischen Senat und den Trägern. Sie haben sich richtig gut drum herumgeschlängelt, wie ich das jetzt schon öfter erlebt habe, indem Sie sagen, man würde sich irgendwo einigen, dann aber die Verantwortung von sich weisen. Es ist Ihnen, so hört man es heraus, relativ egal, wie die Träger mit der Reduzierung klarkommen und wo sie dann

reduzieren. Ein bisschen erinnert mich das in der Tat an die Kürzung im Jugendhilfebereich in der offenen Kinder- und Jugendarbeit, wo Sie auch sagen, der Senat kürze zwar um 3,5 Millionen Euro, aber das hätten jetzt die Bezirke zu verantworten.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das ist in dem Gesetz so vorgesehen!)

Sie sind da raus, Sie lehnen sich zurück und haben nur die Order gegeben, 3,5 Millionen Euro zu kürzen, und die Bezirke sollen zusehen, wie sie das schaffen.

Genauso ist es jetzt bei der Nichtübernahme der Refinanzierung. Sie sagen, 2,1 Prozent gebe es nicht, Sie bieten 0,8 Prozent an; vielleicht einigt man sich irgendwo in der Mitte und nach Ihnen die Sintflut. Ihnen ist es egal, was dann in der Kita passiert. Ich hätte mir auch gewünscht, dass Sie sagen, wie die Träger das umsetzen sollen. Was ist denn Ihr Vorschlag, ist es wirklich der, beim Mittagessen zu kürzen? Das haben Sie dementiert. Dann bleiben nur noch die anderen Sachmittel, und das geht zulasten der Kinder. Das muss man als Senator auch einmal deutlich benennen, das hätte Ordnung hineingebracht, aber nicht Ihr Herumlavieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Robert Heinemann CDU*)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Ritter, Sie haben das Wort.

Finn-Ole Ritter FDP: Wenn der Senator hier seine Rechenbeispiele exemplarisch für uns bildlich darstellt, bin ich angehalten, das für uns auch noch einmal richtig darzustellen. Der Senator hat gesagt, man könne außerhalb mit der Vertragskommission verhandeln, wo Sie gerade bei der Schiedsstelle gelandet sind. Sie haben kein Angebot von 0,8 Prozent, sondern von 1,2 Prozent gemacht, wenn ich Sie richtig verstanden habe.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* 1,25!)

– 1,25 Prozent sogar. Herr Dressel, danke für die Richtigstellung.

Wenn ich davon ausgehe, dass dieser Index geschaffen wurde, um Inflation und Lohnsteigerungen auszugleichen, und ich von einer Inflation von über 2 Prozent ausgehe – bei den Lohnsteigerungen wissen Sie selbst, wie hoch diese waren –, dann komme ich mit 1,2 Prozent nicht hin. Das heißt also, dass in den drei Teilentgelten gekürzt werden muss. Habe ich das richtig verstanden? Das heißt also, es geht zulasten der Qualität, weil in dem ganzen Baustein, wie Frau Blömeke gerade richtig erwähnt hat, an einzelnen Stellen gekürzt werden muss, da man insgesamt eine Steigerung von 1,2 Prozent hat, die Inflation aber über 2 Prozent liegt und auch die Tarifsteigerungen über

(Finn-Ole Ritter)

2 Prozent betragen. Also muss man irgendwo einsparen, und das geht definitiv zulasten der Qualität in den Kitas.

(Beifall bei der FDP – *Dirk Kienscherf SPD*: Woher wissen Sie denn das?)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor, also kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/5499 an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 53 auf, Drucksache 20/5483, Antrag der GRÜNEN Fraktion: Entscheidungen der Kreditkommission stärker demokratisch legitimieren und besser kontrollieren.

[Antrag der GRÜNEN Fraktion: Entscheidungen der Kreditkommission stärker demokratisch legitimieren und besser kontrollieren – Drs 20/5483 –]

Diese Drucksache möchte die GRÜNE Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen. Die SPD-Fraktion möchte die Drucksache mitberatend an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Tjarks, Sie haben es.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Seit dem Jahr 2000 hat die Kreditkommission Bürgschaften über 140 Millionen Euro in Hamburg vergeben. Sie hat dies immer hinter verschlossenen Türen getan, und wenn man Bilanz zieht, dann stellt man fest, dass die Ausfälle in diesen 12 Jahren rund 40 Prozent oder 60 Millionen Euro ausmachen. Man muss sagen, dass es mindestens 40 Prozent sind, weil viele große Bürgschaften noch über den heutigen Tag hinaus laufen und über den heutigen Tag hinaus noch ausfallen können. 40 Prozent sind, auch wenn das zugegebenermaßen die schwierigen Bürgschaften sind, auf die Dauer nicht hinnehmbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen die gescheiterte Rettung der Sietas-Werft zum Anlass nehmen, die Arbeit der Kreditkommission zu hinterfragen. Hier hat die Kreditkommission einer Bürgschaft über 34 Millionen Euro zugestimmt, auf die Stadt Hamburg kommen deswegen jetzt wahrscheinlich Kosten in Höhe von 17,4 Millionen Euro zu, die sie an die Finanzagentur der Stadt Hamburg, die

HSH Nordbank, erstatten darf. Beim Bund ist es noch einmal dieselbe Summe, und das sind keine Peanuts, sodass wir diese Sachlage zum Anlass nehmen wollen, uns noch einmal mit der Kreditkommission zu befassen.

Wenn ein Gremium hinter verschlossenen Türen tagt, wollen meistens nur die Menschen, die nicht in dem Gremium sitzen, wissen, was dort diskutiert wird. Als Mitglied der Kreditkommission weiß ich das relativ genau und kann nach einem Jahr sagen, dass mehr Transparenz möglich und nötig ist. Demokratische Legitimation von derart weitreichenden Entscheidungen muss unser Ziel sein. Wir wollen, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Hamburg wissen, wie wir mit ihrem Geld umgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aus diesem Grund wollen wir mit unserem Antrag Entscheidungen über Finanzhilfen, die die Größenordnung von 10 Millionen Euro überschreiten – das sind in den letzten zwölf Jahren genau vier gewesen, nämlich für Blohm + Voss, für die Sietas-Wert und zwei Entscheidungen, die gleichgelagert sind, für ein Unternehmen im Sportbereich –, aus der Kreditkommission herausholen und die Ob-Entscheidung im Parlament treffen.

Es gibt dazu in der Regel drei Gegenargumente. Das erste Argument ist, dass die Betriebsgeheimnisse gewahrt werden müssen. Wir glauben, dass eine vertrauliche Haushaltsausschusssitzung möglich ist und dass dies kein Gegenargument ist. Das zweite ist, in der Kreditkommission sei die Expertenmeinung der Stadt vertreten. Bei einer Ausfallquote von über 40 Prozent ist das kein sehr schlagendes Argument. Und das dritte Argument ist, es müsse schnell entschieden werden können. Das haben wir beim Fall von Hapag-Lloyd gesehen, als der Rahmen der Rückbürgschaftsmöglichkeiten durch die Kreditkommission erschöpft war und die Bürgerschaft entscheiden musste. Das ist auch möglich, wenn die Bürgerschaft das Verfahren insgesamt ab 10 Millionen Euro übernimmt.

Ich freue mich, dass sowohl CDU als auch SPD sich im Grundsatz positiv zu unserer Initiative geäußert haben. Die SPD hat Kriterien ins Spiel gebracht, um bestimmte Entscheidungen zu objektivieren. Das könnte ein Weg sein, auch wenn ich noch nicht genau weiß, wie man objektive Kriterien quasi anlegen kann. Ich glaube aber, dass es wichtig für dieses Haus ist, auch die Kreditkommission transparenter zu machen. Wir haben uns alle hier mit 100-Prozent-Mehrheit ein Transparenzgesetz gegeben, und an dem Maßstab sollten wir uns zumindest ein bisschen auch in der Frage von Bürgschaften messen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben einen Vorschlag vorgelegt mit dem Ziel, dass die Stadt effizient und unter Wahrung der not-

(Dr. Anjes Tjarks)

wendigen Vertraulichkeit Entscheidungen treffen kann, mit dem wir sicherstellen wollen, dass die Bürger besser Bescheid darüber wissen, wie man mit ihrem Steuergeld umgeht, und mit dem wir große Entscheidungen in der Kreditkommission als das behandeln, was sie eigentlich sind. Sie sind nämlich auch politische Entscheidungen, sie brauchen deswegen auch eine politische Debatte, und wir wollen mit diesem Gesetzentwurf vor allen Dingen einen Diskussionsprozess anstoßen, der hoffentlich ein fruchtbarer Prozess sein wird und am Ende in einen Konsens zur Neuordnung des Gesetzes über die Kreditkommission mündet. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Balcke, Sie haben das Wort.

Jan Balcke SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Tjarks, ich freue mich, dass wir heute über ein wichtiges und im Kern bewährtes Instrument der Hamburger Wirtschaftsförderung sprechen. Gerade die Krise der Finanzmärkte hat deutlich gemacht, dass es ein staatliches Bürgschafts- und Kreditwesen braucht, das weitgehend unabhängig vom Kapitalmarkt entscheiden kann. Dabei muss uns allen aber auch klar sein, dass es hier nicht um die Finanzierung von nicht abwägbaren Risikogeschäften geht. In den vergangenen zehn Jahren wurden 15 Unternehmen im Bereich größer 1 Million Euro unmittelbare Bürgschaften der Stadt Hamburg gewährt. Dahinter, Herr Tjarks hat die Zahlen schon ausgeführt, stand und steht ein Volumen von 118 Millionen Euro. Es handelt sich vor allem um Beträge im einstelligen Millionenbereich. Nur vier Bürgschaften lagen tatsächlich über der Summe von 10 Millionen Euro. Nur in drei Fällen wurden Ausfälle verzeichnet. Die Quote von 40 Prozent aber ist nicht akzeptabel und die Summe von 60 Millionen Euro erst recht nicht.

(Beifall bei Jens Kerstan und Dr. Anjes Tjarks, beide GRÜNE)

Einer davon sticht natürlich besonders heraus und ist sicherlich ein Einzelfall: die Diskussion um Sietas. Dennoch ist es Grund genug, an dieser Stelle die Arbeit und vor allem die Konstruktion der Kreditkommission kritisch zu hinterfragen. Gleichwohl müssen bisherige Verfahren und Entscheidungswege kritisch beleuchtet werden. Der Antrag der GRÜNEN weist in die richtige Richtung; das will ich an dieser Stelle ausdrücklich betonen. Gerade bei großvolumigen Bürgschaften besteht natürlich ein gesteigertes, auch öffentliches Interesse, und hier ist die unmittelbare Verantwortung des Parlaments gefragt, wie Herr Tjarks ausgeführt hat. Transparenz ist das richtige Stichwort. Das gemeinsam verabschiedete Gesetz ist schon erwähnt worden,

und genau an dem Maß müssen wir uns als Parlamentarier und als Parlament jetzt messen lassen.

Es geht aber nach unserer Auffassung um weit mehr als nur um Transparenz. Die Arbeit der Kreditkommission und die Vergabe von Bürgschaften müssen insgesamt betrachtet und überdacht werden. Welchen Strategien und Ausrichtungen wird gefolgt? Gibt es überhaupt eine Strategie? Wer berät die Kreditkommission bei der Frage, welches Projekt jeweils unterstützenswert ist? Und nach welchem Schlüssel bemisst sich das Honorar für die Beratungsinstitution?

(Beifall bei Dr. Anjes Tjarks GRÜNE)

Mit Blick auf die Gründung der Investitions- und Förderbank gilt es, Strukturen anzupassen und an dieser Stelle auch kritisch zu hinterfragen. Bei allen Veränderungen und Innovationen gilt es, die Planungssicherheit für die Unternehmen sicherzustellen. Dazu bedarf es eindeutiger Entscheidungen und transparenter Strukturen. Und das Wichtigste: Die Steuerung muss verbessert werden, eine klare Strategie und daran ausgerichtete Kriterien müssen der Maßgabe folgen, nicht nach dem Gießkannenprinzip Gelder zu verteilen. Daher ist der vorliegende Antrag der GRÜNEN allerdings im Ausschuss noch einmal zu diskutieren. Herr Tjarks hat es angesprochen, wir müssten uns auch über die Frage bestimmter Kriterien unterhalten. Im Endeffekt geht uns der Antrag in der vorliegenden Form sogar nicht weit genug, aber wir werden in den Ausschüssen sicherlich Gelegenheit haben, darüber zu sprechen.

Wir werden den Antrag überweisen, die künftige Arbeit der Kreditkommission gemeinsam kritisch hinterfragen und vor allen Dingen die notwendigen Schlüsse daraus ziehen. Die Ziele sind klar: klare Strukturen und Kompetenzen, verbesserte Steuerung, Strategien und Kriterien für Entscheidungen, ein hohes Maß an Transparenz und Wahrung der berechtigten Interessen der betroffenen Unternehmen – und dies alles unter direkter Beteiligung der Bürgerschaft insbesondere bei großvolumigen Bürgschaften, die wahrscheinlich das eine oder andere Mal auch in Zukunft auf uns zukommen werden. Planungssicherheit ist nicht zuletzt ein wichtiger Maßstab für die Unternehmen in Hamburg. Wenn wir uns gemeinsam für einen starken Standort Hamburg einsetzen wollen, dann werden wir uns, da bin ich sicher, sehr schnell einig. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Anjes Tjarks GRÜNE)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Prien, Sie haben das Wort.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will es vorwegschicken: Auch

(Karin Prien)

die CDU-Fraktion sieht Veranlassung, einmal intensiv über die Entscheidungsstrukturen im Zusammenhang mit den hamburgischen Finanzierungshilfen nachzudenken.

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

Wir sind deshalb den GRÜNEN sehr dankbar, lieber Herr Tjarks, für die Initiative, auch wenn wir der Meinung sind, dass wir vielleicht über das eine oder andere Detail Ihres Antrags im Ausschuss noch einmal nachdenken und sprechen sollten. Was mir in der heutigen Debatte ein bisschen fehlt, ist das grundsätzliche Bekenntnis zur Notwendigkeit von Finanzierungshilfen, insbesondere Bürgschaften. Wir sollten uns vor zu viel Populismus hüten. Das ist ein wichtiges und wirksames Instrument der Wirtschaftsförderung, das brauchen wir grundsätzlich, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen, aber das hindert natürlich nicht die intensive Befassung mit effizienteren und vor allem transparenteren Entscheidungsstrukturen.

Wir haben alle miteinander – wir persönlich nicht, aber unsere Vorgänger – irgendwann in den Sechzigerjahren einmal beschlossen, ein Gremium wie die Kreditkommission, das letztlich ein Gremium der Senatsseite ist, mit dieser Prüfungsaufgabe zu betrauen, und diese Entscheidung ist heute möglicherweise nicht mehr zeitgemäß. Das ändert aber nichts daran, dass die Kreditkommission in den vergangenen Jahren gute Arbeit geleistet hat und dass man diesen Menschen, die ehrenamtlich einen sehr intensiven Prüfungsauftrag geleistet haben, an dieser Stelle einmal Danke sagen sollte.

Ungeachtet all dieser Überlegungen ist es natürlich so, dass sich im Einzelfall Bürgschaftsrisiken, Kreditrisiken realisieren und dass Prognoseentscheidungen und auch Wertungsentscheidungen falsch gewesen sein können. Tatsache ist auch, dass diese Entscheidungen oft eminent politischer Natur sind und nicht so sehr einer bankmäßigen Überprüfung bedürfen. Ich nenne nur das eine Beispiel Blohm + Voss, das zu einem hohen Ausfall geführt hat, eine Entscheidung aus dem Jahr 1997 übrigens, wo die Einschätzung der Marktsituation vonseiten der Kreditkommission nachträglich betrachtet offensichtlich falsch gewesen ist. Man ist halt bei solchen Entscheidungen immer schlauer, wenn man aus dem Rathaus wieder herauskommt.

Warum aber müssen wir jetzt die Entscheidungsstrukturen überdenken? Die Bürger erwarten heute, dass dann, wenn der Staat Geld ausgibt, darüber öffentlich Rechenschaft abgelegt wird, insbesondere dann, wenn Steuermittel in erheblicher Größenordnung ausgegeben werden. Das gilt natürlich besonders für großvolumige Bürgschaften und Kreditvergaben. Der ständige Ruf nach Steuererhöhungen, den wir insbesondere von der linken Seite des Hauses zunehmend vernehmen, erfordert diese intensive Prüfung umso mehr. Die

Verhältnisse heute sind eben doch andere als im Jahr 1964 oder im Jahr 1997, als wir zuletzt das Gesetz über die Kreditkommission hinterfragt haben.

Entscheidend ist die Frage, ob und wer letztlich über die großvolumigen Bürgschaften und Finanzierungshilfen entscheiden soll. Soll das ein Gremium entscheiden, das bei der Behörde angesiedelt ist, oder soll es das Parlament entscheiden? Grundsätzlich können wir der Auffassung, dass hierüber das Parlament oder einer seiner Ausschüsse entscheiden soll, durchaus etwas abgewinnen. Dennoch können natürlich Fragen wie Vertraulichkeit, Betriebsgeheimnisse, Eilbedürftigkeit im Einzelfall von großer Bedeutung sein. Deshalb sollten wir im Ausschuss noch einmal ganz genau überlegen, wer wann entscheiden sollte.

Insbesondere – Herr Balcke, Sie haben es gesagt – die von Ihnen geplante und in Aussicht gestellte Einrichtung der Investitions- und Förderbank stellt für uns die Frage nach mehr Transparenz und vor allem nach der Entscheidung des Parlaments, da wir den Eindruck haben, dass die Zentralisierungstendenzen, die dort im Gange sind, keineswegs zu mehr Transparenz beitragen. Zusammengefasst: Wir sind bereit und freuen uns, mit Ihnen über diese Fragen in den Ausschüssen intensiver zu debattieren. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Prien. – Das Wort hat Herr Dr. Kluth.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Tjarks und meine Vorredner haben schon sehr umfangreich zu Funktion und Arbeitsweise der Kreditkommission Stellung genommen. Ich will das an dieser Stelle nicht unnötigerweise wiederholen, und in der Tat kann die hohe Ausfallquote bei den gewährten Finanzierungshilfen nicht befriedigen; Sietas ist nur ein aktuelles Beispiel dafür. Auch in Bezug auf die parlamentarische Kontrolle stellt sich die berechtigte Frage, ob der jährliche Bericht an die Bürgerschaft, wie ihn das Gesetz über die Kreditkommission vorsieht, wirklich ausreicht, oder ob wir uns als Bürgerschaft nicht ab einem gewissen Schwellenwert ein eigenes Beschlussrecht einräumen müssen, zumindest dann, wenn wir unsere Rolle als ordentlicher Treuhänder von Steuergeldern und öffentlichen Mitteln ernst nehmen. Daher begrüßt die FDP-Fraktion vom Grundsatz die Initiative der GRÜNEN. Die Gewährung von Finanzhilfen, die den Haushalt in nicht unerheblichem Maße berühren, braucht eine stärkere Beteiligung der Bürgerschaft.

Meine Damen und Herren! Zur Ehrlichkeit dieser Diskussion gehört aber auch anzusprechen, dass es dabei zu einem Zielkonflikt kommen kann, näm-

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

lich zu einem Zielkonflikt zwischen mehr Transparenz einerseits und dem Erfolg und der Wirksamkeit der Finanzierungshilfe andererseits. Denn wenn ein Unternehmen öffentliche Finanzierungshilfe braucht oder in Anspruch nehmen muss, dann kann das auch Ausdruck einer wirtschaftlichen Schieflage oder finanzieller Probleme sein. Das muss nicht sein, aber es kann den Grund für die Inanspruchnahme darstellen. Informationen – das wissen wir alle hier sehr genau – sind ein flüchtiges Gut, und solche Informationen können sich am Markt auch schädlich für ein Unternehmen auswirken, etwa was das Verhalten seiner Auftraggeber, seiner Kunden oder anderer Finanzierungspartner betrifft. Daher gibt es gute Gründe für die hohe Vertraulichkeit bei der Arbeit der Kreditkommission, oder umgekehrt formuliert: Wenn das Ergebnis unserer Bemühungen für das betroffene Unternehmen lautet, transparent, aber insolvent, dann haben wir etwas falsch gemacht.

Daher sollten wir die Diskussion sehr sorgfältig führen, auch deshalb, weil wir gegenwärtig noch gar nicht wissen, wohin schlussendlich die Reise bei der Umstrukturierung der Wirtschaftsförderung im Zusammenhang mit der Hamburgischen Investitions- und Förderbank gehen wird. Die FDP-Fraktion freut sich daher auf weitere Beratungen im Haushalts- und Wirtschaftsausschuss und wird den Überweisungsanträgen zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Dr. Kluth. – Das Wort hat Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Ich kann mich gleich anschließen, auch DIE LINKE wird der Überweisung zustimmen. Einer Forderung nach mehr Transparenz wird sich sicherlich niemand entziehen, und es ist auch sicher sinnvoll, die Arbeit der Kreditkommission einmal kritisch aufzuarbeiten. Ich bin dort stellvertretendes Mitglied, in der vorigen Periode musste ich manchmal dort meine Arbeit tun, das brauche ich jetzt nicht mehr, weil immer Joachim Bischoff für DIE LINKE dort hingeht. Deshalb war ich lange nicht da, aber er macht das für uns auch viel, viel besser, als ich es könnte.

Was mich an diesem Antrag zum Nachdenken gebracht hat – das habe ich natürlich auch mit unserem Mitglied in der Kreditkommission besprochen –, ist, Herr Tjarks, dass Sie drei Prämissen für Ihre Forderung ganz zum Schluss haben. Die erste Prämisse ist, dass die Gefahr besteht, wenn es nicht in der Bürgerschaft behandelt wird, dass das politisch Gewollte und Erhoffte abgelehnt wird. Das kann natürlich auch für Bürgschaften unter 10 Millionen Euro gelten, das gilt nicht nur für die großen. Insofern ist das für mich ein schwaches Argument.

Zweitens verweisen Sie darauf, dass Sie diesen Antrag auch deswegen eingebracht haben, weil die Rettung der Sietas-Werft gescheitert ist. Ich bin nicht sicher, ob man die Pleite einer Firma in einer kritischen Situation der gesamten Branche wirklich verhindern kann, indem man das Gesetz so ändert, wie Ihr Antrag es vorsieht. Ich glaube, das ist auch eine nicht stichhaltige Prämisse.

Drittens haben Sie eben noch einmal gesagt, dass der Ausfall geringer als 40 Prozent sein würde, wenn man ab einer Summe von 10 Millionen Euro öffentlich in der Bürgerschaft oder auch im Haushaltsausschuss hinter verschlossenen Türen verhandeln würde. Das ist eine Annahme, das müsste erst bewiesen werden, das ist absolut unsicher. Dann lese ich noch, falls wir in den vergangenen zehn Jahren über alle Kredite von mehr als 10 Millionen Euro in der Bürgerschaft entschieden hätten, hätten wir in diesen zehn Jahren viermal eine Entscheidung treffen müssen. Das scheint mir also auch nicht das stärkste Argument dafür zu sein, das Gesetz in der Form zu ändern, wie Sie es vorgeschlagen haben.

Ich begrüße, dass wir den Antrag an den Ausschuss überweisen, und nehme an, dass dieses Thema intensiv diskutiert werden muss. Und ich glaube, dass am Ende etwas anderes herauskommt als das, was die GRÜNEN vorgeschlagen haben. Aber die Richtung stimmt, und wir unterstützen die Überweisung.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Heyenn.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/5483 federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit einstimmig beschlossen worden.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 11, Drucksache 20/5080, Große Anfrage der FDP-Fraktion: Beihilfen für Beamtinnen und Beamte der Freien und Hansestadt Hamburg.

**[Große Anfrage der FDP-Fraktion:
Beihilfen für Beamtinnen und Beamte der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH)
– Drs 20/5080 –]**

Diese Drucksache möchte die FDP-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen.

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg)

Wird das Wort gewünscht? – Herr Ritter scheint das Wort zu wünschen und er bekommt es auch.

Finn-Ole Ritter FDP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir Liberale haben gemeinsam mit den GRÜNEN und der SPD die Schuldenbremse in der Hamburger Landesverfassung verankert. Diese soll ab 2019 greifen, realistisch wäre das nach unserer Auffassung 2016 machbar, wenn der Senat seine Aufgaben gut macht. Die dringendste Senatsaufgabe ist der gleichmäßige Abbau des strukturellen Defizits, die Zeit für Sonntagsreden scheint vorbei zu sein. Die Deckelung des Ausgabenwachstums auf 0,88 Prozent pro Jahr – dieses Ziel hat sich der Senat selbst gegeben – bedeutet auch Einsparungen bei den Personalkosten. Die vom Senat anvisierten 250 Vollzeitäquivalente pro Jahr sind für uns eigentlich noch viel zu wenig.

(Jan Quast SPD: Die erhalten aber auch keine Beihilfe mehr!)

Der Rechnungshofbericht "Nachhaltige Finanzwirtschaft" vom Dezember 2011 enthält einen deutlichen Hinweis auf steigende Versorgungsausgaben von 1,1 auf mehr als 1,4 Milliarden Euro in 2020. Circa 2,7 Prozent Anstieg pro Jahr sind realistisch, also dreimal mehr als die Senatsvorgabe. Ein noch deutlicher Hinweis über die Entwicklung der Beihilfeausgaben ist, dass der Anstieg auf 4,5 Prozent jährlich droht, also fünfmal mehr als die Senatszielvorgabe. Es herrscht also offenbar dringender Handlungsbedarf.

Unsere Große Anfrage bestätigt nun diesen überproportionalen Anstieg der Beihilfeausgaben. Im Jahr 2004 hat die Stadt noch circa 173 Millionen im Jahr für Beihilfen und freie Heilfürsorge ausgegeben. Der Anstieg auf mehr als 245 Millionen Euro für Beihilfen und freie Heilfürsorge auf Basis des bisherigen Haushaltsverlaufs ist gut möglich. Daraus folgen durchschnittliche jährliche Steigerungsraten von circa 4,4 Prozent für die vergangenen acht Jahre; sie bestätigen den Wert des Rechnungshofs nur zu gut. Bei Fortsetzung des Wachstumspfads landen wir bei circa 350 Millionen Euro für Beihilfen und Heilfürsorgeausgaben in 2020, also quasi eine Verdoppelung zum Jahr 2004. Die Zahlen zum Anstieg der Versorgungs- und Beihilfeausgaben müssten also bedenklich stimmen,

(Olaf Ohlsen CDU: Was wollen Sie denn ändern?)

doch was sagt der Senat – Zitat –:

"Damit hat sich der Senat nicht befasst."

Meine Damen und Herren! Das ist schlichtweg Arbeitsverweigerung vonseiten des Senats.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU – Klaus-Peter Hesse CDU: Das ist die Wahrheit!)

Ein verantwortungsbewusstes Parlament wie die Hamburgische Bürgerschaft wird das nicht durchgehen lassen, jedenfalls die Oppositionsfraktionen nicht, so hoffe ich. Da hilft auch kein billiges Senatsalibi wie zum Beispiel der Verweis auf die Einsparung durch Arzneimittelrabatte, die eher eine geringe Rolle spielen. Sie sparen nämlich im Jahr 1,15 Millionen Euro.

(Jan Quast SPD: Ist das nichts?)

– Genau, das ist nichts. Sie haben da noch richtig etwas zu tun, Herr Quast.

(Jan Quast SPD: Fürs Protokoll: Ich habe mit Fragezeichen gefragt!)

Das Gesetz haben Sie auch nicht zu verantworten, es ist im Übrigen von der Bundesregierung verabschiedet worden.

Der Senat bleibt sich also selbst treu, kleines Karo statt großer Wurf.

(Beifall bei der FDP)

Aber es gibt auch einige positive Erkenntnisse, auch das wollen wir nicht leugnen, die sind aber eher auf die Vorgängersenate bezogen. Lobenswert ist, dass sich die Polizei- und Feuerwehrbeamten zu circa einem Fünftel an den Heilfürsorgekosten beteiligen. Auch andere Beamte beteiligen sich über nach Besoldungsstufen gestaffelten Kostendämpfungspauschalen durchschnittlich pro Jahr mit circa 60 Euro pro aktivem Beamten beziehungsweise 75 Euro pro Pensionär. Angesichts der Entwicklung der Beihilfeausgaben wäre zu prüfen, inwieweit eine stärkere Orientierung an den Regelungen anderer Bundesländer wie zum Beispiel Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein oder Berlin durchführbar wäre.

Ein weiteres Ergebnis der Großen Anfrage ist, dass insgesamt 28 Prozent aller Beamten der Freien und Hansestadt Hamburg in Teilzeit beschäftigt sind. Die Frage ist, ob diese Teilzeitquote von allen Beteiligten so gewollt ist. Wenn nein, dann muss der Senat an dieser Teilzeitfrage arbeiten. Dieses hatte übrigens der Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung schon beschlossen. Der Senat hat bisher leider auch dafür kein Konzept vorgelegt und bleibt auch in anderen Fragen wie konkrete Aufgabenkritik oder Zusammenlegung von Stellen weiter offen oder lenkt geschickt mit oberflächlichen Quotenforderungen an Berlin von der eigenen Arbeitsverweigerung in der Teilzeitfrage ab. Die Freie und Hansestadt Hamburg muss den Trend zu immer mehr Teilzeitarbeit durchbrechen. Dieser Aspekt gehört nämlich auch zu einem Personalabbaukonzept, das der Senat der Bürgerschaft aber leider immer noch schuldet. Denn nur so ist eine echte Personalreduzierung und damit auch eine Haushaltskonsolidierung möglich, und nur so können Lohnnebenkosten für Beamte, eben die Beihilfekosten, reduziert werden, da auch jeder

(Finn-Ole Ritter)

teilzeitbeschäftigte Beamte voll beihilfeberechtigt ist.

Im Übrigen war die Intention hinter einigen Detailfragen – deshalb wollen wir als FDP-Fraktion diese Anfrage auch im Haushaltsausschuss weiter diskutieren –, das bestehende Beihilfesystem weiterzuentwickeln und zukunftsfähig zu machen. Ziel sollte bei diesem Konzept ein familien- und generationenfreundliches Beihilfesystem sein. Deshalb noch einmal meine Forderung an die SPD, das doch an den Haushaltsausschuss zu überweisen.

(Beifall bei der FDP)

Zur weiteren Haushaltskonsolidierung führt, zumindest nach Auffassung der FDP-Fraktion, kein Weg an der Befassung mit dem Thema der Versorgungsausgaben, insbesondere der Beihilfen, vorbei. Deswegen würden wir gern die Beratung unserer Großen Anfrage, wie schon erwähnt, im Haushaltsausschuss fortsetzen, auch als Anlass gegebenenfalls für eine Expertenanhörung rund um das Thema. Ich würde mich freuen, wenn die SPD-Fraktion das auch so sähe. Meine Damen und Herren Genossen, die ganze Stadt hat es doch bereits gesehen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Genossinnen und Genossen!)

– Genossinnen und Genossen, danke schön, ich will Sie richtig ansprechen.

Liebe Genossinnen und Genossen! Die Stadt hat es mittlerweile erkannt. Von Kleinkaro-König Olaf über Herz-Dame Stapelfeldt und Pik-Bube Rabe bis hin zum Joker Tschentscher

(Jan Quast SPD: Sie werben ja geradezu für uns!)

– die SPD verlässt allmählich das Glück beim hochriskanten Regierungspoker, und echte Asse im Ärmel hat dieser Senat leider auch keine mehr. Der Spieleinsatz ist leider die Zukunfts- und Handlungsfähigkeit unserer Stadt, da ist eine Vogel-Strauß-Politik, Kopf in den Sand, die völlig falsche Strategie, Herr Quast.

(Beifall bei der FDP – Jan Quast SPD: Sie werben! Und von Ihnen merkt man gar nichts!)

Denn merke: Kein einziges Problem in dieser Welt ist jemals durch Totschweigen oder Beerdigen gelöst worden, Herr Quast. Früher oder später kehren alle Probleme als umso mächtigere Problemzombies zurück, und ich möchte nicht erleben, dass in naher Zukunft die Problemzombies Steuer- und Abgabenerhöhungen oder Brechstangenkürzungen die Hamburgerinnen und Hamburger beißen, weil dieser Senat aus kurzfristigen und kurzfristigen Motiven dem rechtzeitigen Lösen von unangenehmen strukturellen Haushaltsproblemen lieber ausgewichen ist. Ich hoffe deshalb, werte Kol-

leginnen und Kollegen von der SPD, dass Sie sich Ihr geplantes Abstimmungsverhalten noch einmal überlegen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Ritter. – Das Wort hat Herr Albrecht.

Matthias Albrecht SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Ritter, die Anfrage zum Thema Beihilfen für Bedienstete der Hamburger Verwaltung fand ich durchaus interessant, wobei der Erkenntnisgewinn, was die Kosten der Beihilfen betrifft, nun nicht wirklich neu ist.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das lag ja an der Anfrage!)

– Die Zahlen sind durchaus bekannt, auch in der Vergangenheit. Das ist ähnlich wie bei den Pensionslasten, auch dort ist der Druck durchaus bekannt, aber nicht neu.

Was ich aber sehr spannend fand, war Ihre Pressemitteilung von heute. Sie haben es eben schon erwähnt, zum Bereich der Teilzeitbeschäftigten in der Hamburger Verwaltung stellen Sie die Frage, ob wir das anders organisieren wollen et cetera. Ich finde das nicht in Ordnung, weil sich gerade die Teilzeitbeschäftigten zum großen Teil aus erziehenden Männern und erziehenden Frauen rekrutieren, die damit auch ihren Kontakt und ihren Wiedereinstieg ins Berufsleben aufrechterhalten. Ich finde Beihilfekürzungen dort nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD und bei Antje Möller GRÜNE, Norbert Hackbusch und Heike Sudmann, beide DIE LINKE)

Wir werden – das haben Sie vorhin schon richtig bemerkt – Ihrem Überweisungsbegehren nicht zustimmen. Lassen Sie mich dafür drei Gründe nennen.

Erstens: Es gibt in den Bundesländern und im Bund, wie Sie es auch schon gesagt haben, unterschiedlich organisierte Art und Weisen der Beihilfe. Gerade Hamburg als sehr verantwortungsvoller Arbeitgeber hat ein sehr differenziertes Beihilfesystem geschaffen, das hervorragende Leistungen parat hat, aber gleichzeitig auch ein Kostendämpfungssystem eingeführt – ich glaube, das war 2005 unter der CDU-Regierung, das kann man ruhig einmal sagen –, in dem die Besoldungsgruppen gestaffelt sind und der Beitrag zur Kostendämpfung entsprechend angepasst ist. Neben dieser horizontalen Kostendämpfung gibt es gleichzeitig eine vertikale Kostendämpfung, das heißt, Ruhestandler und direkte Angehörige, also Witwen und Waisen, werden anders mit der Kostendämp-

(Matthias Albrecht)

fung in Kontakt gebracht als Vollzeitbeschäftigte. Ich finde, das ist auch in Ordnung so.

Zweitens: Wenn Sie Änderungen wollen, Herr Ritter, dann sollten Sie die auch benennen und nicht eine Große Anfrage an den Ausschuss geben und dann sozusagen den Schwarzen Peter dem Senat zuschieben. Man sollte aufpassen, dass der Sender der Forderung auch gleichzeitig der Empfänger der Kritik der öffentlich Beschäftigten ist

(Zuruf von *Finn-Ole Ritter FDP*)

und nicht von hinten ins Auge geschossen wird. Sie sollten klarer sagen, was Sie wollen. Dann können wir das besprechen und dann auch sehen, was wir daraus machen.

(Beifall bei der SPD)

Der dritte und letzte Punkt, warum wir Ihr Überweisungsbegehren ablehnen, ist, dass die steigenden Gesundheitskosten ein allgemeines gesellschaftliches Phänomen sind. Das betrifft nicht nur Patientinnen und Patienten, es betrifft nicht nur Ärztinnen und Ärzte, es betrifft auch Menschen in der öffentlichen Verwaltung, im öffentlichen Dienst, die dort ein Problem haben. Insofern glaube ich – das beschreibt die Anfrage sehr ausführlich –, dass das nicht nur ein Phänomen in der Verwaltung ist, sondern dass wir das Problem gesellschaftlich lösen müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Hier sind Sie auf Bundesebene mit Herrn Bahr in der Verantwortung, diese Probleme in den Griff zu bekommen.

Aber auch wir Sozialdemokraten wollen uns in Zukunft Lösungen nicht verschließen. Wir haben, wie andere Parteien im Deutschen Bundestag auch, eine sehr patente Lösung parat, um das Problem der Beihilfe in den Griff zu bekommen. Das ist die solidarische Bürgerversicherung im Krankenkassenbereich, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Wenn wir diese hoffentlich im nächsten Jahr einführen können, dann haben wir einen großen Teil der Beihilfeproblematik gelöst.

(*Katja Suding FDP*: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Lassen Sie mich zusammenfassen. Ihre Große Anfrage hat keinerlei Erkenntnisgewinn.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Eben haben Sie noch gesagt, sie wäre interessant!)

– Von den Zahlen her, aber es gibt direkt keinen neuen Erkenntnisgewinn, Frau Schneider.

Es gibt ein funktionierendes Kostendämpfungssystem bei den Beihilfen in Hamburg, und Sie machen

keine konkreten Vorschläge zu Änderungen. Deswegen werden wir Ihr Überweisungsbegehren ablehnen. – Recht herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Albrecht. – Das Wort hat Herr Niedmers.

Ralf Niedmers CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Senatsantwort auf die Große Anfrage der FDP-Fraktion verdeutlicht eines schlaglichtartig. Wer glaubt, beim SPD-geführten Senat Führung und konzeptionell-intellektuell Hochleistung abrufen zu können, der wird bitter enttäuscht.

(Beifall bei der CDU)

Es ist bekannt, dass die demografische Entwicklung für eine zunehmende Zahl von Versorgungsempfängern im Vergleich zu den aktiv Beschäftigten und damit auch zu deutlich höheren Beihilfeausgaben führt. Das hat Herr Ritter plakativ und ausführlich erläutert. Hinzu kommen natürlich allgemeine Kostensteigerungen im Gesundheitswesen durch aufwendigere und teurere apparative Medizintechnik und eine Steigerung der Arzneimittel- und Hilfsmittelpreise sowie der Pflegekosten. Wer nun glaubt, dass der SPD-Senat sich darüber entsprechende Gedanken gemacht hat, der irrt. Besonders deutlich wird diese Offenbarung im Bericht über den Haushaltsverlauf 2012. Dort schreibt der Senat unter Ziffer 2 auf Seite 105, Maßnahmen zur Ausgabenbegrenzung:

"Die wirkungsgleiche Umsetzung von kostendämpfenden Maßnahmen im Gesundheitswesen in das Beihilferecht haben in den vergangenen Jahren der sich aus den Rahmenbedingungen ergebenden kontinuierlichen Steigerung der Kosten für Beihilfeleistungen entgegengewirkt."

Na toll, kann ich dazu nur sagen, inhaltsärmer geht es wirklich nicht.

(Beifall bei der CDU und bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Die CDU fordert den Senat hiermit nochmals auf, endlich ein Konzept vorzulegen. Das ist auch der Grund, warum es unserer Meinung nach besonders sinnvoll wäre, diese Drucksache an den Haushaltsausschuss zu überweisen. Falls Sie das ablehnen, was Sie schon angekündigt haben, sehr geehrter Kollege, würden wir das aus fachlicher Sicht ausdrücklich bedauern. Gleichwohl gibt es die Möglichkeit, Anhörungen, gleich welcher Form, auch im Rahmen einer entsprechenden Beschlussfassung in den dafür zuständigen Ausschüssen, namentlich im Haushaltsausschuss, zu machen. Wir halten das Thema jedenfalls für so

(Ralf Niedmers)

bedeutungsvoll und auch haushalterisch nachhaltig relevant, dass wir der Meinung sind, dass man sich mit diesem Thema sehr, sehr intensiv im Haushaltsausschuss oder einem der nachgeordneten Ausschüsse des Haushaltsausschusses befassen sollte. In diesem Sinne noch einmal unser Appell an Sie: Stimmen Sie einer Überweisung dieser wichtigen Drucksache an den Haushaltsausschuss zu. – Vielen Dank.

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Niedmers. – Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, dieses Thema ist durchaus ein Fettnäpfchenthema, auch für die CDU. Herr Niedmers, was Sie eben zitiert haben, sind natürlich Maßnahmen, die vor allem in der Zeit der Alleinregierung der CDU umgesetzt und damals als kostendämpfende Maßnahmen eingeführt wurden. Wenn der jetzige Senat die gut findet, dann ist das einer der sehr ungewöhnlichen Fälle, wo dieser Senat sich einmal nicht darüber beschwert, was in der letzten Legislaturperiode gemacht wurde.

(Ole Thorben Buschhüter SPD: Vorletzte!)

Das zweite kleine Fettnäpfchen möchte ich mit einem Zitat unterstützen – ich zitiere –:

"Die [...] Beamtinnen und Beamten werden auch künftig eine über dem Durchschnitt der anderen Bundesländer und des Bundes liegende Beihilfeversorgung erhalten."

Ich habe weggelassen, auf welches Bundesland sich dieses Zitat bezieht. Es bezieht sich auf Hessen, und in Hessen haben wir eine CDU/FDP-Koalition, die gerade die Beibehaltung dieser "auch künftig über dem Durchschnitt der anderen Bundesländer und des Bundes liegenden Beihilfeversorgung" neu beschlossen und bestätigt hat. So viel also zu dem, was um uns herum passiert.

Ich finde auch, dass der Senat in der Großen Anfrage an vielen Stellen etwas klarer, etwas deutlicher, vielleicht auch etwas ausführlicher hätte antworten können, bin aber trotzdem versucht, die Worte meines Kollegen Tjarks aus der Debatte im April, damals auch über eine Große Anfrage der FDP zu den Versorgungsleistungen, zu wiederholen. Er hat nämlich – bezogen auf die damalige Große Anfrage, ich beziehe es jetzt auf diese – gesagt, dass diese Anfragen doch eher dem Bürokratieaufbau als dem Bürokratieabbau dienen. Sie fragen Dinge, die man teilweise in Berichten nachlesen kann. Ich habe gedacht, Sie würden vielleicht fragen, um die politische Intention, die Sie verfolgen, darzustellen; aber das tun Sie nicht. Wenn man dann noch Ihre Pressemitteilung von heute zur Hilfe nimmt, die die Überschrift hat: "Konzept zur Eindämmung explodierender Beihilfeleistungen

für Beamte", Sie aber hier sagen, dass Sie eigentlich an den Anteil der Teilzeitbeschäftigten wollen und den Personalabbau verstärken wollen, dass Ihnen die 250 Stellen nicht reichen und Ähnliches, dann frage ich mich, worum es eigentlich bei diesem Thema geht. Das sind doch Nebendebatten. Man kann insgesamt über die Personalstruktur sprechen, von mir aus auch über Personalabbau oder Kostensenkungen beim Personal, aber dann bitte mit einer erkennbaren Linie.

Zwei Punkte, die auch der Kollege von der SPD eben schon angesprochen hat, finde ich bemerkenswert. Sie möchten an den Regelungen rühren, die vor allem familienfreundlich sind und Frauen zugutekommen, nämlich den Teilzeitarbeitsmöglichkeiten. Immerhin sind fast 80 Prozent derjenigen, die im öffentlichen Dienst in Teilzeit arbeiten, Frauen, und denen wollen sie ihre Beihilfe kürzen. Das halte ich familienpolitisch für ein großes Problem. Sie haben sich vielleicht nicht getraut, das deutlich auszusprechen; in Ihrer Pressemitteilung ist das aber zu lesen. Ich halte es für unausgesprochen und vor allem für nicht hilfreich, wenn wir familienfreundliche Arbeitsplätze anbieten wollen und Frauen Chancen haben sollen, zurück in den Beruf zu kommen – selbstverständlich nicht nur in Teilzeit, aber das trifft gerade diese Frauen.

Der zweite Punkt. Das Gesetz über Rabatte für Arzneimittel ist ein guter Impuls, weil es sehr wohl auch darum geht, aus welchem Grunde die notwendigen Leistungen, die gezahlt werden müssen, steigen, und zwar zum einen, weil die Leute älter werden und immer länger leben. Das ist doch eigentlich eine gute Entwicklung, dass sie im öffentlichen Dienst Geld kostet, ist der zweite Punkt. Das andere ist in der Großen Anfrage gut dargestellt, es geht auch um die Kosten im Gesundheitsbereich und um die Arzneimittelkosten. Wenn man an der Stelle reingrätscht und Rabatte vereinbaren will, dann mag das nicht den Anstieg aufgrund der längeren Lebensleistungen ausgleichen, es hilft aber auf jeden Fall, das richtige Signal zu setzen, nämlich in Richtung der Arzneimittel- und Medizinindustrie. Dort muss die Begrenzung erfolgen und nicht an der Stelle, wo es die Schwächsten im Arbeitsmarkt trifft, nämlich die Familien und Frauen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Möller. – Meine Damen und Herren, bitte denken Sie daran, dass hier nur der Redner spricht.

(Zuruf aus dem Plenum: Oder die Rednerin!)

– Oder die Rednerin, Entschuldigung.

Wenn Sie sich unterhalten wollen, können Sie das gern tun, aber bitte außerhalb des Plenarsaals.

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg)

Nun hat das Wort Frau Schneider und nur Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist nett, dass Sie das sagen, ich hatte schon Angst, ich könnte mich überhaupt nicht bemerkbar machen.

Ich habe mich beim Lesen der Großen Anfrage gefragt, was eigentlich der politische Wille ist, und bin überhaupt nicht darauf gekommen. Dann kam Gott sei Dank heute Ihre Pressemitteilung und Sie haben auch eine Rede gehalten. So weiß ich nun, um was es geht, wobei ich nicht glaube, dass es dazu der Großen Anfrage bedurft hätte. Sie wollen einfach kürzen, und zwar auf Kosten der Beamtinnen und Beamten.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Das haben Sie aber gut rausgelesen! Vorbildlich!)

– Ja, das habe ich gut herausgelesen.

Sie haben die Zahlen nicht richtig gesehen. Der Hauptgrund für die Steigerung der Ausgaben für die Beihilfe ist, dass die Menschen älter werden. Es steigen nämlich hauptsächlich die Ausgaben der Beihilfen für die passiven, also die ehemaligen Beamtinnen und Beamten. Dass Sie jetzt vorschlagen, bei den Teilzeitkräften zu kürzen und Personal abzubauen, hat damit überhaupt nichts zu tun.

(Zuruf von *Finn-Ole Ritter FDP*)

Ich habe den Personalstrukturbericht gelesen, und Sie hätten sich den Großteil Ihrer Anfragen schenken können, dort steht es nämlich drin.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Das stimmt doch gar nicht!)

– Sie können hinterher gern noch zu Wort kommen.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Das lohnt sich gar nicht!)

– Sie benehmen sich gerade ein bisschen flegelhaft.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Sie steigen hauptsächlich aus dem Grund, dass die Menschen älter werden, und dann nützen Ihre Vorschläge überhaupt nichts, abgesehen davon, dass ich mich dem Argument, dass ausgerechnet bei teilzeitarbeitenden Frauen gekürzt werden soll, anschließen kann.

Zweitens ist hier mehrfach von den Kostendämpfungsmaßnahmen gesprochen worden, die es im Jahr 2005 gegeben hat. Es würde sich schon lohnen, diese genauer anzusehen. Ich möchte ein Beispiel aufgreifen, und zwar die Ersetzung der freien Heilfürsorge für die Polizeibeamtinnen und -beamten und für die Feuerwehrleute. Sie ist für

diejenigen ersetzt worden, die ab 2005 eingestellt worden sind. Die Gewerkschaft der Polizei hat ausgerechnet, dass die Beihilfe teurer kommt als die freie Heilfürsorge. Das heißt, diese Kostendämpfungsmaßnahmen haben die Kolleginnen und Kollegen getroffen und die privaten Versicherungen subventioniert, aber den Hamburger Haushalt überhaupt nicht entlastet. Das war eine richtig törichte Kostendämpfungsmaßnahme.

(Beifall bei der LINKEN – Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Es redet nur Frau Schneider und sonst niemand. Wenn Sie sich unterhalten wollen, gehen Sie bitte hinaus. Frau Schneider, fahren Sie bitte fort.

Christiane Schneider DIE LINKE (fortfahrend): Ich glaube nicht, und da stimme ich meinem Vordner Herrn Albrecht im zweiten Teil zu, dass man im Rahmen dieses Beihilfesystems wesentliche Änderungen herbeiführen kann. Die steigenden Ausgaben sind ein Problem der gesamten Gesundheitsversorgung. Deswegen fordern auch wir eine solidarische Bürgerinnen-und-Bürger-Versicherung. In dem Zusammenhang wird man feststellen können, dass diese Ausgaben nicht so steigen müssen und dass das sozial gerechter sein wird. – Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Schneider.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/5080 an den Haushaltsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit mehrheitlich abgelehnt worden.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus der Drucksache 20/5080 Kenntnis genommen hat.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf, Drucksache 20/4884, Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Verbesserung des Steuervollzuges – Ausbau der Personalressourcen.

[Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Verbesserung des Steuervollzuges – Ausbau der Personalressourcen – Drs 20/4884 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen. Wird das

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg)

Wort gewünscht? – Frau Heyenn wünscht es und hat es.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Seit Juli dieses Jahres hat die Fraktion DIE LINKE eine Große Anfrage und notwendigerweise auch sechs Schriftliche Kleine Anfragen stellen müssen, weil das Antwortverhalten des Senats so ist, dass man immer wieder nachfragen muss. Wir wollten genau wissen, was aus der Kritik der Sozialdemokraten zum mangelhaften Steuervollzug, als sie noch zusammen mit uns in der Opposition waren,

(Dirk Kienscherf SPD: Ja, das waren noch Zeiten!)

nach knapp 20 Monaten Alleinregierung geworden ist. Seit 2009 hat sich in Hamburg viel verändert. Hamburg hat als Wirtschaftsstandort immer mehr an Bedeutung gewonnen, und zurzeit sind 6743 Großbetriebe in Hamburg ansässig. Das ist eine Steigerung gegenüber 2008 von genau 1000 Betrieben, und das entspricht einer Zunahme von 17,4 Prozent.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Jetzt müssen Sie gleich wieder klatschen, denn konsequenterweise müsste dementsprechend das Personal in der Finanzverwaltung aufgestockt werden. Ich bitte um Beifall, aber da kommt nichts.

(Beifall bei der LINKEN)

Wird es aber nicht, im Gegenteil. In unserer Schriftlichen Kleinen Anfrage 20/5468 hält der Senat ausdrücklich am Abbau der Stellen im öffentlichen Dienst auch in der Finanzverwaltung fest. Aber jetzt schon, so der Bundesrechnungshofbericht von 2012, sind die Finanzämter überfordert und sehen großen Handlungsbedarf für die Verbesserung des Steuervollzugs. Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft beklagt fehlendes Personal, ständig neue Gesetze und eine unzureichende EDV-Unterstützung. Sie geht sogar so weit zu sagen, dass, wenn nicht entsprechend gehandelt werde, der Niedergang der Steuergerechtigkeit und eine Erosion der Steuermoral drohe – die Deutsche Steuer-Gewerkschaft, nicht DIE LINKE. Dazu gibt es handfeste Zahlen. Die Johannes Kepler Universität in Linz hat in einer Studie die Höhe der hinterzogenen Steuern durch ins Ausland verschobene Vermögen in Deutschland auf 10 bis 15 Milliarden Euro jährlich ermittelt. Das findet bekanntlich auch in Hamburg statt. Die Folge ist, dass Hamburg jährlich Steuereinnahmen in beträchtlicher Höhe entgehen. Allein im Jahr 2011 konnte die Steuerfahndung 119,4 Millionen Euro Steuermehreinnahmen in die Stadtkasse holen und das bei einer sehr engen Personalausstattung von 64 Steuerfahndern. Im Haushaltsjahr 2011/2012 gab es 60 Millionen Euro Einkommenssteuermehreinnahmen durch Selbstanzeigen, überwiegend aufgrund von Steuer-CDs. Wären seit 2009

nicht fünf CDs von anderen Bundesländern angekauft worden, wäre nahezu eine halbe Milliarde Euro in Hamburg der Versteuerung vorenthalten worden. Im Februar dieses Jahres hat Nordrhein-Westfalen eine Steuer-CD angekauft, und die Finanzverwaltung hat jetzt schon mehr zu tun. In einer Antwort heißt es, die Anzahl der nach Hamburg abgegebenen Spurenakten beträgt 535. Das bedeutet, dass auf dieser CD, die NRW angekauft hat, 535 Hamburger und Hamburgerinnen sind, die versucht haben, Steuern am Finanzamt vorbeizuschleichen. Wir haben natürlich mehrfach gefragt, ob Hamburg sich auch an den Kosten dieser CD beteiligen wolle. Das wurde mehrfach verneint. Aber am 15. Oktober teilte der Senat mit – ich zitiere –:

"Hinsichtlich einer im Februar 2012 angekauften Daten-CD aktuell eine weitere Anfrage aus Nordrhein-Westfalen zur Beteiligung an den Kosten vor."

Im Landesrechnungshofbericht 2012 wird angegeben, dass mehr als 100 Betriebsprüfer im Veranlagungsbereich der Finanzämter in Hamburg tätig sind. Der Senat erklärt dazu in der Schriftlichen Kleinen Anfrage 20/5468, dass das unumgänglich gewesen sei, weil offenkundig nur so – ich zitiere –:

"[...] die Personalausstattung im Veranlagungsdienst den Notwendigkeiten [entspricht]".

Gleichzeitig wird die daraus folgende Stärkung der Betriebsprüfung deutlich, die der Senat durch geeignete Aufstiegsbeamte und schon erfolgreiche Lehrgangabsolventen bei entsprechender Eignung direkt im Außendienst einsetzen will. Wie man in der Betriebsprüfung auf diesem Weg auf über 100 Beamte kommen will, das bleibt das Geheimnis des Senats. Hinzu kommt, dass das Soll und das Ist für Betriebsprüfung und Umsatzsteuer-sonderprüfung für 2012 eine zusätzliche Differenz von 117,7 Stellen ausmacht, also sind wir schon weit über 200 Stellen, die wir zu wenig in der Betriebsprüfung haben. Insgesamt bedeutet die schlechte Personalausstattung in diesem Bereich einen Verzicht auf Steuereinnahmen im dreistelligen Millionenbereich. 2007 wurde zum letzten Mal der Personalbedarf für Steuerfahnder und 2008 für die Vollstreckungsstellen, den Veranlagungsdienst und die Umsatzsteuer-sonderprüfung festgestellt. Das ist lange her und da muss etwas passieren.

(Beifall bei der LINKEN und bei Anja Hajduk GRÜNE)

Mehrfach antwortet der Senat auf die in Teilbereichen schwierige Aufgabenerledigung der Hamburger Steuerverwaltung, so drückt er sich selber aus, mit dem Satz:

"Im Übrigen können diese Bereiche nur durch verstärkte Ausbildung besser besetzt werden."

(Dora Heyenn)

Das ist wohl wahr, aber ein Blick in den Haushalt zeigt, dass das nur ein Lippenbekenntnis ist. Die gestiegenen Ausbildungszahlen werden, wenn überhaupt, nur den bisherigen Bedarf decken, aber nicht die fehlenden Stellen und die darüber hinaus zu erwartende Pensionierungswelle. Die Planung für die Norddeutsche Akademie für Finanzen und Steuerrecht, in 2013/14 im Einzelplan 9.1 nachzulesen, ist desillusionierend. Ganze sieben Finanzanwärterinnen sind in der Ausbildung. Aus den Kennzahlen geht hervor – egal, für welchen Ausbildungsgang –, dass die Anzahl der Auszubildenden gegenüber dem Ist von 2011 nahezu gleichbleibt. Lediglich in der Laufbahngruppe 1, mittlerer Dienst, ist nach einem Absenken von 20 Plätzen in 2012 eine Steigerung von 65 auf 108 Vollzeitäquivalente in 2013 geplant – geplant eben, aber selbst das ist nicht ausreichend, um den Steuervollzug wirksam zu verbessern.

(Beifall bei der LINKEN)

Unsere Große Anfrage und die vielen Schriftlichen Kleinen Anfragen haben zutage geführt, dass der Regierungswechsel in keiner Weise eine Verbesserung des Steuervollzugs herbeigeführt hat. Das ist sehr schade.

(Beifall bei der LINKEN)

2007 lag die Anzahl der Mitarbeiterinnen in den Finanzämtern im Jahresdurchschnitt bei etwa 3226 Vollzeitäquivalenten, und bis 2016 sind 3200,25 Stellen geplant. Das ist unter dem Ist-Stand von 2007 und das ist eine Kapitulation.

(Beifall bei der LINKEN)

Die LINKE fordert eine Aufstockung des Personals, um Steuergerechtigkeit in Hamburg auch nur ansatzweise zu praktizieren, und sie fordert eine zeitnahe Personalbedarfsrechnung. Es kann nicht sein, dass, wie angekündigt, erst 2013 irgendwann eine Berechnungsgrundlage für die Planung zur Verfügung steht. Bis dahin will der Senat, so teilte er es mit, den zurzeit noch bestehenden Personalbedarf in der Steuerfahndung durch Teilzeiterhöhung sowie durch Umsetzung von Personal aus anderen Bereichen der Steuerverwaltung in die Steuerfahndung vornehmen. Auch da ist der Senat die Antwort schuldig geblieben, wie das funktionieren soll. Das könne sich nur um kleine Zahlen handeln.

DIE LINKE ist folgender Auffassung: Bevor nicht dafür gesorgt wird, dass alle Hamburgerinnen ihre Steuern ordnungsgemäß zahlen – die Betonung liegt auf "alle" – und, wie es im Finanzdeutsch heißt, gleichmäßig besteuert werden, solange sind Kürzungen an anderer Stelle nicht zu rechtfertigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir begrüßen die Bundesratsinitiative zur Vermögensteuer, aber sie darf kein Alibi sein, sich in

Hamburg nicht um Steuergerechtigkeit zu kümmern.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir teilen die Aufgabe von ver.di und die Aussagen, die auf der dritten ordentlichen Landesbezirkskonferenz 2011 von Wolfgang Rose formuliert wurden – ich zitiere –:

"Sparprogramme in Serie sind nicht geeignet, die soziale Spaltung zu überwinden. Hamburg hat nicht vorrangig ein Ausgabenproblem, sondern ein Einnahmeproblem. [...] Unsere gewerkschaftliche Alternative heißt: mehr Steuergerechtigkeit und wirksamer Steuervollzug."

Unsere auch.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Heyenn. – Das Wort hat Herr Dr. Petersen.

Dr. Mathias Petersen SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben das Thema schon des Öfteren besprochen, und ich finde es auch sehr lobenswert, dass Sie so intensiv hinterher sind. Frau Heyenn, wir werden auch im Ausschuss noch einmal diskutieren, welche Optimierungsmöglichkeiten es gibt. Einen Punkt aber finde ich kritisch. Sie haben eine Pressekonferenz gemacht und den Menschen in der Stadt darzulegen versucht, dass wir ad hoc 100 Millionen Euro mehr einnehmen könnten, wenn wir mehr Steuerprüfer einstellen. Wo wollen Sie die hernehmen? Es ist überhaupt nicht möglich, auf einmal 100 oder 200 Steuerprüfer einzustellen. Was Sie da gemacht haben, ist unseriös, das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD – *Heike Sudmann DIE LINKE:* Das ist der Vorschlag von Ihnen aus der letzten Legislatur!)

Wenn Sie die 100 oder 200 Leute haben, dann sagen Sie uns Bescheid, dann können wir darüber sprechen. Wir tun das ohnehin im Ausschuss, auch Ihren Antrag werden wir in aller Ruhe im Ausschuss besprechen, und dann werden wir schauen, welche Möglichkeiten es gibt. Das wird der Senator uns darstellen.

(*Jens Kerstan GRÜNE:* Genau die gleiche Forderung haben Sie doch in der Opposition gebracht!)

– Herr Kerstan, lassen Sie uns doch erst einmal abwarten, was wir im Ausschuss besprechen.

Diese 200 Leute sind jetzt nicht da, auch Herr Kerstan kann sie sich nicht aus den Rippen schneiden. Daher ist es unseriös, jetzt darzulegen, dass

(Dr. Mathias Petersen)

wir die Möglichkeit haben, 100 Millionen Euro mehr einzunehmen. Wir werden das in aller Ruhe im Ausschuss besprechen und darauf freue ich mich. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Petersen. – Das Wort hat Herr Heintze.

Roland Heintze CDU:* Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist eine Diskussion, die wir hier immer wieder haben, und deswegen werde ich einen Teil der Argumente nicht wiederholen, sondern zwei Aspekte einbringen und für unsere Fraktion erklären, dass in der Tat nichts dagegenspricht, die Aufstellung immer mal wieder zu überprüfen. Das können wir gern im Haushaltsausschuss tun. Das, was in der Senatsdrucksache 2008/2009 in Bezug auf die Entwicklung der Betriebe in Hamburg und den daraus resultierenden Mehrbedarf in der Steuerprüfung festgestellt wurde – damals haben wir einen Mehrbedarf von sechs Steuerprüfern festgestellt –, muss man offen diskutieren.

Nichtsdestotrotz möchte ich, Frau Heyenn, noch drei Punkte anmerken, zum einen, was die betriebliche Steuerprüfung bedeutet. In Hamburg werden Großbetriebe sehr, sehr regelmäßig geprüft und überall da, wo ein Mehrergebnis zustande kommt, findet auch automatisch eine Anschlussprüfung statt. Das führt dann zwar dazu, dass in der Menge der Betriebe nicht ganz so viele geprüft werden, aber die, wo die Mehrergebnisse erzielt werden, die Sie mit mehr Steuerprüfern erreichen wollen, werden sehr genau und sehr engmaschig geprüft. Kleinstbetriebe und mittelständische Betriebe hingegen werden nicht so häufig geprüft. Nur weil jemand einen Betrieb hat, wie klein oder groß er auch ist, bedeutet das noch nicht, dass er Steuern hinterzieht. Hier sollten wir im Vorgehen etwas abrüsten, auch verbal, denn bei der betrieblichen Steuerprüfung, insbesondere bei den Großbetrieben und den Mehrergebnissen, macht die Steuerverwaltung in Hamburg schon eine gute Arbeit. Nicht jeder, der ein Unternehmen hat, muss auch gleich Steuern hinterziehen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das hat auch niemand gesagt!)

Ich würde mich freuen, wenn Sie da verbal abrüsten würden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Ich würde mich auch über eine ähnliche verbale Abrüstung dazu freuen, dass nicht jeder, der Millionär ist, Steuern hinterzieht. Sie schreiben in Ihrem vorliegenden Antrag, dass, wenn von 600 Millionen nur 29 geprüft würden, mindestens 571 Steuerhinterzieher dabei wären. Liebe Frau

Heyenn, ich würde nicht jedem, nur weil er Millionär ist, unterstellen wollen, dass er Steuern hinterzieht und ihm daher einen Steuerprüfer zur Seite stellen, der das verhindert. Die Mehrheit dieser Menschen ist durchaus steuerehrlich, anders sind die Steuereinnahmen der Stadt nicht zu erklären.

Zum anderen gibt es einen Grenznutzen. Nicht nur, weil ich einen Steuerprüfer neben jeden Millionär stelle, verdiene ich so viel Geld, dass die sich dann alle selbst finanzieren und der Stadthaushalt auf der Einnahmeseite explodiert. Das halte ich für eine falsche Korrelation, und ich würde mich freuen, wenn DIE LINKE auch an dieser Stelle abrüstet, das würde nämlich den Dialog verbessern.

(Beifall bei der CDU und bei Robert Bläsing FDP)

Ein steuerliches Mehrergebnis bedeutet im Übrigen nicht immer, dass eine Steuerhinterziehung aufgedeckt wurde, sondern das kann durchaus auch technisch sein, dass es Verlustverschiebungen gab, Verzinsungen sich geändert haben oder es Gewinnveränderungen gab. Auch hier würde ich mich freuen, wenn wir die Debatte versachlichen könnten. Ich kann verstehen, dass das für Sie ein populäres und wichtiges Thema ist, aber wir tun dem Thema mit Vorurteilen keinen Gefallen. Daher glauben wir, dass ein Dialog gut ist, es wäre nur schön, wenn DIE LINKE an dieser Stelle abrüstet.

Einen Satz noch kurz zu dem Thema, wo ich die Menschen herbekomme, wenn ich sie suche und brauche. Sie schreiben, dass wir jetzt in der Ausbildung aufbauen müssten. Da finde ich eine Bewegung im Senat kontraproduktiv, diese müssen wir diskutieren und wir haben sie an anderer Stelle auch schon kritisiert. Ich glaube nicht, dass man gut ausgebildeten Menschen in der Steuerverwaltung mit einer noch nie dagewesenen Abfindungshöhe jetzt auch noch den Anreiz geben sollte, die Verwaltung zu verlassen und in die Privatwirtschaft zu wechseln, nur, damit man den Abbau der 250 Stellen hinbekommt.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und bei Tim Golke DIE LINKE)

Wenn die Steuerverwaltung hier nicht ausgenommen wird, dann erweisen wir uns einen Bärendienst, denn wir bezahlen für die Ausbildung von Menschen, die wir hinterher dafür bezahlen, dass sie bitte die Stadtverwaltung wieder verlassen, nur weil sich der Senat einer Aufgabenkritik bei seinen städtischen Mitarbeitern nicht stellen möchte. Das ist totaler Unsinn, und da sind wir sofort bei Ihnen: Das gilt es zu verhindern.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN)

Eine letzte Anmerkung: Ich glaube nach wie vor, dass das Steuerabkommen mit der Schweiz, das

(Roland Heintze)

im Moment im Bundesrat liegt, ein guter Weg ist, sodass wir nicht ständig darüber diskutieren müssen, an welcher CD wir uns wie beteiligen.

(Dr. Martin Schäfer SPD: Wir beteiligen uns!)

Ich habe gehört, und das finde ich durchaus sehr positiv, dass es aus Richtung Rheinland-Pfalz Bewegung in dem Thema gibt. Das kann ich persönlich nur begrüßen, weil es uns in der Tat darum geht, diese Steuern einzusammeln, und da halte ich solch ein Abkommen an sich für einen guten Weg. Aber wir diskutieren das in Gänze im Ausschuss und freuen uns darauf.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Heintze. – Das Wort hat Frau Hajduk.

Anja Hajduk GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zur Versachlichung der Debatte, wie der Kollege Heintze es eingefordert hat, haben wir eine Menge Zahlen mit dieser Großen Anfrage auf dem Tisch, und diese Zahlen werfen an einigen Stellen Fragen auf und sind aus unserer Sicht nicht zufriedenstellend. Allerdings zweifle ich auch, ob es der richtige Weg ist, neue Personalbemessungsvorgänge einzufordern oder ob wir nicht schlicht überlegen sollten, wie wir in vertretbarem Ausmaß dafür Sorge tragen können, dass der Personalbestand bei der Betriebsprüfung und der Steuerfahndung nicht nur stabil bleibt, sondern schrittweise langsam ansteigt.

Da komme ich zu einem Punkt, bei dem ich dem Kollegen Haushaltsausschussvorsitzenden Dr. Petersen noch etwas für unsere Ausschussberatungen mit auf den Weg geben will. Es ist objektiv richtig, dass man sich diese Fachleute nicht von heute auf morgen schnitzen kann. Unter der Vorgängerregierung ist, weil das hier im Hause bereits öfter diskutiert wurde, damals schon die Entscheidung vorbereitet worden – und diese ist dann auch vom SPD-Senat nachvollzogen worden –, den Personalbestand perspektivisch um sechs Personen auszuweiten, weil entsprechende Ausbildungsstellen für Anwärtinnen und Bewerber bedarfsgerecht eingestellt wurden. Die unbeantwortete Frage ist, warum eigentlich seitdem nicht ein nächster Schritt geplant worden ist. Die Antworten in dieser Anfrage sind natürlich nicht befriedigend, wenn zum Beispiel am Ende mit Blick und Argumentation für die uns bekannte Haushaltskonsolidierung gesagt wird, davon sei die Steuerverwaltung nicht vollständig ausgenommen und auch im weiteren Zusammenhang könne man zukünftig wegen der Folgen der Personalreduzierung und weiteren Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung nicht ausschließen, dass davon der Steuervollzug betroffen sein könnte. Natürlich könnte man das ausschließen, wenn man das will. Hier ist die Linie des Se-

nats nicht mehr im Einklang mit den Erwartungen, die Sie selber geweckt haben. Das gesamte Haus und auch die SPD wollte damals in diesem Bereich mehr tun. Die Vorgängerregierung hat angefangen, mehr zu tun, und der SPD-Senat hat jetzt abgebrochen, mehr zu tun. Insofern ist eine entsprechende Beratung im Ausschuss notwendig. Ich will auch gar nicht sagen, dass wir mal so eben sagen könnten, wie wir mit der Finanzierung neuer Stellen umgehen. Das ist eine Anforderung, Frau Heyenn, der Sie sich auch anschließen müssten. Wenn wir einen größeren Personalbedarf aufbauen wollen, dann muss man auch der Ehrlichkeit halber sehr konkret etwas zur entsprechenden Gegenfinanzierung sagen.

Aber man darf daran erinnern, dass der ehemalige haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, heute der Finanzsenator, hier wenig Ehrgeiz zeigt. Vielleicht wird er das noch tun, man soll das nicht ausschließen, vielleicht sind wir diejenigen, die ihm das gemeinsam ein bisschen abnehmen können. Wenn diese Diskussion im Ausschuss gelingt, bezogen auf die wirkliche Problematik, dann Ausbildungen zu verabreden – das Halten der entsprechenden Fachleute in der Verwaltung, dazu hat Herr Heintze gerade etwas ausgesprochen Richtiges und Kritisches gesagt, ist alles andere als ein Selbstgänger –, dann kommen wir vielleicht einen Schritt voran, ohne die Erwartung zu haben, übermorgen automatisch 100 Millionen Euro mehr in der Kasse zu haben.

Steuergerechtigkeit ist auch uns GRÜNEN ein wichtiges Anliegen, und deswegen wollen wir gern konstruktiv mitarbeiten. – Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Norbert Hackbusch und Christiane Schneider, beide DIE LINKE)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Hajduk. – Das Wort hat Herr Bläsing.

Robert Bläsing FDP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN, Sie haben eine Große Anfrage rund um das Thema Steuervollzug vorgelegt, und in deren Kielwasser fährt außerdem ein Antrag zur Aufstockung der Anzahl der Betriebsprüfer, der morgen auf der Tagesordnung steht. Der alarmistische Grundtenor dieser Drucksachen suggeriert, dass Hamburg ein enormes Problem mit seinen Steuereinnahmen hat.

(Wolfgang Rose SPD: Ja!)

Das ist aber mitnichten der Fall. Hamburg hat kein Einnahmeproblem, sondern wie fast alle öffentlichen Kassen ein strukturelles Ausgabenproblem.

(Beifall bei der FDP)

(Robert Bläsing)

Das kann man nicht oft genug sagen. Gerade erst gestern wurden neue Steuerrekordeinnahmen vermeldet. Hamburg hat zum jetzigen Zeitpunkt fast 400 Millionen Euro Steuern mehr eingenommen als 2011. Ein regelrechter Einnahmen-Tsunami wird in die Kassen gespült. Die Grundlage dieser erfreulichen Entwicklung ist in erster Linie der Erfolg der fleißigen Menschen und florierenden Unternehmen in Hamburg. Ich bin mir sicher, dass in der weit überwiegenden Mehrzahl ehrliche Arbeitsplätze geschaffen werden und auch ehrlich Steuern gezahlt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN, angeblich konservativ geschätzte Steuereinnahmen von 100 Millionen Euro, wie von Ihnen gefordert, verbunden mit einer Einstellung von 200 Betriebsprüfern, sind reines Wunschdenken. Die circa 10 Millionen Euro, die die Stadt Jahr für Jahr für die zusätzlichen Prüfer aufbringen müsste, sind hingegen in jedem Fall sichere Mehrausgaben. Folgt man Ihrer Logik, wäre die Freie und Hansestadt mit rund 2000 zusätzlichen Steuerprüfern demnächst schuldenfrei. Das ist leider eine reine Milchmädchenrechnung. Das Konzept der Lafferkurve oder auch des abnehmenden Grenznutzens beziehungsweise –ertrages ist Ihnen anscheinend gänzlich unbekannt oder Sie ignorieren es absichtlich, genauso wie Sie in Ihrem auf der Großen-Anfrage fußenden Betriebsprüferantrag die Ausführungen des schwarz-grünen Vorgängersensats, mit dem ich an der Stelle ausnahmsweise einmal einer Meinung bin, ignorieren.

(Jens Kerstan GRÜNE: Was? Was haben wir falsch gemacht?)

Sie weisen nämlich auf genau diesen abnehmenden Grenzbetrag hin. Ich erlaube mir, dazu aus der Drucksache 19/1849 aus dem Jahr 2008 zu zitieren. Da schreibt der damalige schwarz-grüne Senat:

"In der öffentlichen Diskussion wird häufig unterstellt, es bestünden Vollzugsdefizite in der Steuerverwaltung, weil im Bereich der Betriebsprüfung zu wenige Betriebe geprüft würden und weil die Betriebsprüfung mit zu wenig Personal ausgestattet sei. Hierbei wird immer wieder das Argument angeführt,..."

– was Sie auch schon wieder gebracht haben, Frau Heyenn –,

"...die Aufstockung von zusätzlichen Betriebsprüfern würde zu einem entsprechenden Steuer Mehraufkommen [...] führen. Diese Argumentation ist jedoch nicht zutreffend, weil die Betriebe mit dem höchsten Mehrergebnis, also die Großbetriebe, bereits heute in der Regel..."

– und das hat sich auch inzwischen nicht geändert –

"... anschlussgeprüft werden."

Und weiter führt die Drucksache aus:

"Der Einsatz zusätzlicher Prüfer müsste also überwiegend im Bereich der Mittel- bis Kleinstbetriebe erfolgen. Das Steueraufkommen durch die Prüfung dieser Größenklassen würde entsprechend wesentlich geringer ausfallen als die durchschnittlichen Mehrergebniszahlen pro Betrieb oder pro Prüfer suggerieren."

So der damalige Senat. Dem ist im Grunde in der Sache nichts hinzuzufügen. Und genau das, Frau Heyenn, belegt auch Ihre Große Anfrage, wenn Sie sich einmal die Antworten zu den Fragen 35 bis 39 genau ansehen.

Eine Prüfung bei einem Großbetrieb hat demnach 2011 ein durchschnittliches Mehrergebnis von 373 000 Euro gebracht, eine Prüfung bei einem Mittelständler nur noch knapp 28 000 Euro, bei einem Kleinstbetrieb im Schnitt sogar nur noch 13 500 Euro. Anstatt über zusätzliche Betriebsprüfer sollten wir deshalb eher über die rechtzeitige Ausbildung – das Thema wurde schon angesprochen – von ausreichenden Nachfolgern für die zahlreichen altersbedingten Abgänge sprechen. Darauf ist auch in der Antwort auf Frage 32 der Drucksache hingewiesen worden. Das Problem ist hier nämlich tatsächlich, dass viele gut ausgebildete Kräfte dann dem Ruf der Privatwirtschaft nicht widerstehen können. Da ist eben das, was Ihr Personalabbaukonzept an der Stelle vorsieht, genau der falsche Weg. Ihre eigene Große Anfrage, liebe Frau Heyenn, offenbart zudem, dass im Bereich Steuerprüfung und -fahndung im letzten Jahr mehr Personal eingestellt wurde und 95 Prozent aller 154 Planstellen derzeit besetzt sind.

Die Zahlen zu offenen, neu hinzugekommenen und abgearbeiteten Steuerverfahren zeigen ebenfalls, dass im Großen und Ganzen – sicherlich gibt es hier und da immer Optimierungsbedarfe – alles seinen guten Gang geht. Die Große Anfrage liefert also wirklich substanziellen Grund zur Beunruhigung, und sie taugt schon gar nicht für Ihre Stimmungsmache gegen die Leistungsträger, denen wir einen wesentlichen Anteil an den Steuerrekordeinnahmen zu verdanken haben.

(Beifall bei der FDP – Dora Heyenn DIE LINKE: Wer sind denn die Leistungsträger?)

Das sind nämlich die vielen erfolgreichen Unternehmerinnen und Unternehmer, Unternehmenslenkerinnen und Unternehmenslenker sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – ich hoffe, ich habe alles richtig gegendert –, die da ihren Dienst für die Gesellschaft tun.

Worüber man aus Sicht der FDP-Fraktion reden kann und sollte, ist insbesondere, wie die vorhandenen Steuerprüfungskapazitäten erhalten und ge-

(Robert Bläsing)

gebenfalls effizienter eingesetzt werden können, beispielsweise durch den Ausbau automatisierter Verfahren, die unter die Arme greifen könnten.

Wir Liberale wollen uns deshalb in guter parlamentarischer Sitte vom Senat im Haushaltsausschuss gern Details berichten lassen. Wir stimmen der Überweisung folgerichtig zu.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Bläsing. – Das Wort hat Herr Senator Tschentscher.

Senator Dr. Peter Tschentscher:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bläsing, die Steuereinnahmen sind in der Tat derzeit sehr gut. Wir haben nicht nur ein Ausgabenproblem, wir haben auch ein Einnahmeproblem, und deswegen ist das ein sehr günstiger Effekt. Und den bremsen wir auch nicht selbst aus, indem wir jetzt im Bundesrat zum Beispiel unverhofft irgendwelchen Steuersenkungsplänen der Bundesregierung zustimmen würden, wie das zuweilen üblich gewesen ist in der Vergangenheit, wo man dann plötzlich mit schillernden Namen wie Konjunktur-, Wachstums-, Beschleunigungsprogramm und Ähnlichem

(Katja Suding FDP: Hat aber funktioniert!)

nichts anderes gemacht hat, als die Kassen der Länder zu plündern. Das gibt es nicht mehr. Und deswegen ist das Thema, das die Links-Partei aufbringt, ein sehr richtiges und wichtiges Thema.

Ich darf auch sagen, dass wir eine sehr gut arbeitende Steuerverwaltung mit fast 4000 Beamten haben und eine sehr schlagkräftige Steuerfahndung. Erst vor wenigen Wochen hat unsere Steuerfahndung einen bundesweit organisierten Umsatzsteuerbetrug, der mit krimineller Energie in großem Umfang gearbeitet hat, aufgedeckt. Das war eine sehr vorzeigbare Leistung. Sie hatte im Übrigen auch ziemlich gute Mehreinnahmen zur Folge.

Das Thema ist also ernst, aber man muss sich doch immer eine Frage stellen. Wir haben in der Finanzverwaltung einen besonderen Teil der Hamburger Verwaltung mit einer Spezialausbildung, die wir in der Akademie für Finanzen vornehmen. Dies ist die entscheidende Stellgröße für die Personalausstattung in der Finanzverwaltung insgesamt. Und dort – Frau Hajduk hat darauf hingewiesen – ist in den letzten Jahren begonnen worden, die Ausbildung zu verstärken, und wir haben das fortgesetzt. Wir haben es nicht abgebrochen, sondern wir haben es fortgesetzt, und wir haben auch nicht vor, diese Ausbildungszahlen wieder zurückzufahren.

Das gibt in besonderen Bereichen Schwierigkeiten. Gerade die Betriebsprüfung ist ein Bereich, in dem man die Ausbildungskapazität nicht beliebig nach

oben setzen kann. Deswegen haben wir uns unter anderem ein Konzept für Spezialbewertungsprüfer erdacht und werden das jetzt evaluieren, nämlich nicht im eigentlichen Sinne mit Finanzbeamten, sondern mit Betriebswirtschaftlern eine Spezialunternehmensbewertung zu machen, um dann den Rest der Betriebsprüfung von dieser Spezialaufgabe zu entlasten. Ich sage das nur, weil wir an dieser Stelle nicht gern unehrgeizig wirken wollen, denn wir überlegen uns, wie wir durch IT-Unterstützung, zum Beispiel durch die bundesweit bevorstehende Einführung der E-Bilanz, die Prüfungsverfahren beschleunigen und vereinfachen können, weil das letztlich im Interesse aller ist, denn eine schnelle und frühe Betriebsprüfung, Herr Bläsing, gibt Rechtssicherheit auch für die Unternehmerinnen und Unternehmer.

(Robert Bläsing FDP: Das habe ich ja eben selber angemahnt!)

Es gibt sehr viele unterschiedliche Stellschrauben, über die wir nachdenken sollten, es gibt aber ein Problem. Wir haben versucht, diese ganzen Schriftlichen Kleinen Anfragen, die in ihrer schnellen Aufeinanderfolge schon den Charakter Großer Anfragen hatten – Frau Heyenn, Sie lachen –, so gut wie möglich aufzubereiten. Wenn man Personalbedarfsprüfungen macht, kann man natürlich immer wieder in einzelnen Bereichen die Leute woanders hin versetzen, aber das muss man sich sehr genau ansehen. Der gesamte Zustrom ist hier die entscheidende Stellgröße für die Ausbildung, die erhöht worden ist. Den Rest sollten wir dann wirklich sehr detailliert mit unserer Steuerabteilungsleiterin, Frau Nottelmann, im Ausschuss besprechen. Das ist nämlich ein hoch fachliches und engagiert betriebenes System aus Sicht der Finanzämter.

Ich kann es mir zwar nicht vorstellen, aber wenn der Senat einmal auf eine Schriftliche Kleine Anfrage geantwortet haben sollte, wir würden uns nicht mehr an dem Ankauf von Steuerdaten-CDs beteiligen, dann muss das ein Missverständnis sein. Wir haben immer gesagt, dass wir uns daran beteiligen. Das Steuerabkommen mit der Schweiz ist ein anderes Thema, das läuft parallel. Es steht auch im Steuerabkommen an keiner Stelle, dass man sich, wenn der Steuerverwaltung irgendwo in Deutschland aktiv Daten angeboten werden, in Zukunft nicht mehr daran beteiligen dürfte. Es ist auch vor Gerichten immer wieder versucht worden, uns dieses zu verbieten, aber es ist immer gescheitert. Ich fände es auch einen Schildbürgerstreich, wenn das Bundesjustizministerium jetzt plötzlich Gesetze machen würde, die der Steuerfahndung ihren eigenen Job verbieten würde. Insofern ist das ein Missverständnis, das ich hiermit gern ausräumen will.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Senator Tschentscher. – Das Wort hat Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr über den Verlauf der Diskussion. Ich freue mich sehr darüber, dass wir das jetzt noch einmal genauer diskutiert haben. Wir haben in diesem Bereich als LINKE monatelang genervt, das wissen viele, wir haben immer wieder nachgebohrt.

(Jan Quast SPD: Seit Monaten!)

Ich stelle jetzt zu meiner Zufriedenheit fest, dass es nun an einigen Punkten akzeptiert wird. Dass Herr Bläsing als Letzter die Meinung der schwarz-grünen Regierung aufrechterhält, ist auch eine schöne Geschichte, aber die will ich jetzt gar nicht genauer behandeln.

(Zurufe von den GRÜNEN: Schwarz-Gelb!)

– Schwarz-Gelb, Entschuldigung, aber Schwarz-Grün auch. Er hat aus Schwarz-Grün zitiert, aber das werden wir dann noch gesondert betrachten.

Ich möchte zwei kleine Aspekte ansprechen, die mir wichtig sind. Als Erstes ist für uns alle wichtig, sich noch einmal klarzumachen, was es mit den Schweizer CDs eigentlich auf sich hat.

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel übernimmt den Vorsitz. – *Dietrich Wersich CDU:* Musik ist das nicht!)

Ich will das jetzt nicht im Zusammenhang mit der Anfrage und all den Fragen diskutieren, das können wir einmal extra machen. Aber man muss deutlich sagen, dass es illegales Geld ist, das, in Deutschland erarbeitet, an der Steuerverwaltung vorbei illegal angehäuft worden ist und dann in die Schweiz transformiert wurde. Es sind unvorstellbare Summen, die dort in der Illegalität gehandelt worden sind, es sind riesige Summen, die uns bei den Einnahmen sehr fehlen, wie wir es jeden Tag in dieser Stadt spüren. Dementsprechend ist es eine wichtige Aufgabe für uns, dafür zu sorgen, dass es diese Möglichkeiten nicht mehr gibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Es geht jetzt nicht um alte Zahlen. Wir haben mit Freude gesehen, dass die Ausbildung zunimmt. Aber, Herr Tschentscher, Sie selbst haben in Ihrem Entwurf für den Haushalt vorgesehen, dass die Stellen insgesamt in der Steuerverwaltung nicht wachsen. Wir haben das im Rechnungsprüfungsausschuss übrigens genau und ordentlich diskutiert und haben festgestellt, dass nach den Personalbemessungsgrundlagen 200 Betriebsprüfer und Steuerfahnder fehlen. Es gibt sie zwar gegenwärtig, aber sie werden im Innendienst eingesetzt. Sie fehlen in dieser Stadt, das wurde auch

gemeinsam mit dem Rechnungshof festgestellt. Diese 200 Personen brauchen wir dringend, um unter anderem in der Lage zu sein, mehr als direkte Betriebsprüfungen zu machen. Ein Aspekt sind die Umsatzsteuerhinterziehungen, die in dieser Stadt riesig groß sind. Sie hängen nicht mit großen Betrieben zusammen, sondern mit großen Betrügereien. Diese müssen aufgedeckt werden; Herr Tschentscher hat das selbst als ein wichtiges Moment genannt. Und es ist eine wichtige Aufgabe, die wir zu erfüllen haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Dementsprechend ist im Haushaltsplan-Entwurf die Situation falsch dargestellt. Man hat zwar die Ausbildung ausgeweitet, aber die Anzahl der Stellen wurde nicht erhöht. Aber nur, wenn dort zusätzliche Stellen ausgewiesen werden, werden wir auch die Menschen dafür bekommen. Momentan führt nämlich die erhöhte Zahl der Ausbildungen zu nichts anderem, als dass die Abgänge aufgrund des Alters, aufgrund besonderer Belastungen, auch psychischer Belastungen, wie mir dargestellt wurde, nur kompensiert werden können. Das kann aber nicht in unserem Interesse sein. Ich wäre froh, wenn wir dort einen Schritt weiterkommen würden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich komme zu den 100 Millionen Euro. Das ist keine Sache, bei der wir gesagt haben, wir seien keine Zauberhutpartei, sondern wir haben gesagt, wenn 200 zusätzliche Betriebsprüfer da wären, seien nach konservativer Schätzung Einnahmen von 100 Millionen Euro realistisch. Man denkt, es könnten dort 1 Million Euro insgesamt herauskommen, und zwar durch verschiedene Momente, auch dadurch, dass man mehr Steuerehrlichkeit erreicht und man mehr Einnahmen erzielt. Das können wir lange diskutieren, da wir natürlich auch den abnehmenden Grenzwert kennen und dementsprechend nicht 1 Million Euro dafür einsetzen, sondern einen geringeren Betrag. Dann sind diese 100 Millionen Euro durchaus eine Summe, die in dem Augenblick, in dem wir die 200 zusätzlichen Betriebsprüfer haben, realistisch angesetzt werden kann.

Ich freue mich sehr, dass DIE LINKE hier einen Erfolg zu verzeichnen hat und dass wir die Diskussion im Haushaltsausschuss weiterführen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/4884 an den Haushaltsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig so geschehen.

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel)

Ich rufe dann den Punkt 12 auf, das ist die Drucksache 20/5143, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Differenzierung in der Stadtteilschule.

**[Große Anfrage der CDU-Fraktion:
Differenzierung in der Stadtteilschule
– Drs 20/5143 –]**

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Schulausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Herr Heinemann, Sie haben es.

Robert Heinemann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Antwort des Senats auf unsere Große Anfrage hat ein gravierendes Problem aufgezeigt und leider auch einen ziemlichen Skandal. Das Problem ist, dass sich offenbar in der Schulbehörde keiner mehr wirklich um die Stadtteilschulen kümmert. Frau Rüssmann hat zwar noch die Fachaufsicht über die Stadtteilschulen, aber eher so nebenbei. Eigentlich ist sie zuständig für Wandsbek und für die Privatschulen. Dafür hat sie eigene Referate, um die Entwicklung und Weiterentwicklung der Stadtteilschulen zu betreiben. Das ist nun wahrlich keine kleine Aufgabe, Herr Holster weiß das, darum darf sie sich ganz allein kümmern. Auch wenn ich dem Senator gute Besserung wünsche, habe ich doch den Eindruck, dass seine Abwesenheit heute Abend ein bisschen damit zu tun hat, dass die Weiterentwicklung der Stadtteilschulen bei ihm nicht ganz so viel Priorität hat, und das ist wirklich schade. Es hat nämlich Folgen, die auch aus der Großen Anfrage hervorgehen. Obwohl es erstmals zu diesem Schuljahr eine Fachleistungsdifferenzierung in der Stadtteilschule gibt,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das ist sehr gut so!)

ergab die auch politisch sehr spannende Frage, ob man Kurse auf unterschiedlichen Niveaus in der Stadtteilschule habe und wo es sie gibt, dass sich offenbar in der Schulbehörde niemand dafür interessiert hat, ob man solche Kurse eingeführt hat oder nicht. Und erst, als wir unsere Große Anfrage gestellt haben – das hat der Senat auch ganz offen zugegeben –, hat man in den Schulen nachgefragt, was sie eigentlich so machen in diesem Schuljahr, und das ist etwas spät gewesen. Mehr als das, was man durch die Schulabfrage herausgefunden hat, kann man mir selbst nach 28 Tagen nicht mitteilen, und das ist erstaunlich wenig.

Der eigentliche Skandal aber ist – und da wird es wirklich interessant, denn wir haben einen KMK-Präsidenten hier als Senator –, dass es in 36 Stadtteilschulen offenbar keinerlei Fachleistungsdifferenzierung gibt. Das heißt, es gibt nirgendwo Kurse auf unterschiedlichen Niveaus, die

in den verschiedenen Fächern angeboten werden. Nun kann man über die Frage, ob man eine äußere Differenzierung gut findet oder nicht, verschiedener Meinung sein. Aber auch zu schwarz-grünen Zeiten hatten wir im Juni 2010 in der Verordnung zur Einführung der Primarschule, der Stadtteilschulen und der Gymnasien festgelegt, dass in den Stadtteilschulen in Englisch und Mathematik im Wege der äußeren Differenzierung in Fachleistungskursen oder klasseninternen Leistungsgruppen unterrichtet wird. Das war noch 2010, also selbst mit einer Frau Goetsch gemeinsam. Dies steht auch genauso in dem Formular für die Eltern, das mir der Senat in der Antwort auf meine Große Anfrage mitgeschickt hat. Also könnte man der Meinung sein, das sei in allen Stadtteilschulen der Fall, ist es aber offenbar nicht.

Der Senat bezieht sich nun auf die neue Ausbildungs- und Prüfungsordnung, die zum 1. August 2011 in Kraft trat – Klammer auf: dann müsste es eigentlich ein neues Formular geben, gibt es aber offenbar nicht –, und darin findet man von äußerer Differenzierung in Englisch und Mathematik plötzlich nichts mehr. Es gibt stattdessen die freie Entscheidung der Lehrerkonferenz darüber, ob es Unterricht auf unterschiedlichen Anspruchsniveaus gibt oder nicht.

Ich habe mir die Deputationsunterlagen aus dem letzten Sommer besorgt. Da gibt es viele Seiten Erläuterungen zu der neuen Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Kammern, für den Landeschulbeirat und für die Deputation. Aber einen Hinweis darauf, dass man hier irgendetwas ändern würde, dass man die Differenzierung bei Mathematik und Englisch abschaffen würde, gibt es nicht.

Und der Schulsenator hat danach alles getan, um diese Veränderung gegenüber der Öffentlichkeit zu verheimlichen – Klammer auf: ich bin mir gar nicht sicher, ob er überhaupt weiß, dass er da etwas verändert hat – und damit wir es nicht erfahren. Es gibt einen Flyer über die Stadtteilschule vom November 2011, also nach diesen Beschlüssen. Darin steht, es gäbe zudem Fachkurse auf unterschiedlichen Niveaus. Das steht auch heute noch auf der Homepage der Schulbehörde, wenn man sich dort anschaut, was eine Stadtteilschule ist.

Also fragt man sich doch, was jetzt gilt. Natürlich sind Formulare, sind das Internet oder ein Flyer der Schulbehörde nicht rechtlich bindend. Der Schulsenator kann hineinschreiben, was er möchte. Es wäre natürlich hilfreich, wenn dort stehen würde, was es wirklich gibt, aber wenn nicht, ist es auch nicht so schlimm. Aber rechtlich bindend ist aus meiner Sicht schon das Schulgesetz. Dort steht in Paragraph 15 Absatz 2 eindeutig – Frau Goetsch kennt die Diskussion –, dass die Schulen individuelles Lernen durch innere und äußere Differenzierung ermöglichen. Es steht dort "und" und

(Robert Heinemann)

nicht "oder", und das haben wir damals als CDU ziemlich hart erkämpft.

Nun kann man lange über das Schulgesetz diskutieren, aber wir haben hier immerhin einen KMK-Präsidenten als Senator. Leider verstößt, man kann es nicht anders sagen, der aktuelle amtierende KMK-Präsident gegen eine aktuelle Vereinbarung der Kultusministerkonferenz. Dort heißt es nämlich in der "Vereinbarung über die Schular-ten und Bildungsgänge im Sekundarbereich I" vom September 2011 wörtlich:

"An Schular-ten mit mehreren Bildungsgän-gen [und eine solche ist die Stadtteilschule] wird der Unterricht entweder in abschlussbe-zogenen Klassen [also wie früher Haupt-schullehrgang und Realschullehrgang] oder – in einem Teil der Fächer – leistungsdiffe-renziert auf mindestens zwei lehrplanbe-zogen definierten Anspruchsebenen in Kursen erteilt."

In Kursen, das ist also eindeutig festgelegt in der Vereinbarung der KMK. Es steht weiter dort:

"Für den leistungsdifferenzierten Unterricht gilt: Der Unterricht auf verschiedenen An-spruchsebenen beginnt in Mathematik und in der ersten Fremdsprache mit Jahrgangs-stufe 7."

Das heißt, in diesem Schuljahr hätten die Stadtteil-schulen, und zwar alle, nicht nur 19, und es sind diesbezüglich sogar noch viel weniger, mit Mathe-matik und Englisch entsprechend differenziert be-ginnen müssen. Es gibt nur ganz wenige Ausnah-men, die die KMK vorsieht, nämlich wenn man ir-gendwo in Brandenburg ist und nur noch eine Klasse zusammenbekommt, dann darf man auch anders agieren. Es gibt auch Ausnahmen für be-sondere pädagogische Modelle wie die Max-Brau-er-Schule, aber für alle anderen gilt das, was ich gerade vorgelesen habe.

Meine Damen und Herren! Es ist egal, was man nun von äußerer Differenzierung hält. Es ist aber doch ein absolutes Unding, dass hier ein KMK-Prä-sident gegen die Vereinbarung der KMK verstößt.

(Beifall bei der CDU und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

Sie gefährden damit die Anerkennung der Hambur-ger Schulabschlüsse, und vor allen Dingen schwä-chen Sie massiv die Qualität des Unterrichts in der Stadtteilschule. All diese Krokodilstränen von gestern, die der Senator dann doch offensichtlich ganz gesund dort vergießen konnte, nämlich dass die Hamburger Schulabgänger es so viel schwerer hätten als die Schüler aus dem Umland, kann er sich sparen, wenn er an einer so wichtigen Stelle wieder einmal einen Sonderweg geht, mutwillig die Vereinbarung aller Bundesländer verlässt und da-

mit die Chancen von Hamburgs Schülern ver-schlechtert.

(Beifall bei der CDU)

Wir kennen das schon von der SPD. Herr Rabe setzt damit die unselige Politik von Frau Raab fort. Sie wissen, die ist auch immer irgendwelche Son-derwege gegangen, damals immer mit Zustim-mung der KMK. Es gab dann irgendwo wunderba-re Hamburger Fußnoten, dass die ganzen Rege-lungen der KMK für Hamburg nicht gelten würden und Hamburg dementsprechend nicht das Niveau der anderen Bundesländer erreichen müsse. Diese Fußnoten habe ich zumindest in der aktuellen Re-gelung nicht gefunden, das heißt, Herr Rabe hat sich seinen Sonderweg nicht genehmigen lassen.

Nachdem der Senator schon bei der Abschaffung der sonderpädagogischen Gutachten locker über das Schulgesetz hinweggegangen ist, kann ich nur sagen: Herr Holster, sorgen Sie bitte dafür, dass sich der KMK-Präsident in Hamburg an die KMK-Regelungen hält, dass die entsprechenden Verordnungen verändert werden und dass die Stadtteilschulen in den Fächern Mathematik und Englisch ab Klasse 7 und in Deutsch ab Klasse 8 eine äußere Leistungsdifferenzierung in Kursen einführen. Wir dürfen nämlich auf keinen Fall ris-kieren, dass Hamburgs Schülerinnen und Schüler irgendwann vor der Situation stehen, dass ihre Ab-schlüsse in anderen Bundesländern nicht mehr an-erkannt werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Holster, Sie haben das Wort.

Lars Holster SPD: Frau Präsidentin, liebe Koll-e-ginnen und Kollegen! Das war eine sehr aufgereg-te Rede, Herr Heinemann, und dabei haben Sie ein so wichtiges Thema wie die Differenzierung in den Stadtteilschulen aufgeworfen. Ich finde es auch gut, dass wir uns jetzt mit diesem Thema be-schäftigen wollen. Wir werden daher auch einer Überweisung an den Schulausschuss ausdrücklich zustimmen.

Aber es geht nicht nur um die äußere Differenzie-rung, sondern auch um die innere Differenzierung. Und da gibt diese Große Anfrage auch etwas zum individualisierten Unterricht her. Hierzu hat die SPD-Fraktion eine Selbstbefassung im Schulaus-schuss beantragt. Gerade in diesem Zusammen-hang sollten wir dort dieses ganz spezielle, sehr detaillierte Thema weiter diskutieren. Es gehört in den Ausschuss, und deshalb werden wir einer Überweisung an den Ausschuss zustimmen. – Vie-len Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Duge, Sie haben das Wort.

Olaf Duge GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die CDU hat, was ich ein bisschen befürchtet habe, negative Lernfortschritte gemacht, was die Frage der Bildungschancengerechtigkeit angeht und was die Möglichkeit des gemeinsamen Lernens betrifft.

Wenn man sich einmal die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Klassen 5 bis 10 der Stadtteilschulen anschaut, dann steht in Paragraf 14 ganz eindeutig als erster Satz, das Wichtigste bekanntermaßen immer vorweg:

"In der Stadtteilschule werden Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Fähigkeiten gemeinsam unterrichtet und erzogen."

Das ist das Rückgrat, mit dem die Stadtteilschule aufgebaut wurde, mit dem sie den Kindern, die aus schwierigeren Familienverhältnissen kommen und nicht von Anfang an gute Bildungschancen haben, Chancen geben soll, mit anderen gemeinsam über individuelles Lernen bessere Lernfortschritte und bessere Zukunftschancen zu haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier wird jetzt der Versuch unternommen, zwangsweise Lern- und Leistungsunterscheidungen in verschiedenen Kursen einzuführen. Das ist genau das, was wir nicht wollen. Es gibt bestimmte Übergangsfristen, auch bezüglich der Ausbildung der Lehrer. Deswegen haben die Schulen die Möglichkeit, das ist auch in der Ausbildungs- und Prüfungsordnung festgehalten, in Einzelfällen unterschiedliche Kurse anzubieten. Die Schulen entscheiden das selbst, und ich finde es gut, dass sie entsprechend ihrer jeweiligen individuellen und örtlichen Situation dies berücksichtigen können. Das wird sich aber, davon bin ich fest überzeugt, im Laufe der Zeit verändern, wenn sich die Übergangsfristen entsprechend anders entwickelt haben und die Fortbildungen, die im Lehrerbereich für das individualisierte Lernen gemacht werden, weiter fortgeschritten sind.

Es fehlt natürlich im Augenblick noch eine Vielzahl von Untersuchungen. KERMIT 7 ist unterwegs. Wir werden abwarten, was dort im Weiteren passiert. Wir werden aber nicht die Aschenputtelmethode mitmachen, die von der CDU wieder angemahnt wird: die Schlechten ins Kröpfchen, die Guten ins Töpfchen. Mit dieser Bildungspolitik werden wir nicht einhergehen, wir werden der Überweisung nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau von Treuenfels, Sie haben das Wort.

Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Tat ist dies ein Thema für den Schulausschuss, deswegen will ich Sie auch nicht mit Details quälen. Dennoch muss ich den GRÜNEN erwidern, dass es im Moment nicht der Fall ist, dass eine Binnendifferenzierung überall an den Stadtteilschulen, die erst aufwachsen müssen, klappt. Wir haben eine erfahrene Real- und Hauptschullehrerin gefragt, wie denn bei ihr die Stadtteilschule und die Binnendifferenzierung funktioniere. Sie hat geantwortet: sehr gemischt. Das ist eine knappe, aber sehr intelligente Antwort.

Meine Damen und Herren! Das ist eine Rückmeldung, die wir aus vielen Stadtteilschulen erhalten. Das kann man sehen, wie man will, man kann auch zur Binnen- und Außendifferenzierung stehen, wie man will, im Moment klappt es jedenfalls noch nicht. Die Stadtteilschule muss noch aufwachsen, sie hat viele Probleme und sie hat eine heterogene Schülerschaft. Ob man die Ergebnisse immer mit Binnendifferenzierung erreicht, wo doch die Lehrer und die Schüler vielleicht noch gar nicht so weit sind, das sei einmal dahingestellt; wir bezweifeln es.

Fakt ist aber, dass nach dem Schulgesetz – da muss ich Herrn Heinemann unterstützen, das tue ich auch gern – binnen- und außendifferenziert unterrichtet werden soll. Das heißt nicht, dass die Schlechten nicht unterstützt werden sollen oder gar abgesondert werden, sondern dass alle nach ihren Qualifikationen in den Bereichen, in denen sie unterstützt werden, unterrichtet werden sollen, und da ist – das wird auch in Sachsen so gemacht – die Außendifferenzierung jetzt jedenfalls noch erfolgreich. Ob man auf dem Wege der Binnendifferenzierung vielleicht einmal das Gleiche erreichen kann, will ich gar nicht abstreiten, aber das ist im Moment noch nicht der Fall. Die Stadtteilschulen werden aber jetzt schon an Ergebnissen gemessen. Da kann man nicht lange die Ergebnisse abwarten und dann noch irgendwelche Evaluationen machen. Sie werden nämlich jetzt schon gemessen, sie müssen jetzt schon mithalten können. Deswegen sollte man daraus keine Ideologiedebatte machen, wer jetzt für was ist und was er früher einmal gesagt hat, sondern nur das Ergebnis zählt.

Darüber müssen wir im Schulausschuss sprechen. Auch der Schulsenator muss offen dafür sein und nicht sagen, er sei nur für eine Binnendifferenzierung. Darüber müssen wir ganz klar reden. Es zählt wirklich das Ergebnis, mehr kann ich jetzt nicht sagen. Wir reden darüber im Schulausschuss.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Heyenn, Sie haben das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Ich teile die Auffassung von Herrn Duge. Ich glaube, Herr Heinemann, Ihnen wurden als Kind bestimmt oft Märchen vorgelesen, was sicherlich gut ist. Aber sehr häufig ist Ihnen wohl das Märchen vom Aschenputtel vorgelesen worden, denn Sie können vom Aussortieren einfach nicht genug bekommen. Erst einmal muss nach der vierten Klasse aussortiert werden,

(*Dietrich Wersich CDU:* Frau Heyenn, das hat doch gar keiner gesagt!)

dann wird noch einmal in den einzelnen Klassen aussortiert, bis nichts mehr übrig bleibt. Das hat schon manische Züge, ich würde einmal darüber nachdenken.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun zu Ihrem Antrag. Was Sie hier propagieren und unbedingt wollen, ist eine doppelte Differenzierung. Ich kann mich aber erinnern, dass Sie sich im Schulausschuss mit großer Vehemenz immer dafür einsetzen, dass die Inklusion funktioniert. Und eines sage ich Ihnen: In einem separierenden Schulsystem funktioniert Inklusion überhaupt nicht. Wir haben schon das Problem, dass wir am Gymnasium keine Inklusion haben, nur noch an der Stadtteilschule. Und nun wollen Sie auch noch in den Stadtteilschulen separieren? Dann haben Sie doch wieder die inklusiven Kinder, dann sind die Paragraf-12-Kinder wieder in den anderen Kursen. Das geht so gar nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann haben Sie gesagt, die Frage der äußeren Differenzierung sei eine sehr spannende Frage; das ist falsch. Es ist eine rückschrittliche Pädagogik, die ins 19. Jahrhundert zurückgeht, und nichts anderes.

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel (unterbrechend): Frau Abgeordnete, lassen Sie eine Zwischenfrage oder eine Zwischenbemerkung zu?

Dora Heyenn DIE LINKE: Aber gerne doch.

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Sie haben das Wort, Herr Heinemann.

Zwischenfrage von Robert Heinemann CDU: Liebe Frau Kollegin, ich wollte heute gar nicht von Neuem die Diskussion beginnen, ob eine äußere Differenzierung gut ist oder nicht. Darüber kann man lange diskutieren und darüber haben wir auch lange diskutiert. Aber sind Sie nicht auch der Meinung, dass wir uns in Hamburg an KMK-Vereinbarungen halten müssen? Ich habe die vorgelesen

und an die halten wir uns nicht. Das ist das Problem, was ich heute thematisiert habe.

Dora Heyenn DIE LINKE (fortfahrend): Ich glaube, dass Sie diese KMK-Richtlinien wirklich sehr eng und sehr falsch interpretieren. Kurse müssen nicht immer nach verschiedenen Niveaus, sondern können auch nach Männlein und Weiblein oder nach Neigungen eingerichtet werden. Das sehen Sie viel zu eng. Schade, dass der Senator nicht da ist, der würde wahrscheinlich ähnlich antworten.

Dass 36 Stadtteilschulen keine äußere Differenzierung in Klasse 7 haben, beruhigt mich sehr. Wenn Sie schon von der Max-Brauer-Schule und der Winterhuder Reformschule sprechen, dann möchte ich Sie einmal daran erinnern, dass dort in den Klassen 5 und 6 ein jahrgangsübergreifender Englischunterricht stattfindet. Und die Erfolge sind dort doppelt so gut wie in Ihren separierenden Klassen mit einem Jahrgang. Das sollten Sie einmal überlegen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. *Isabella Vértes-Schütter SPD* und *Christa Goetsch GRÜNE*)

Wir haben in den Stadtteilschulen ein ganz anderes Problem. Und, Frau von Treuenfels, wir haben 17 000 Lehrer, und wenn Sie eine Lehrerin befragen, können Sie daraus kein Gesetz ableiten. Bei aller Liebe, das geht nicht.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. *Isabella Vértes-Schütter SPD*, *Christa Goetsch* und *Antje Möller, beide GRÜNE*)

Unser Problem in den Stadtteilschulen ist zurzeit, dass wir das, was in der Max-Brauer-Schule und in der Winterhuder Reformschule erreicht wird, nämlich ein möglichst ausgeglichener Mix von Schülern mit Prognose Hauptschule, Prognose Realschule und Prognose Gymnasium, hier nicht durchführen können. Weil so wahnsinnig viele Schülerinnen und Schüler nach der 6. Klasse vom Gymnasium zurückgekehrt sind, mussten wir an vielen Stadtteilschulen neue Klassen einrichten, sogenannte Rückläuferklassen. Und da haben Sie schon wieder Ihre äußere Differenzierung. Das sind doch schon wieder die Schüler aus dem E-Kurs und die anderen sind dann aus dem G-Kurs. Darüber müssen wir noch einmal im Schulausschuss sprechen, wie wir es erreichen können, dass das wirklich gewährleistet wird.

Ansonsten hat der Senat die Frage 6 Ihrer Großen Anfrage, wie man eine Binnendifferenzierung durchführen könnte, hervorragend beantwortet. Das sollten Sie sich einmal durchlesen und unters Kopfkissen legen, dann kommen Sie vielleicht auf andere Ideen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Dr. Scheuerl, Sie haben das Wort.

Dr. Walter Scheuerl CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe das Gefühl, dass viele von Ihnen heute keine Zeitung gelesen haben, und das finde ich erschütternd. Wir sprechen hier nicht über Ideologie,

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Nein, natürlich nicht!)

sondern wir sprechen darüber – und deswegen ist es vielleicht auch gut, wenn ich als Jurist diese Debatte abschließe –, dass heute in der Zeitung zu lesen war,

(*Dr. Monika Schaal SPD:* Wir sprechen über die Große Anfrage und nicht über die Zeitung!)

dass gerade einmal ein Fünftel der Abgänger der Hamburger Stadtteilschulen einen Ausbildungsplatz gefunden hat. Und wir sprechen darüber, dass Herr Mohaupt von der Handelskammer ausdrücklich betont hat, dass es die Schülerinnen und Schüler aus dem Umland mit Hauptschul- und Realschulabschlüssen besser haben. 50 Prozent der Auszubildendenplätze in Hamburg sind an Schülerinnen und Schüler aus dem Umland gegangen, weil die, so Herr Mohaupt, bessere Schulabschlüsse und ein besseres Sozialverhalten haben. Und wenn man vor diesem Hintergrund sagt, das Gewurschtel in jahrgangsübergreifenden Kursen ohne Differenzierung in den ehemaligen Hamburger Gesamtschulen und jetzigen Stadtteilschulen sei ideologisch der bessere Weg, dann ist das angesichts der Zahlen einfach unverantwortlich.

(Beifall bei der CDU und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

Jetzt will ich aber noch einmal kurz etwas zum Juristischen sagen, weil in den Fraktionen der LINKEN und der GRÜNEN offenbar davon geträumt wird, dass man auf jede Differenzierung verzichten kann und auf eine äußere schon überhaupt. Wir haben ein verbindliches Schulgesetz und der Senator steht nicht über diesem Gesetz, sondern muss es einhalten. Und Paragraph 15 schreibt innere und äußere Differenzierung vor. Das ist der eine Punkt.

Noch wichtiger ist der KMK-Beschluss vom 30. September 2011. Frau Heyenn, Sie haben den Beschluss offenbar nicht gekannt oder nicht gelesen.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Muss ich auch nicht!)

Der KMK-Beschluss vom 30. September 2011 ist zu einer Zeit gefasst worden – gerade mal ein Jahr alt –, als Herr Rabe schon Vizepräsident der KMK war. Er war dabei und er weiß, was drin steht. Und

in der Einleitung dieses KMK-Beschlusses steht ausdrücklich, dass diese Vereinbarung die Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse regelt. Das heißt, der Absolvent, der in einer Hamburger Stadtteilschule seinen Realschulabschluss bekommen hat, riskiert tatsächlich, dass ihm ausbildende Betriebe im Umland sagen: Lieber Ties – nennen wir ihn einmal so –, du hast zwar einen Realschulabschluss aus Hamburg, aber so, wie er zustande gekommen ist, nehme ich doch lieber einen Kandidaten aus Niedersachsen oder Thüringen oder wo auch immer Ties sich bewirbt.

Unser Senator Ties ist heute krank, aber ich wünsche ihm gute Besserung, damit er sich schnell um dieses Thema kümmern kann. Denn wenn wir uns die Antwort auf die Große Anfrage einmal anschauen – und die ist wirklich interessant –, dann müssen wir nach dem KMK-Beschluss davon ausgehen – Herr Heinemann hat es schon zitiert –, dass in Klasse 7 in Mathematik und in der ersten Fremdsprache äußere Differenzierung zwingend vorgesehen ist. Nach der Senatsantwort machen das in Klasse 7 gerade einmal drei Stadtteilschulen, es halten sich also nur drei Stadtteilschulen in Jahrgang 7 an die KMK-Vorgabe. In der Jahrgangsstufe 8 ist die KMK-Vorgabe ganz klar eine äußere Differenzierung in Mathematik, erster Fremdsprache und Deutsch. Da sind es nur noch zwei Stadtteilschulen, die das über die Klassen 7 und 8 erfüllen. Und in der Jahrgangsstufe 9 schließlich – da ist laut KMK-Vorgabe die äußere Differenzierung zwingend in Mathematik, der ersten Fremdsprache, Deutsch und mindestens einer Naturwissenschaft, nämlich Physik oder Chemie – erfüllt über diese drei Jahrgangsstufen überhaupt nur die Stadtteilschule Harburg – Dank an die dortige Schulleitung – diese verbindlichen Vorgaben der KMK-Konferenz.

Deswegen ist es nicht nur wichtig, dass wir das im Schulausschuss diskutieren, sondern dass die Ausbildungs- und Prüfungsordnung, die Herr Rabe erst im letzten Jahr erlassen hat und mit der er es den Lehrerkonferenzen freigestellt hat, darüber zu befinden, ob äußere Differenzierung stattfindet oder nicht, schleunigst so angepasst wird, dass die Hamburger Stadtteilschulen Abschlüsse vergeben, die auch in anderen Bundesländern anerkannt werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Heyenn, Sie haben das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Scheuerl, wenn Sie aus der Tatsache, dass nur 25 Prozent der Schüler einen Ausbildungsplatz bekommen – das finden wir auch ganz fürchterlich und das ist auch ein Punkt, auf den wir immer hingewiesen haben –,

(Dora Heyenn)

den Schluss ziehen, das sei deswegen so, weil die Schüler, die jetzt aus der Schule kommen, die ganze Zeit über keine äußere Differenzierung erlebt haben, dann ist das falsch. Ich selber musste in diesen Klassen im Schuljahr 2005/2006 und danach in Englisch und in Mathematik immer wieder differenzieren. Und meine Erfahrung dabei war, dass die Schüler, die in den Grundkurs kamen – ich sage nur, "die Doofen" – eigentlich immer schlechter wurden.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Ach nee, aber wenn wir das sagen!)

– Ja, so ist es. Das muss man einfach einmal so sehen, so wird es gemacht. Es werden Noten vergeben und die werden immer schlechter.

Und dann kommt der E-Kurs, die sogenannten "Schlaunen", und die lernen nicht in dem Maße dazu, als wenn man sie alle zusammenlassen würde. Das ist eine alte pädagogische Weisheit.

Daraus den Schluss zu ziehen, nur weil keine äußere Differenzierung durchgeführt wurde, haben wir die jetzige Situation, ist falsch. Genau das Gegenteil ist der Fall. Deswegen hatten die Max-Brauer-Schule und die Winterhuder Reformschule derart gute Ergebnisse. Mit diesen Zahlen sollten wir ein bisschen vorsichtig umgehen. Das kann man nicht einfach so 1:1 gegenüberstellen, das muss man sich genau ansehen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Christa Goetsch und Antje Möller, beide GRÜNE)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Duge, Sie haben das Wort.

Olaf Duge GRÜNE: Ein Wort noch, ich mache es kurz. Zwei Dinge, Herr Scheuerl: Erstens glaube ich, dass Ihr Gefühl Sie trügt, wenn Sie glauben, wir hätten keine Zeitung gelesen. Und zweitens ist es ein Kurzschluss, wenn Sie den geringen Anteil von 25 Prozent der Absolventen, die einen Ausbil-

dingsplatz nach dem Schulabschluss bekommen, auf die jetzige Situation an den Schulen zurückführen. Da liegen die Gründe doch etwas differenzierter, als Sie uns das weismachen wollen.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und bei Dora Heyenn DIE LINKE – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ich glaube, es dauert nicht mehr allzu lange. Bitte seien Sie noch einen Augenblick ruhig und hören Sie dem Redner zu. – Bitte fahren Sie fort, Herr Abgeordneter.

Olaf Duge GRÜNE (fortfahrend): Sie wollen uns doch nicht weismachen, dass es einen Zwang gibt, Außendifferenzierungen durchzuführen. Ich habe Ihnen eben aus der Ausbildungs- und Prüfungsordnung vorgelesen. Das ist kein Zwang, da steht "soll", nicht "muss". Und das ist ein Unterschied. Lesen Sie doch dieses Gesetz einmal, dann sind Sie schlauer. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/5143 an den Schulausschuss zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das mehrheitlich so angenommen.

Ich kann das Ende des ersten Sitzungstages verkünden. – Tschüss.

Ende: 20.42 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Dr. Stefanie von Berg, Barbara Duden, Wolfhard Ploog und Katharina Wolff